

große Bedeutung hat, wir wissen auch, daß sie für die gesamte Kultur von Wichtigkeit und Wert ist, aber das, was in den letzten 20 Jahren sich vollzogen hat, können wir nicht gut heißen, den Umwandlungsprozeß von Alpe und Weide in Forst- und Waldwirtschaft. Wenn wir die Weidegelegenheit in der Steiermark ansehen, da müssen wir mit Entsetzen konstatieren, daß ein großer Teil der Flächen nicht jene Pflege findet, um das Futter hervorzubringen, um den Viehstand zu ernähren, der ernährt werden könnte. Wir sagen ganz offen, der Großgrundbesitz in Steiermark hat sich eine schwere Pflichtveräußerung zu schulden kommen lassen, daß er der Alpe und Weide keine Beachtung geschenkt hat, daß er vielfach die Weide und Alpe vom Standpunkt der Jagd- und Forstwirtschaft betrachtet hat, zum Schaden der gesamten Volkswirtschaft und gesamten Landwirtschaft. Ich muß sagen, die Alp- und Weidefrage wird immer kritischer, weil der Großgrundbesitz Weidezinse verlangt, die ungeheuer sind, weil die Leute aus Alpe und Weide ein gutes Geschäft machen wollen, und ich muß konstatieren, daß vielfach, und die Herren Kollegen werden es bestätigen, die Wirtschaftsführer päpstlicher sind als der Papst. Der Großgrundbesitzer hat oft den guten Willen, zu helfen, aber da gibt es Scharfmacher unter den Direktoren, die mit sich nicht reden lassen, und wir müssen feststellen, daß dieser Zustand nicht erträglich ist. Es geht nicht an, daß die Alpen und Weiden, die der Volksernährung zu dienen haben, einfach vernachlässigt werden und dem Tode preisgegeben sind. Ich richte an den Großgrundbesitz in aller Öffentlichkeit den Appell, hier Wandel zu schaffen, sonst wären wir gezwungen, radikale Anträge zu stellen. (Rufe: „Oho! Bolschewiki!“) Es hat große Kreise unter diesen weidearmen Bauern gegeben, die gehofft haben, im Wege der Wiederbesiedlung eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu finden. Es ist in diesem hohen Hause schon sehr viel über die Wiederbesiedlung gesprochen worden. Wir müssen feststellen, daß die Wiederbesiedlung durch ein verpfushtes Gesetz einen kolossalen Kostenaufwand, viel Mühe, viel Zeit und Geld gekostet hat, ohne, wenn wir die Bilanz ziehen, den gewünschten Erfolg zu haben. Wir sind Anhänger der Wiederbesiedlung, wir haben darin einen Versuch gesehen, die unhaltbare Lage der weidearmen und bodenarmen Bauernschaft zu korrigieren. Dabei hat das Wiederbesiedlungsgesetz noch den ungeheuren Nachteil mit sich gebracht: die Agrarbehörden sind durch die Verfassung dieses unglücklichen Gesetzes derart durch Arbeit überlastet, daß sie zu den eigentlichen Aufgaben nicht die Zeit finden. Wenn Sie hingegen das Alpschutzgesetz lesen, und wenn man es öfter liest, kommt man immer mehr darauf, daß es ein geradezu wunderbares Gesetz wäre, da finden Sie, daß dieses bei richtiger Anwendung sehr viel machen könnte. (Rufe: „Alles!“) Dazu gehört aber die Mitwirkung der Agrarbezirks- und -landesbehörden. Wichtige Zweige des Alpschutzgesetzes müssen zurückgestellt werden, weil die Agrarbezirks- und -landesbehörden von der Wiederbesiedlung mit Arbeit geradezu überschüttet sind. Einen Anlauf, eine Novellierung des Wiederbesiedlungsgesetzes vorzunehmen, hat der

Bundesminister für Landwirtschaft, Buchinger, genommen. Dieser Anlauf ist leider scheinbar durch verschiedene Einflüsse gar nicht kompetenter Personen — ich habe hier den Herrn Zimmermann sehr in Verdacht — zunichte gemacht worden. Hätten wir die Novellierung des Gesetzes bekommen, eine Abkürzung des Instanzenzuges, dann wäre es möglich gewesen, viel rascher zum Ziele zu kommen. Ich habe selbst mit Kollegen Riegler die Ehre, im Senate zu sitzen. Wir drängen darauf, daß rasch darauf gearbeitet werde, daß endlich diese Wiederbesiedlung beendet werde, damit man die Agrarbehörden freibekommt für die Durchführung des Alpschutzgesetzes.

Wenn wir weiter gehen in der Besprechung der Vorbedingungen für die Steigerung der agrarischen und landwirtschaftlichen Produktion, so kommen wir auf ein sehr wichtiges Kapitel, das ist die Frage des Zinsfußes. Es gibt sehr viele mittlere und größere Bauern, die bereit wären, angelockt durch die guten Ergebnisse im Versuchswesen, Investitionen auf dem Gebiete der Landwirtschaft zu machen, die bereit wären, auf dem Gebiete des Düngewesens, der Verwendung besseren Saatgutes bestimmte Mehrauslagen zu machen. Wenn der Betreffende — wir wissen, daß das Bargeld fehlt — im Frieden eine derartige Auslage machen wollte, so war es eine verhältnismäßig einfache Sache. Er ist zur Raiffeisenkasse, Sparkasse gegangen, hat eine Hypothek aufgenommen, und zwar zu einem Zinsfuß, der sich zwischen 4 und 5 Prozent bewegte und langfristig war, hatte das Kapital in Annuitäten zurückzahlen, und konnte mit diesem billigen Gelde Investitionen machen, da er in der Lage war, die Ausgaben auf mehrere Jahre zu verteilen. Er würde auch heute gerne investieren, gerne etwas tun für die Hebung der Produktion, weil die Kriegsschäden viel größer sind, als man anzunehmen geneigt ist. Es läßt sich nicht feststellen, welche Nährstoffverluste im Kriege die Landwirtschaft gehabt hat: Durch den geringen Viehstand hat der Dünger gefehlt und es hat sich nicht feststellen lassen, welche Verluste eingetreten sind, aber die Verluste sind da, weil wir nach dem Kriege eine viel stärkere Verunkrautung und viel stärkeres Zurückgehen des Ertrages auf unseren Feldern konstatieren können. Erst durch das Wiederaufleben des Viehstandes hat sich dieser Zustand teilweise gebessert. Der Nährstoff, Dünger ist wieder in befriedigendem, wenn auch nicht in jenem Ausmaße vorhanden, um eine bedeutende Steigerung des Ertrages zu erzielen, dazu gehört die Verwendung von Kunstdünger. Gerade die Vertreter der industriellen Arbeiterschaft wird es interessieren, daß wir in Österreich, obwohl wir große Eisenschätze und Erze haben, keine Phosphorsäure und Thomaschlacke haben, die nichts anderes ist als ein Produkt des Hochofenprozesses. Wir haben aber keine Phosphorsäure, weil der Erzberg phosphorarm ist. Auch diese Dinge müssen wir also aus dem Auslande einführen. Wir würden bereit sein, zu investieren, aber es fehlt das billige, langfristige Leihkapital. Wenn ich heute ein Leihkapital aufnehme, so haben noch den billigsten Zinsfuß die Raiffeisenkassen, und ich muß mit besonderem Nachdrucke hervorheben, daß, wenn wir in

Steiermark nicht ein so großes, wohl ausgebautes System von Raiffeisenkassen hätten, das ein Segen für die Bauernschaft ist, schon längst ganz andere Komplikationen entstanden wären. Aber wenn man auch heute zur Raiffeisenkasse geht, so ist auch mit 20 Prozent nichts anzufangen, weil, wie ich mir vorher erlaubte, nachzuweisen, der Produktionsprozeß in der Landwirtschaft ein zu langer ist, so daß es Jahre und Jahre dauert, bevor die Arbeit einen Lohn findet und daher die Zinsenlast eine so bedeutende ist, daß sie durch den Produktionsprozeß nicht hereinbringbar ist. Es wird daher sehr viel davon abhängen, ob die Möglichkeit besteht, in der Zinsfußfrage wirklich irgend eine Erleichterung zu schaffen. Ich habe erst unlängst mit dem Herrn Kollegen Zenz bei Bundesminister Buchinger sehen müssen, daß wenig Aussicht besteht, in der Zinsfußfrage für die Landwirtschaft etwas zu erreichen, denn der Zinsfuß für den Hypothekarkredit im allgemeinen läßt sich nicht durch staatliche legale Mittel regulieren; er ist abhängig von der gesamten Wirtschaft. Als Hypothekarkredit würde ich mir nur etwas Verwendbares vorstellen können, das einfache Vorkriegsverhältnis. Es war ein Fehler, daß bei der Konstituierung der Nationalbank nicht eine Hypothekarabteilung geschaffen wurde, es war ein großer Fehler, daß das Hypothekargeschäft den Banken überlassen wurde und es war ein großer Fehler, daß unser Antrag im Nationalrate von allen Parteien niedergestimmt wurde, als wir beantragten, es möge in der Nationalbank eine Abteilung für den Hypothekarkredit geschaffen werden, das, was wir heute so sehr vermissen. Denn es geht nicht, daß die Staatsbank sich rein auf den Standpunkt des Kommerziellen stellt, eine Staatsbank, eine privilegierte Notenbank hat nicht nur die Aufgabe, den kommerziellen Verhältnissen im Staate Rechnung zu tragen und die Geschäfte rein kaufmännisch aufzufassen, sie hat auch höhere Aufgaben im Staate zu erfüllen. Es wird nichts anderes übrig bleiben, als daß die Politik der Nationalbank eine Änderung erfährt nach der Richtung, daß auch das Hypothekargeschäft den übrigen Geschäften eingefügt werden muß. Man hat vorgeschlagen, wieder die alten Hypothekenanstalten aufleben zu lassen, wir haben in Steiermark, und das ist so ziemlich das einzige Land, wo keine Hypothekenanstalt ist, keine derartige Einrichtung. Wir halten aber diese Hypothekenanstalten für kein geeignetes Institut und ich muß feststellen, daß die Hypothekenanstalten in den anderen Ländern auch nichts anfangen können, weil die Obligationen nicht gekauft werden, weil die Rentner, die schon daraufgezahlt haben, keine Veranlassung haben, Obligationen zu kaufen und bei einer neuerlichen Geldentwertung wieder drauszahlen könnten, und deshalb versagen die Hypothekenanstalten vollständig. (Kandler: „Das ganze ist eine Währungsfrage!“) Dazu kommt noch etwas. Es gibt in Steiermark sehr viele Anhänger des Auslandskredites, es gibt sehr viele Politiker und Wirtschaftler, die bestrebt sind, durch Auslandskapital vielleicht eine Verbesserung herbeizuführen in der Zinsfußfrage, die jetzt alle Kreise gleichmäßig interessiert und bei uns eine besondere Rolle spielt, weil wir uns in einer noch schwierigeren Lage durch

den langen Produktionsprozeß befinden. Wir sind allerdings der Meinung, daß das Auslandskapital, welches ja nicht den Wohltäter spielen will, sondern das Bestreben hat, gute Zinsen zu erhalten, schon wieder den Rückzug aus Österreich angetreten hat, es ist je nichts mehr zu verdienen, der Frankensurz hat das seinige dazugefügt und es ist einmal so, das Kapital ist mobil und geht dorthin, wo es am meisten verdient bei größtmöglicher Sicherheit und das scheint nun in Deutschland der Fall zu sein. Ich halte von dem Auslandskapital nicht allzuviel, wir haben im Wege des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften versucht, Auslandskredite für billigen Kapitalkredit zu gewinnen, aber die Leute verlangen Garantien, abgesehen davon, daß dies schließlich auch Geld kostet, verlangen sie auch noch die Versicherung gegen den Stand der Valuta und das Valutenrisiko ist das allerschwerste. Sie sagen sich, wir haben die Garantie übernommen, der Dollar ist bei 71 stehen geblieben, wenn wir aber täglich lesen, die Schwierigkeiten werden immer größer, die Handelsbilanz immer schlechter, so müssen wir in dieser Richtung vorsichtiger sein. Und so sehe ich keinen Weg offen, für die Landwirtschaft und das Kleingewerbe im Wege des Auslandskapitals einen Betrag in besonderer Höhe zu erhalten, um das Geld zu verbilligen und dadurch die Möglichkeit der Verbesserung unserer Handelsbilanz, durch Steigerung der agrarischen Produktion zu erzielen und langfristige, billige Darlehen herbeizubringen.

Ich will zum Schlusse schreiben und möchte nur noch kurz folgendes sagen. Ich finde es begreiflich, wenn die prominenten Vertreter der Kleinbauernschaft die Herren Kollegen Gföller und Leich in der Kleinbauernzeitung die Zentralmolkerei als ein großkapitalistisches Unternehmen hingestellt haben. Nun, die Kleinbauern werden ja Gelegenheit haben, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, sonst würde ich darauf eingehen.

Ich möchte schließlich die Erklärung abgeben, daß wir für den Landesvoranschlag stimmen werden. Wir werden ja noch Gelegenheit haben, bei den Bedeckungsanträgen einige Abänderungsanträge vorzubringen. Wir sind bereit, wie wir es immer gezeigt haben, sowohl in den Ausschüssen als im Landtage, weil uns das Budget vom Standpunkte der Landeskultur interessiert, mitzuarbeiten und ich erkläre, daß wir auch für dieses Budget im großen stimmen werden.

Was nun unser Verhältnis zur herrschenden Regierungskoalition anlangt, so möchte ich mir erlauben, folgendes zu konstatieren. Wir sind, wie Sie wissen, nicht in dieser Koalition und wir haben auch keine Sehnsucht darnach. (Zwischenrufe.) Diese wird gebildet durch die Christlichsozialen und Großdeutschen; wir werden unsere Stellungnahme zur Regierung darnach einrichten, wie wir von der Mehrheit des Landtages behandelt werden. Werden wir von der Mehrheit schlecht behandelt, dann werden wir uns erlauben, etwas kritischer zu werden. Ich glaube, wir haben gezeigt, und auch heute in den Budgetreden, daß wir bei aller Sachlichkeit doch in der Lage sind, zu allen Kapiteln und großen Fragen Stellung zu nehmen, ohne

daß es uns nabeliegt, uns mit Angriffen gegenüber anderen Parteien zu beschäftigen. (Zenz: „Man sieht, Sie können auch nobel sein!“) Gewiß, wir können auch nobel sein, und ich erkläre ausdrücklich, daß es uns ferne gelegen ist, durch gewiß nicht übelwollende seinerzeitige Wortspiele des Herrn Kollegen Schreckenthal, wodurch sich die Großdeutschen beleidigt gefühlt haben, diese zu verletzen, und ich muß mit Bedauern erklären, daß diese Ausdrücke gefallen sind, weil wir wünschen, mit allen Parteien parlamentarisch gut auszukommen. Ich erkläre am Schlusse meiner Ausführungen, daß wir unser Verhalten zur Regierungsmehrheit nach demjenigen uns gegenüber einrichten werden, nachdem wir eine Politik der freien Hand befolgen. Wir sind bereit, weiter sachlich mitzuarbeiten zum Nutzen und Segen unseres Landes und vor allem unserer ländlichen Bevölkerung. (Beifall bei den Bauernbündlern.)

Präsident: Im Sinne der Abmachungen in der Obmännerkonferenz ist die Sitzungszeit von 10 bis 1 Uhr und von 4 bis 8 Uhr festgesetzt. Nachdem es nun gleich 1 Uhr ist, glaube ich, es ist am besten, die Sitzung abzubrechen und um 4 Uhr wieder fortzusetzen.

(Die Sitzung wird am 29. April um 12 Uhr 50 Minuten mittags unterbrochen und vom Präsidenten Schreckenthal um 4 Uhr 15 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder.

Ich bringe als ersten Gegenstand zur Verhandlung eine dringliche Anfrage der Abg. A u s t, O b e r z a u c h e r, R e g n e r und Genossen an den Landeshauptmann wegen einer Grundverteilung durch den Gemeinderat in Großlobming bei Knittelfeld. Zur Begründung dieser Anfrage erteile ich dem Herrn Abg. A u s t das Wort.

Aust: Hohes Haus! Unser Klub hat an den Herrn Landeshauptmann eine dringliche Anfrage zu richten, die sich mit Vorkommnissen, insbesondere mit einer Grundverteilung in der Gemeinde Großlobming beschäftigt und die sicherlich deshalb erfolgt, weil die Vorkommnisse in dieser Gemeinde derartiger Natur sind, daß wir meinen, vom Herrn Landeshauptmann mit vollem Rechte verlangen zu können, daß er uns diese Ereignisse näher schildert und aufklärt. Unsere Bemühungen, auf parlamentarischem Wege, durch Verhandlungen in den Sitzungen der Landesregierung diesen Skandal aus der Welt zu schaffen, waren erfolglos. Die Bemühungen unserer Vertreter in der steiermärkischen Landesregierung, der christlichsozialen Mehrheit in dieser Körperschaft zum Bewußtsein zu bringen, daß man hier offenkundiges Unrecht schüßt, waren erfolglos, und so meine ich, daß man als letzten Ausweg im offenen Hause an den Herrn Landeshauptmann das Ersuchen richten muß, zu diesem Gegenstande Stellung zu nehmen. Ich verweise darauf, daß bereits im Jahre 1919 in der Gemeinde Großlobming von einer Reihe von Grundbesitzern die Anregung zu einer Grundzusammenlegung ausgegangen ist, daß insbesondere zwei große Herrschaften, H a n s t e i n auf der einen Seite, S e f z l e r - H e r z i n g e n auf der

anderen Seite, die treibenden Elemente in der Frage der Grundzusammenlegung waren. Wie es bei solchen Grundzusammenlegungen immer der Fall ist, sollten Kleinbesitzer und Kleinschler benachteiligt werden; die haben begreiflicherweise dieser Grundzusammenlegung Widerstand entgegengesetzt. Der damals noch lebende Gutsbesitzer S e f z l e r hat nun diese Kleinschler zusammenberufen und sich bereit erklärt, ein Grundstück im Ausmaße von rund 25 Joch zur Verfügung zu stellen, wenn sie ihren Widerstand gegen die Grundzusammenlegung aufgeben. Bei dieser Aussprache — sie erfolgte in einem Gasthose — wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß dieses Grundstück Kleinschlern, minderbemittelten Besitzern der Gemeinde Großlobming zugute kommen soll und daß S e f z l e r bereit sei, ihnen das Joch um 1000 K zu verkaufen. Ein Zufall wollte es, daß Gutsbesitzer S e f z l e r kurze Zeit nach diesem Abereinkommen gestorben ist. Die Sache ruhte dann lange Zeit, bis endlich diese Kleinhäusler in Großlobming unmutig wurden, mit Recht auf die Zusage des Gutsbesitzers S e f z l e r verwiesen und von dessen Erbin, der Frau S e f z l e r, verlangten, daß sie das Versprechen ihres verstorbenen Gemahls einhalten möge, widrigenfalls sie eben auch in Bezug auf die Wiederbesiedlung Schwierigkeiten machen würden. Frau S e f z l e r hat diesem Ersuchen Rechnung getragen und hat 25 Joch Grund zur Verfügung gestellt, und zwar zu Händen der Gemeinde Großlobming, die beauftragt wurde, die Verteilung dieses Grundstückes an 19 Kleinschler vorzunehmen. Die Sache war nun so, daß in Wirklichkeit die Verteilung in erster Linie nicht die Gemeinde, sondern ihr Interessentenausschuß für die Grundzusammenlegung vorgenommen hat. An der Spitze des Ausschusses stand nicht der Bürgermeister von Großlobming, sondern der Pfarrer von Großlobming, namens R o s m a n n. Ich unterstreiche das deshalb, weil es sicherlich merkwürdig berührt, wenn gerade ein Geistlicher, der immer wieder die Gerechtigkeit pflegen und üben soll, sich dazu hergibt, hier einer Sache Vorspanndienste zu leisten, die sicher nicht in Ordnung ist. Die Grundverteilung wurde dann vorgenommen und der Gemeinderat von Großlobming hat auch zu derselben Stellung genommen. Dabei hat es sich jedoch herausgestellt, daß nicht die von Herrn S e f z l e r, dem Besitzer des Grundes, in Aussicht genommenen Grundbesitzer für die Verteilung in Betracht gekommen sind, sondern eine ganze Reihe von anderen, nicht so bedürftigen Grundbesitzern, insbesondere aber der christlichsoziale Bürgermeister Wilhelm B a y e r von Großlobming. Mit diesem Manne haben sich recht interessante Dinge abgespielt, und ich kann es mir nicht versagen, den verehrten Mitgliedern des hohen Hauses eine kurze Charakteristik dieses Menschen zu geben, damit Sie sehen, wen die christlichsoziale Mehrheit der Landesregierung schützt und stützt. Dieser B a y e r hat, durch das Mißtrauen der Mitglieder des Gemeinderates gezwungen, seine Bürgermeisterstelle im Jahre 1923 zurückgelegt, und zwar deshalb, weil die überwiegende Mehrheit des Gemeinderates von Großlobming am 5. Mai 1923 dem Bürgermeister das Mißtrauen ausgesprochen hat. Weil man ihm vorgeworfen hat, daß er Korruptionsgeschäfte

getrieben hat (Rufe: „Hört!“) und sich verschiedene Unzukömmlichkeiten zuschulden kommen ließ. Gegen den Bürgermeister Bayer wurde nun eine Untersuchung eingeleitet, die lange Zeit in Anspruch genommen hat; sie wurde erst im September 1923 beendet. Diese führte aber zu keinem besonderen Ergebnisse, und ich habe die Empfindung gehabt, trotzdem ich selber damit zu tun hatte, daß man nicht den nötigen Ernst aufbrachte, diesem Bürgermeister Bayer die Unzukömmlichkeiten nachzuweisen. Am 25. September 1923 kam nun die Mitteilung, daß die Untersuchung gegen Bürgermeister Bayer nichts ergeben hat, was dessen Weiterwirken als Bürgermeister unmöglich machen würde. Bayer hat sofort wieder das Amt eines Bürgermeisters angetreten und hat am 26. September eine Gemeinderatsitzung einberufen, um dem Gemeinderate zur Kenntnis zu bringen, daß das Untersuchungsergebnis ein negatives war. Die Folge davon war, daß die größere Anzahl der Gemeinderatsmitglieder die Mandate zurücklegte und daß der Gemeinderat von Großlobming aufgelöst wurde. Trotz des Mißtrauens des größeren Teiles der Bevölkerung von Großlobming, trotz der offenen Mißtrauenskundgebung in der Gemeinderatsitzung von Großlobming, trotz anderer höchst merkwürdiger Vorkommnisse — ich verweise nur darauf, daß dieser Bürgermeister Bayer im eigenen Wirkungskreise, ohne den Gemeinderat zu fragen, die vom Gemeinderate beschlossenen Offenhaltungsgeldern, Luftbarkeitsabgaben, Tanzlizenzen herabgesetzt hat, weil er selber Gastwirt ist, an eine Sperrstunde sich überhaupt nicht hielt, weil er der Bürgermeister ist, usw. —, trotz all dieser Dinge hat die Landesregierung selbstverständlich diesen Wilhelm Bayer zum Regierungskommissär bestellt. Man wird uns sagen, diesen Antrag hat eine untergeordnete Stelle, die politische Expositur, die Bezirkshauptmannschaft in Judenburg, gestellt und die Landesregierung hatte keine Ursache, diesen Antrag nicht zu erfüllen. Ich möchte darauf verweisen, daß es auch nicht unbekannt ist, daß dieser Bayer ein ganz brutaler Lummel ist, der die Leute aus der Kanzlei hinauswirft, der sich nicht scheut, auf der Gasse zu raufen, Raufereien aufzuführen, daß er ein Mensch ist, der sicher nicht das Vertrauen der Bevölkerung genießt, daß er es verstanden hat, als Bürgermeister aus dieser Grundzusammenlegung selbst Vorteil zu schöpfen und sich selbst 3 Joch Grund zu verschaffen. (Wallisch: „Das ist die Sanierung!“) Inzwischen hätte die Sache nun verwirklicht werden sollen und es war notwendig, zur grundbücherlichen Durchführung einen Notariatsakt zu errichten, und der Bürgermeister Bayer oder vielmehr der Regierungskommissär Bayer wollte nun den Notariatsakt unterschreiben, in welchem der Regierungskommissär Bayer dem Gastwirt Bayer 3 Joch Grund schenkt. (Rufe: „Hört!“) Naturgemäß sind die Sozialdemokraten dieser Gemeinde aufmerksam geworden und haben nun einen dicken Strich unter diese Rechnung gemacht. Der Herr Bayer, nicht verlegen, wendet sich an die Landesregierung und verlangt von ihr, daß sie während dieser Zeit, in der dieser Notariatsakt erledigt werden sollte, einen Regierungskommissär-Stell-

vertreter, das heißt einen willfähigen Menschen bestellt, der dann für den Gastwirt Bayer diese Schenkung besätigt hätte, und ich bin informiert, daß die christlichsozialen Vertreter in der Landesregierung gar nicht abgeneigt waren, diesem Wunsche des Herrn Regierungskommissärs Bayer Rechnung zu tragen, daß es aber dem Einflusse unserer Vertreter in der Landesregierung gelungen ist, dieses neuerliche Attentat auf Gerechtigkeit und Freiheit zu hintertreiben. Nun hat sich ein weiteres Ereignis abgespielt, dem ich vorausschicken möchte, daß dem Landeshauptmann diese fortwährenden Betreibungen des Landesrates Oerzaucher lästig wurden, weshalb der Herr Landeshauptmann den Herrn Landesrat Riegler zur Erhebung nach Großlobming schickte. (Winkler: „Das war ja Beschluß der Landesregierung!“) Riegler war am 23. März in Großlobming, um die Sache zu erheben. Nun glaube ich, daß bei der ganzen Sache der Herr Landesrat Riegler der böse Geist ist (Heiterkeit), daß er es ist, der den Herrn Landeshauptmann in der Sache schlecht informiert. Tatsache ist, daß Landesrat Riegler diese Untersuchungen sehr oberflächlich führte, daß er es nicht für notwendig befunden hat, die protestierenden Kleinhäuser und Keuschler einzuladen, sie um ihre Meinung zu befragen, um sie auszuholen, aus welchem Grunde sie eigentlich so unzufrieden sind. Der Herr Landesrat Riegler ist beim Gastwirt Bayer gewesen, bei einem Viertel guten Wein und hat (K ö f f l e r: „Dabei vergessen, daß es Kleinbauern gibt!“) Bayer Ratschläge gegeben, wie neuerlich die Erledigung des Protestes gegen die Gemeinderatswahl in Großlobming verschleppt werden könnte. Ich möchte nämlich darauf verweisen, daß am 13. Jänner 1924 der Gemeinderat von Großlobming neugewählt wurde, daß sechs Sozialdemokraten und vier bürgerliche Vertreter in diese Körperschaft entsendet worden sind und daß gegen diese Wahl der gar nicht wahlberechtigte Kaufmann L i n n e r t, ein wegen Preistreiberei vorbestraftes Subjekt, einen Wahlprotest eingebracht hat. Nun hat die Landesregierung bereits wiederholt über diesen Protest verhandelt und hat versucht, die Sache künstlich hinauszuschieben. Ich möchte zur Kenntnis des hohen Hauses bringen, daß dieser Wahlprotest um drei Tage zu spät eingebracht wurde und daher die Sache von vornherein spruchreif für die Landesregierung gewesen wäre. Die Bezirkshauptmannschaft Judenburg hat auch in diesem Sinne an die Landesregierung Burg berichtet. Die Landesregierung Burg ist nun vom Herrn Bayer und noch einem Bürgerlichen aus Großlobming besucht worden, und es hat sich das merkwürdige Ereignis herauskristallisiert, daß man diesen Akt, der von der Bezirkshauptmannschaft Judenburg auf Grund von gründlichen Erhebungen an die Landesregierung ergangen ist, wieder zurückleitet mit dem Vermerk, daß scheinbar die Sache doch rechtzeitig eingebracht wurde und daher von einer verspäteten Einbringung des Wahlprotestes nicht gesprochen werden könnte. Sonst ist die Sache immer so, daß, wenn ein gewöhnlicher Sterblicher die Entscheidung einer politischen Behörde anzweifelt, man ihn kurzerhand abweist und erklärt, wir sind sakrosankt, was wir entschieden haben, ist gut

und bleibt bestehen. In diesem Falle aber war es ein willkommener Anlaß, die Sache zu verschleppen und neue Erhebungen einzuleiten. Diese neuen Erhebungen haben ergeben, daß der Rekurs tatsächlich zu spät eingebracht wurde und daß daher nichts übrig bleibt, als den Rekurs abzulehnen und die Konstituierung des neugewählten Gemeinderates in die Wege zu leiten. Und da kommt nun als rettender Engel der Herr Landesrat Riegler nach Großlobming (Wallisch: „Schöner Hecht!“), und er hat dort erhoben, wo seinen Genossen der Schuh drückt, und denen gesagt: „Seid Ihr aber dumm, was zerbrecht Ihr Euch den Kopf? Legt einfach Eure Mandate zurück und nach der bestehenden Gemeindegesetzgebung muß dann der Gemeinderat wieder aufgelöst werden!“ Der Herr Landesrat Riegler wird sagen: „Ja, das müssen Sie mir beweisen!“ Das ist richtig, interessant und auffallend war es aber, daß knapp nach der Anwesenheit des Herrn Landesrates Riegler (Riegler: „Einen Tag vorher ist das geschehen. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen, ich brauche das dann nicht noch einmal zu sagen!“) — nein, das war am Tage nachher — die Bürgerlichen wirklich ihre Mandate zurücklegten mit der sehr offenherzigen Begründung, daß sie mit den Sozialdemokraten nicht zusammen arbeiten können. Jeder, der die Gemeindewahlordnung kennt, weiß, daß es eine Mandatsrücklegung gibt für Personen, welche das 60. Lebensjahr überschritten haben, für Lehrer, Geistliche usw. Aber daß man mit einer andern politischen Partei nicht zusammen arbeiten will, daß das ein Grund sein könnte, davon steht nichts darin. Die politischen Behörden haben jedoch die Mandatsrücklegung anstandslos zur Kenntnis genommen und haben nicht erklärt: „Die Sache geht nicht, Ihr habt kein Recht, unter diesem Titel die Mandate zurückzulegen,“ sondern sie haben sie zur Kenntnis genommen. Ein Beweis, wie offenkundig man das Recht bricht. Wenn ein guter Ratgeber dagesewesen wäre, so hätte er gesagt: „Bringt ein ärztliches Zeugnis (Regner: „Von einem Psychiater!“), daß Ihr nicht imstande seid, das Mandat auszuüben.“ Aber das hat man nicht nötig, denn die Unterstützung ist ja von vornherein gesichert, und man sagt ganz offen — wie der Herr Bayer sich ausgedrückt hat —, daß man mit diesem Buben, weil zufällig ein 26jähriger Gemeinderat darunter ist, nicht zusammen arbeiten kann. Sie sehen, wie merkwürdig und meisterhaft man es trifft, eine Woche nach der andern verstreichen zu lassen. Ich bemerke, daß in jeder Landesregierung dieser Gegenstand in Verhandlung steht, aber der Herr Landesrat Riegler hat dabei nichts anders zu tun, als aufzustehen und davonzurennen. (Riegler: „Das ist ja gar nicht wahr, ich bin nicht davongegangen. Ich bitte, nicht die Unwahrheit zu sagen!“ — Lebhafter Widerspruch seitens der Christlich-sozialen.) Sie haben oben bei dieser Dienstreise noch andere Dummheiten gemacht. Sie waren auch in der Gaal drinnen und haben dort eine Dummheit gemacht, einen solchen kapitalen Bock geschossen, über den der Herr Landeshauptmann auch keine Freude haben wird. (Unverständliche Zwischenrufe des Landesrates Gaß wegen Knittelfeld. Zwischenruf: „Aber Herr Gaß,

plagen Sie sich doch nicht, Sie sind doch schon ausgeliefert!“) Über Knittelfeld werde ich bei der Generaldebatte sprechen, jetzt kann ich das nicht, weil mich sonst der Herr Vorsitzende zur Sache ruft.

Jetzt habe ich noch eine kurze Episode zu schildern, die recht deutlich zeigt, wie man die Minderheiten schützt und wie man vorgeht, wenn man sich von hoher christlichsozialer Seite geschützt weiß. Unter den Wahlwerbern war auch der Gemeindefsekretär, ein gewisser Payer, aber mit hartem „P“. Dieser wurde dann auch gewählt, und der Herr Regierungskommissär, also der „weiche“ Bayer, hat dann das Bedürfnis gehabt, auf Grund dieses Wahlergebnisses den „harten“ Payer hinauszuerwerfen. Er ist mit zwei Bürgern, der eine war der Nachfolger, in der Kanzlei des „harten“ Payer erschienen, hat ihm alle Bücher und Schlüssel abgenommen, sie dem neuen ausfolgt und hat zum alten gesagt: „Sie sind entlassen!“ Warum? Er sagte, daß die Besitzer von Großlobming darüber böse sind, daß er Sozialdemokrat ist und auf der sozialdemokratischen Liste gewählt wurde und daher entlassen ist. Das ist christliche Nächstenliebe; dieses Vorgehen riecht wohl nicht im leisesten nach Terror. (Köfler: „Ach, gar keine Spur!“) Es kommt aber noch besser, Sie werden staunen, was möglich ist. Der Herr Payer hat gegen seine Entlassung durch den Regierungskommissär Einspruch erhoben und der Einspruch hat zur Folge gehabt, daß die Sache nicht so glatt erledigt wurde und daß Payer, der auch eine Dienstwohnung zur Verfügung hat, nicht ausgezogen ist. Der Herr Regierungskommissär Bayer hat daher am 1. April die Räumungsklage gegen den Gemeindefsekretär eingebracht und hat der Meinung Ausdruck verliehen, daß er nun raschestens aus der Gemeindevohnung verschwinden werde. Die Ansicht des Bezirksgerichtes Knittelfeld in dieser Sache war aber eine andere, und der Herr Gerichtsvorsteher, der die Verhandlung geleitet hat, hat dem Payer einen sechsmonatigen Räumungsausschub erteilt. Was macht nun der Herr Regierungskommissär auf das hin? Er marschiert am 14. April mit 14 Besitzern von Großlobming im Amtszimmer des Gerichtsvorstehers auf und will mit Gewalt ein anderes Urteil, das heißt die sofortige Hinausverfung des Gemeindefsekretärs Payer erzwingen. (Zwischenruf: „Das war kein Terror!“) Er erklärte dem Gerichtsvorsteher: „Unten warten auch noch zehn, und wenn Sie nicht tun, was wir wollen, dann werden noch zehn erscheinen!“ Diese Leute haben einfach geschrien: „Du mußt!“ Wenn Arbeiter das tun, dann ist das der schlimmste Terror, wenn es aber Bürgerliche machen, wie in Gosdorf oder die Studenten in Leoben, dann ist nichts dabei, dann ist es höchstens eine Dummheit. Dieser Fall in Knittelfeld ist auch eine Dummheit, denn schließlich hat der Gerichtsvorsteher es zustandegebracht, die Leute hinauszubringen. Der Herr Bayer ist mit seinem Anhang wuschäumend zurückgeeilt und hat erklärt: „Heute muß noch Blut fließen!“ Es ist nicht soweit gekommen, es ist kein Blut geflossen (Machold: „Aber Schilcher!“), aber es hat sich gezeigt, daß diese Herrschaften unter dem Schutze der Landesregierung soweit ihre Pflicht vergessen, um durch Gewalt und nackten Terror vom Bezirksgericht

ein Urteil zu erzwingen. Die verehrten Mitglieder des hohen Hauses ersehen aus dieser ganzen Sache, daß es sich wirklich um keine Kleinigkeit handelt. Der Herr Landeshauptmann hat am Parteitag der Christlichsozialen erklärt, daß er es für seine Pflicht erachte, die Minderheiten zu schützen. Nun sehen Sie, meine Damen und Herren, wie der Herr Landeshauptmann diese seine Feststellung auf dem Parteitag verwirklicht, wie er eine solche Minderheit schützt, wie er bestrebt ist, der Freiheit, von der er gestern gesprochen hat, wie er bestrebt ist, dem Rechte zum Sieg zu verhelfen. In der ganzen Sache und aus allen diesen Vorkommnissen können Sie ersehen, daß man mit Absicht die Angelegenheit verschleppt, um die Neuwahlen abzuwarten, um den 25. Mai herbeikommen zu lassen, weil man im stillen hofft, daß es gelingen wird, in Großlobming doch eine bürgerliche Mehrheit zu bekommen und dann diese Gewaltakte des Wilhelm Bayer ihre Bestätigung finden. Wie beliebt der Herr Bayer ist, können Sie daraus ersehen, daß er gar nicht gewählt wurde.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, ich mache Sie aufmerksam, Sie haben nach der Geschäftsordnung nur eine Redezeit von 20 Minuten. Die ist bereits erschöpft, ich bitte, zum Schlusse zu kommen.

Aust (fortfahrend): Ich werde sofort zum Schlusse kommen. Ich möchte nur noch sagen, daß die Bevölkerung von Großlobming diese Wählergruppe am 13. Jänner abgelehnt und den Bayer gar nicht mehr wählte. Und trotzdem ist er der von der Landesregierung gestützte Regierungskommissär. Ich meine, daß diese Dinge interessant genug sind, daß unser Klub eine Anfrage an den Herrn Landeshauptmann richtet, ob er geneigt ist, sofort eine neuerliche Untersuchung dieses Falles einzuleiten und über das Ergebnis dem Landtage zu berichten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Ich stelle an den Herrn Landeshauptmann die Frage, ob er bereit ist, diese dringliche Anfrage sofort zu beantworten?

Dr. Rintelen: Ja!

Ich beantworte diese Interpellation wie folgt:

Schöler-Herzingen hat der Gemeinde Großlobming Grundstücke im Ausmaße von rund 25 Joch zur Verteilung an Gemeindeinsassen geschenkt.

Zur Aufteilung dieser Grundstücke hat die Gemeinde als allein Verfügungsberechtigte auf Grund eines Gemeinderatsbeschlusses einen Aufteilungsschlüssel festgestellt welcher der Agrarbehörde zur Durchführung im Rahmen der in Großlobming bereits früher anhängigen Zusammenlegung übergeben wurde.

Da die Übergabe der Grundstücke im Zuge des Zusammenlegungsverfahrens bereits im Herbst 1922 im Einvernehmen mit den Beteiligten erfolgte, erscheint ein neuerliches Herausgreifen der hier in Frage stehenden 25 Joch mit Rücksicht auf den Zusammenlegungsplan unmöglich.

Hierbei stelle ich ausdrücklich fest, daß nach dem Gesagten der Agrarbehörde eine Einflußnahme auf die von der Gemeinde Großlobming selbst beschlossene Aufteilung nicht zukam, letztere vielmehr ausschließlich der

Gemeinde als verfügungsberechtigte Eigentümerin vorbehalten war.

So die Information, soweit sie mir durch den Referenten zugekommen ist und die ich zur Verfügung stelle.

Hinsichtlich der einzelnen Punkte, die die Landesregierung betreffen, möchte ich folgendes bemerken:

Der Herr Vorredner hat bereits selbst ausgeführt, daß eine Untersuchung eingeleitet wurde, und ich kann nur hervorheben, daß diese Untersuchung ein vollständig negatives Resultat hatte. Die Bestellung eines Stellvertreters des Regierungskommissärs in jenen Fällen, in denen eine persönliche Interessenkollision für den Regierungskommissär vorliegt, ist gesetzlich nur sachlich begründet. Was die Bemerkung betrifft, daß sich Bayer des besonderen Schutzes der Landesregierung erfreue und Gewalttätigkeiten begehe, so bemerke ich, daß der Landesregierung von diesen nichts bekanntgeworden ist und blieb es der Gegenseite vorbehalten, hierüber bei Gericht oder der Gendarmerie die Anzeige zu erstatten. Wenn tatsächlich das Verbrechen der Erpressung oder Einnistung in eine Amtshandlung begangen worden wäre, so liegt dies in der Kompetenz des Richters, dies aufzugreifen, ich muß aber annehmen, daß dieser Vorgang im Sinne des Richters gewiß eine harmlosere Bedeutung hatte (Regner: „Harmlos?“), als wie sie ihm zugeschrieben worden ist, weil ich annehmen muß, daß sonst der Richter seiner Verpflichtung, einzuschreiten, nachgekommen wäre. Wenn man mir noch soviel Einflußnahme auf alle behördlichen Funktionäre zuschreibt, die Selbständigkeit des Richters gegenüber den Verwaltungsbehörden ist verfassungsmäßig gewährleistet. Was nun die Vorwürfe anbelangt, welche gegenüber dem Herrn Landesrat Riegler vorgebracht worden sind, so kann ich auf dieselben im einzelnen nicht antworten und muß es ihm überlassen, zu dieser Anfrage Stellung zu nehmen. Ich möchte nur bezüglich der Objektivität der Behandlung dieser Sache bemerken, daß, als Herr Landesrat Oberzaucher die Angelegenheit in einer Landessitzung vorgebracht hat, damals schon ein Beschluß vorgelegen ist, den ich selbst angeregt habe, eine objektive Prüfung der Sache vorzunehmen. Die Entsendung des Herrn Landesrates Riegler hat den Zweck gehabt, eine solche objektive Prüfung vorzunehmen und womöglich einen Ausgleich zwischen den beteiligten Interessenten herbeizuführen. (Beifall.)

Riegler: Ich bin genötigt, auf die Ausführungen des Herrn Aust einiges anzuführen. Vor allem bemerke ich, daß es vollständig unrichtig ist, daß ich damals in Großlobming die Minderheitspartei veranlaßt habe, ihre Mandate zurückzulegen. Ich bestätige, daß es richtig ist, nachdem ich genötigt war, mich in Großlobming anzumelden, in Knittelfeld vom Regierungskommissär Bayer abgeholt worden bin und er mir da als erster mitgeteilt hat, „gestern haben die neugewählten Gemeinderäte und Ersahmänner ihre Mandate zurückgelegt“ (Rufe: „Hört!“); deshalb ist es vollständig unrichtig, daß ich die Zurücklegung veranlaßt hätte. Wie schon der Herr Landeshauptmann richtig bemerkt hat, habe ich mich bereit erklärt, mich

an Ort und Stelle zu informieren und bin zu diesem Zwecke am 22. Jänner nach Großlobming gekommen, um die Sache klarzustellen. Ich möchte nun das bei dieser Amtshandlung aufgenommene Protokoll zur Verlesung bringen (liest):

„Protokoll, aufgenommen in Großlobming am 22. März 1924 in Hinblick auf die von den in der Gemeinde neugewählten Gemeinderäten Franz F o r c h e r und Genossen ad Zl. 3314 an die Landesregierung (Landhaus) eingebrachte Vorstellung über die vorgenommene Grundverteilung und die Eingabe an die politische Expositur Knittelfeld, eingelangt bei der Landesregierung (Landhaus), Zl. 3277, gefertigt vom Regierungskommissär Wilhelm B a y e r und dem Obmann des Bezirksausschusses Alois W a f f l i n g e r wegen Bestellung von Unterschriftsbevollmächtigten.

Anwesend sind: Landesrat Riegler über Auftrag der Landesregierung, Obmann des Bezirksausschusses Alois W a f f l i n g e r, Se. Hochwürden R o s m a n n, Pfarrer, als einziger Veranlasser und Durchführungsleiter der betroffenen Sache, Franz M a y e r, gewesener Gemeinderat und Altbürgermeister, und Ferdinand L e o p o l d, Seßler-Herzingenscher Gutsverwalter.

Zunächst wird festgestellt, daß die Verteilung der in Betracht kommenden Seßler-Herzingenschen Grundstücke im Ausmaße von 25 Joch schon vor Erscheinen des Wiederbesiedlungsgesetzes, sowie die nunmehr durchgeführte allgemeine Kommassierung angebahnt und eingeleitet war und durch das Erscheinen dieses Gesetzes allerdings eine Unterbrechung und Störung erlitten hat.

Weiters wird festgestellt, daß nicht die Gemeinde Großlobming die Wiederbesiedlung der Seßler-Herzingenschen Güter, sondern die Gemeinde Mitterlobming und Apfelberg beantragt haben.

Endlich wird festgestellt, daß laut Vereinbarung, abgeschlossen zwischen Frau Margarete Seßler-Herzingen, vertreten durch Herrn Dr. Mayrhofer, die beiden Verwalter Ferdinand Leopold und Franz Höfer einerseits und die Vertreter der Gemeinde, sowie der Vertreter der Kleinbesitzer und Pächter andererseits, unter Absatz 1 folgendes festgelegt ist: Frau Margarete Seßler-Herzingen hat der Gemeinde Großlobming 25 Joch 37 Quadratklafter laut einverständlicher Aufstellung vom 1. März 1921 in B zur Verteilung an die bisherigen Pächter laut Aufteilungsschlüssel vom 26. Februar 1921 in C unentgeltlich überlassen, und zwar unter der Bedingung, daß von ihren Besitzungen keine Güter im Sinne des § 1 des Wiederbesiedlungsgesetzes enteignet werden. Die Agrarlandesbehörde hat mit Erlaß, beziehungsweise Erkenntnisssenatsbeschuß vom 15. März 1921, Zahl A 133/1, der Vorstellung der Frau Margarete Seßler-Herzingen stattgegeben, und hierauf ist sowohl die Kommassierung als auch die Verteilung der bereits angeführten 25 Joch Grundstücke vorgenommen und durchgeführt worden. Über die Aufteilung der schenkungsweise überlassenen 25 Joch hat der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 26. Februar 1921 einhellig beschlossen. Im Absätze 2 der Vereinbarung

ist ausdrücklich festgelegt, daß die Verteilung der 25 Joch laut Aufteilungsschlüssel vom 26. Februar 1921 vorzunehmen ist, daß die Gemeinde Großlobming nicht berechtigt ist, für die Grundstücke mehr als 1000 K (tausend Kronen) zu beanspruchen und daß der Erlös der Gemeinde Großlobming zuzuwenden ist. Die in Betracht kommenden Beträge sind von den beteiligten Kleinbesitzern und gewesenen Pächtern schon vor zirka zwei Jahren erlegt worden und bezeugen dieselben auch schon seit Herbst 1922 die genannten 25 Joch. Deswegen ist die Behauptung in der erstbezogenen Eingabe, daß die Durchführung der Verteilung noch nicht erfolgt ist, vollständig unrichtig. Die Aufteilung ist in der Weise erfolgt, daß lauter frühere Pächter berücksichtigt wurden, von denen keiner mehr als 8 Joch Grund besitzt und sind in der Wahrheit überhaupt Besitzer, die 2 bis 3 Joch Grund besitzen. Diese Aufteilung mußte dann in die allgemeine Kommassierung einbezogen werden und ist demgemäß eine Abänderung vollständig ausgeschlossen. Die Gesamtfläche der zusammengelegten Grundstücke in der Gemeinde Großlobming beträgt 413 ha 73 a 60 m².

Im ganzen Durchführungsverfahren wurde erreicht, daß außer den 25 Joch schenkungsweise überlassenen Grundstücken weitere 10 Joch an 11 Kleinbesitzer auf die Dauer der gemeinschaftlichen Bewirtschaftung der Güter Großlobming und Thann und weiter der Gemeinde für Schrebergärten 2 Joch überlassen wurden, und zwar zu einem bedingten mäßigen Pachtzins. Diese 12 Joch Pachtgrund konnten nur dadurch erreicht werden, daß die bisherigen Pächter und nunmehr mit den 25 Joch beteiligten Kleinbesitzer auf ihre Pachtgründe verzichteten. Die gepachteten Grundstücke dieser Kleinbesitzer hatten ein Ausmaß von über 32 Joch; im gesamten waren damals nur mehr 37 Joch von der Guts herrschaft verpachtet.

Nachdem niemand von den Anwesenden noch etwas hinzuzufügen hatte, wird das Protokoll geschlossen und gefertigt.

Alois Riegler eh.

Landesrat.

Alois Wafflinger eh. S. Rosmann eh.

Ferdinand Leopold eh. Johann Mayer eh.“

Aus dem dürften die Mitglieder des hohen Hauses schon entnehmen, daß die Dinge nicht so sind, wie sie vom Herrn Interpellanten dargestellt wurden. Die Verhältnisse in der Gemeinde Großlobming sind auch ruhig verlaufen, bis die Gemeinderatswahlen im Jänner stattgefunden haben, und daß es bei diesen Wahlen nicht in gesetzlicher Ordnung zugegangen ist, ist dadurch bewiesen, daß die Wahlbehörde den Protesten Folge gegeben und die Wahl einstimmig aufgehoben hat, und es ist auch damit dokumentiert, daß das ganze ein Rummel ist, hervorgerufen von der sozialdemokratischen Parteileitung in Knittelfeld. Und nun möchte ich kurz skizzieren, wie sich die Wahlen vollzogen haben, damit sich die Herren davon überzeugen können, daß es nicht mit rechten Dingen zugegangen ist. Die Parteileitung in Knittelfeld hat am Wahltag ein Auto zur Verfügung gestellt und hat ihre Wähler in das Wahllokal gebracht. Da hat sich nun eine heitere

Sache ereignet. Der Herrschaftsbefitzer, den der Herr Abg. Aust erwähnt hat, Herr Hanstein, ist auch zur Wahl gegangen. Weil er ja nur beiläufig 20 Minuten vom Wahllokal entfernt ist, ist er gegangen und hat seine Wahlpflicht erfüllt; auf dem Rückwege ist er nun einem Auto begegnet mit seinem Meierknecht und Gemahlin, welche zur Wahl gefahren sind. (Heiterkeit.) Hinsichtlich der Vorwürfe gegenüber dem Regierungskommissär Bayer möchte ich bemerken, daß er eine Wirtschaft in Großlobming besitzt, von welcher vom Vorbesitzer ein beträchtliches Ausmaß von Grundstücken wegverkauft worden ist, weshalb übermäßig viel Wirtschaftsgebäude vorhanden sind, und daß er während des Krieges als invalider Landstürmer zurückgekehrt ist. Es ist nicht richtig, wenn man sagt, daß Bayer willkürlich ist. Ich muß dabei feststellen, daß er tatsächlich an der ganzen Sache mehr oder weniger unschuldig ist und gewiß nicht so schuldig, wie er hingestellt wird. Es ist eine aufgetauchte Sache, und ich muß noch bemerken, daß diese 25 Joch, um die es sich handelt, nicht ein geschlossener Komplex gewesen sind, sondern es waren Grundstücke, verteilt auf die ganze Gemeinde. Pächter haben auf Grundstücke verzichten müssen, kurz und gut, die Leute haben so zusammen gearbeitet und es ist alles in Ordnung gewesen, bis die Gemeinderatswahl gekommen ist, bis der Maschinführeranwärter von Knittelfeld und Anwärter auf den Bürgermeisterposten gekommen ist. Die Bauerngemeinde Großlobming hätte es sich gefallen lassen sollen, von Leuten terrorisiert zu werden, die von der Bauernwirtschaft nichts verstehen. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Oberzaucher: Ich bitte um das Wort.

Präsident: Ich bitte. Es ist eine Anfrage gerichtet worden an den Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen. Er hat die Anfrage nur zum Teile beantwortet und hat erklärt, daß Details, da er nicht informiert ist, Herr Landesrat Riegler beantworten werde. Es sind daher die Ausführungen des Herrn Landesrates Riegler eine Ergänzung zur Antwort des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen.

Wenn jetzt die Wechselrede eröffnet werden soll, muß ein diesbezüglicher Antrag gestellt werden, der von zehn Mitgliedern des Hauses unterstützt werden muß.

Aust: Ich kann mich mit der Anfragebeantwortung nicht zufrieden geben und ich beantrage daher die Eröffnung der Wechselrede.

Präsident: Ich stelle die Unterstützungsfrage. (Der Antrag wird genügend unterstützt.)

Es hat sich vorher Herr Landesrat Oberzaucher zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Oberzaucher: Hohes Haus! Ich bin durch die sogenannten Aufklärungen des Herrn Landesrates Riegler gezwungen, zur Steuer der Wahrheit einige Feststellungen zu machen. Es ist vor allem nicht richtig, daß die Arbeiterschaft von Großlobming die Bauern in der Gemeinde terrorisiert, denn der Beweis dafür ist uns Herr Landesrat Riegler schuldig geblieben. Tatsache ist, daß die Arbeiterschaft der Ge-

meinde Großlobming bei den letzten Wahlen für unsere Partei entschieden hat und daß eine Mehrheit unserer Partei gewählt wurde. Weiters muß ich feststellen, daß sich die Vorkommnisse bei der Wahl nicht so abgespielt haben, wie der Herr Landesrat Riegler es darzustellen beliebte. Tatsache ist, und das hat die Landeswahlbehörde entschieden, daß drei Punkte des Wahlprotestes nicht berechtigt, also mutwillig erhoben wurden, und sohin wurden sie abgewiesen. In einem Punkte, im vierten Punkte, hat die Landeswahlbehörde entschieden, daß die Wahl zu beheben sei, und zwar hat es sich darum gehandelt, daß ein Kranker, der zur Wahlkommission nicht gehen konnte, zu dieser mit Auto gebracht wurde. Der Vorsitzende der Wahlkommission, der übrigens kein Parteigenosse von uns war, hat in Unkenntnis der Bestimmungen sich aus dem Wahllokal herausbegeben und dem kranken Wähler den Stimmzettel beim Auto abgenommen. Nur wegen dieser Ungehörigkeit, dieser Unkenntnis des Vorsitzenden der Wahlkommission wurde die Wahl behoben, während alle anderen Proteste als mutwillig zurückgewiesen wurden. Das muß ich zur Steuer der Wahrheit mitteilen. (Pichler: „Der Engel hat nicht ganz die Wahrheit gesprochen!“) Im übrigen verweise ich nochmals darauf, daß dieser Protest verspätet eingebracht wurde, und über ganz unzulässige Einflusnahme der christlichsozialen Mitglieder der Landesregierung auch von der Beamtenschaft so lange verschleppt wurde. Der Akt ist monatelang trotz Betreiben liegen geblieben, hat in Graz bei der Regierung keine Erledigung gefunden und ist mit der Angabe, daß das, was die Bezirkshauptmannschaft erhoben hat, nicht richtig sein dürfte, zurückgegangen, so daß man mit Recht behaupten kann, daß ein unrechtmäßiger Einfluß genommen wurde.

Was nun die Grundaufteilung betrifft, so ist das auch nicht so einfach, wie es der Herr Landesrat Riegler im Protokolle darstellt. Er hat vergessen, daß verschiedene Dinge sich vorher abgespielt haben, und zwar daß dieser Grund vom Besitzer Seßler für Kleinhäusler gewidmet war und 21 Kleinhäusler bestimmt waren, mit diesem Grund bedacht zu werden. (Riegler: „Es ist ja die Vereinbarung da, die schriftlich vorliegt!“) Ich kann dem Herrn Riegler nur mitteilen, daß auf Grund der ersten Abmachung verschiedene wirklich bedürftige Kleinbesitzer, darunter auch eine Kriegerwitwe, bedacht wurden. Nach dieser ersten Verteilung hat eine zweite Verteilung stattgefunden, bei der die ärmsten Teufel ausgeschaltet wurden. Darauf haben die Kleinbesitzer protestiert, es wurde ihnen aber vom damaligen Bürgermeister und nachmaligen Regierungskommissär Bayer bedeutet, es sei nichts zu machen, sie mögen sich zufriedengeben, die Gründe müssen jene, die ohnedies schon mehr Grund haben, bekommen, dann gibt es mehr aus. Die Sache ist nicht so, wie es Herr Landesrat Riegler darstellt. Es war von Anfang gedacht, die Ärmsten zu beteilen; der Egoismus der Besitzer hat es erst im Laufe von Verhandlungen so weit gebracht, daß die Verteilung des Grundes nicht an die ärmsten, kleinsten Besitzer erfolgte, sondern daß Besitzer bedacht worden sind, die, wenn nicht Großgrundbesitzer, so doch jedenfalls in

günstigen Vermögensverhältnissen sich befanden, während man die Ärmsten nicht berücksichtigt hat. Das war der Vorgang bei der Verteilung des Grundes, wobei ich nicht untersuchen will, ob bezüglich des Gemeinde-ratsbeschlusses alles in Ordnung abgegangen ist. Wir haben bis heute trotz mehrmaligen Verlangens den Akt bezüglich der Grundaufteilung nicht in die Hand bekommen, um uns überzeugen zu können, ob bei dieser Grundverteilung keine Korruption vorgekommen ist. Weil wir den Akt noch nicht gesehen haben und der Prozeß verschleppt wird, damit der Bayer weiter seines Amtes walten kann, haben wir begründetes Mißtrauen, daß es bei dieser Sache nicht in Ordnung zugegangen ist. Wir müssen daher, bevor diese Sache entschieden wird, fordern, daß der Akt beigebracht werden muß, damit wir uns an der Hand des Aktes überzeugen können, wie die Sache steht, damit wir den ärmsten Teufeln in Großlobming zu ihrem Rechte verhelfen können. (Beifall.)

Präsident: Es hat sich Herr Abg. A u f f zum Worte gemeldet. Bevor ich ihm das Wort erteile, möchte ich ein Versäumnis nachholen. Es hat sich entschuldigt wegen Krankheit Frau Abg. K a u f m a n n. Ich erteile nunmehr Herrn Abg. A u f f das Wort, mache ihn aber aufmerksam, daß die Redezeit mit 20 Minuten beschränkt ist. Ich möchte bitten, sich kurz zu fassen, da noch 17 oder 18 Redner für die Generaldebatte vorgemerkt sind. (Pichler: „Wir haben Zeit!“ — Prisching: „Wir haben auch Zeit!“)

Auff: Ich halte es für notwendig, die Ausführungen des Kollegen Oberzaucher in einigen Punkten zu ergänzen, damit jeder, der die Angelegenheit objektiv beurteilt, erkennen kann, wie leicht sich die Herren Dr. Rinkelen und Riegler die Beantwortung der Anfrage gemacht haben. Der Herr Landeshauptmann ist mit einer noblen Geste über die Sache hinweggegangen und hat den Herrn Riegler in die Bresche geschoben, damit dieser das Bad ausgieße, und dieser hat sich die Sache leicht gemacht in der Meinung, die wissen so nichts. Nun die Geschichte ist ein wenig anders, als wie sie Herr Landesrat Riegler dargestellt hat. Es war schon ein sehr unglücklicher Griff, daß er dieses Protokoll wörtlich verlesen hat, und für jeden, der aufgepaßt hat, muß es auffällig gewesen sein, wer bei diesen Verhandlungen und bei Abfassung des Protokolles anwesend war: der Herr Landesrat Riegler, der Regierungskommissär Wilhelm Bayer, die zwei Verwalter von den Guts herrschaften Seßler und Hanstein und dann noch in Vertretung des Interessentenausschusses ein gewisser W a f f l i n g e r, ein Großbauer, und endlich der größte Bauer von Großlobming, der Altbürgermeister M e y e r, sonst niemand. Die Kleinbauern, die Keuschler, die den Prozeß eingebracht haben, die eigentlich den Anlaß zu diesen Erhebungen gaben, hat kein Teufel gefragt. Die haben erst nachher von der Anwesenheit des Landesrates erfahren. Wäre es nicht selbstverständlich, wenn ich auf Kommission komme, daß ich auch die Gegenseite, die benachteiligte Seite, frage, daß ihr Gelegenheit gegeben wird, einem Vertreter der Landesregierung die Meinung zu sagen. Der hat sich aber im Wirtshaus bei einem Liter Wein mit den geladenen

Gästen zusammengesetzt, sie haben ein Protokoll gemacht und Dinge zur Kenntnis gebracht, die gar nicht stimmen. Wenn der Landesrat Riegler sagt, die bisherigen Pächter haben nach der Vereinbarung mit Seßler die 25 Joch bekommen, so ist das eine aufgelegte Unwahrheit. Die bisherigen Pächter, die bei der ersten Verteilung, von der Kollege Oberzaucher gesprochen hat, dabei waren, die hat man bei der zweiten Verteilung ausgeschaltet und ihnen nichts gegeben. Sie sind auf die Seite geschoben worden, weil die anderen zum großen Besitz noch etwas gebraucht haben. Ein zweites sehr interessantes Beispiel für die Wahrheitsliebe und Aufrichtigkeit der Berichterstattung des Landesrates Riegler ist die Tatsache, wie oberflächlich er über die Ergebnisse der Verhandlungen der Landeswahlbehörde berichtet hat. (Riegler: „Ich bin nicht Mitglied, ich habe nur gehört, daß das Erkenntnis aufgehoben wurde, das ist richtig, mehr weiß ich nicht!“) Sie haben über das Auto Wiße gemacht, das angeblich nach der Meinung des Herrn Hartleb von der Gemeinde Knittelfeld zur Verfügung gestellt wurde. Die Gemeinde Knittelfeld hat gar kein Auto. Wir haben nur eine Räderbahre und einen Ziehkarren. Das Auto, das dort zur Verfügung gestellt wurde, war von einer anderen Stelle. (Hartleb: „Vom Wirtschaftsamt Knittelfeld!“) Nein, weil dieses auch keines besitzt, sondern, wenn Sie es schon genau wissen wollen, es war ein Auto des Obersteirischen Wirtschaftsvereines, registrierte Genossenschaft mit Anteilhaftung. Das Auto hat die Bezirksorganisation Knittelfeld bezahlt. Wenn Sie die Rechnung sehen wollen, können Sie sie haben. Über dieses Auto hat Herr Riegler Wiße gemacht. Kollege Oberzaucher hat schon darauf verwiesen, daß in der Landeswahlbehörde die Sache doch ein bißchen anders ausgehen hat und damit Sie genau informiert werden, möchte ich Ihnen zur Kenntnis bringen, was in dem Prozesse gestanden ist, damit Sie sehen, wie die Landeswahlbehörde den Gegenstand behandelt hat. Es wurde Protest geführt, daß

1. der Gemeindef sekretär P a i e r als sozialdemokratischer Gemeinderat gewählt wurde. Das ist nicht in Ordnung, das ist gegen den Vertrag mit P a i e r;
2. der Fabrikarbeiter Kaspar H o f e r vor dem Wahllokal agitierte, und
3. in der Wahlzelle sozialdemokratische Stimmzettel gelegen sind, weshalb die Wahl aufzuheben sei.

In diesen drei Punkten hat die Landeswahlbehörde den Protest abgewiesen.

Der vierte Punkt bezieht sich auf das, was ich oben gesagt habe. Wir haben Fälle bei der Landeswahlbehörde gehabt, die 12 Stimmen als ungültig bezeichnete und es wurde trotzdem dem Wahlproteste nicht stattgegeben, nachdem diese 12 oder 15 Stimmen das Wahlergebnis nicht beeinflussen können, daher gar keine Ursache vorliege, die Wahl als ungültig zu erklären. In diesem Falle hat es sich nur um eine Stimme gehandelt und trotzdem hat man die Wahl für ungültig erklärt. Ich bitte, wenn Sie objektiv über diese Dinge denken, dann können Sie sehr deutlich erkennen, mit welcher Objektivität man in Graz bei der Landesregierung und bei der Landeswahlbehörde diesen

Fall von Großlobming behandelt hat. Der Herr Landesrat Riegler möchte die Angelegenheit mit einem guten Wiß abtun. (Zwischenruf: „Er möchte der Gegenseite halt gefallen!“) Ich glaube, er hat der Gegenseite nicht gefallen, sie hat nicht gelacht über diese Zustände. Er war der Meinung, daß er damit seine Nachlässigkeit bei diesen Erhebungen bemänteln könne. (Riegler: „Ich protestiere gegen diesen Vorwurf!“) Das macht nichts, Herr Landesrat, ich werde Ihnen noch mehr Vorwürfe machen. Tatsache ist, daß das, was Herr Landesrat Riegler vorgebracht hat, unrichtig und einseitig gefärbt ist (Riegler: „Aktelmäßig festgelegt!“); das Protokoll hat schon den Beweis erbracht. Warum haben Sie niemand von den kleinen Pächtern aufgerufen? Der Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat Riegler haben übereinstimmend festgestellt, daß man deshalb diese Grundverteilung nicht ändern könne, weil die Grundzusammenlegung schon durchgeführt ist und weil man das ganze Operat nicht mehr auseinanderreißen kann. Es ist damit klar und deutlich eingestanden, daß nicht das Recht für die Beurteilung der Sache maßgebend war, sondern das Gutachten der Agrarlandesbehörde, das darauf verweist, jetzt könne man nichts mehr machen, nachdem die Sache schon so weit gediehen sei, daß man nichts mehr auseinanderreißen könne. Ein derartiges Vorgehen entspricht nicht meiner Vorstellung von der Gerechtigkeit. Ich meine, daß beide Beantworter meiner Anfrage mit diesen Worten kundgetan haben, daß sie das Unrecht in dieser Sache sehen und nur auf Grund eines Gutachtens der Agrarlandesbehörde nicht in der Lage sind, eine Änderung herbeizuführen. Ich meine, daß meine Feststellung, daß wir mit der Antwort des Herrn Landeshauptmannes und des Herrn Landesrates Riegler nicht zufrieden sein können, vollauf berechtigt war.

Präsident: Hiemit ist dieser Gegenstand erledigt.

Wir setzen nunmehr die Generaldebatte über den Vortragschlag 1924 fort. Als nächsten Redner erteile ich dem Herrn Landesrat Dr. Hübler das Wort.

Dr. Hübler: Hohes Haus! Das heutige Budget weist gegenüber jenem des Vorjahres und des vorvorigen Jahres Vorteile auf, nämlich den der stabilen Ziffern, die zwar auch das Budget des Vorjahres schon aufgewiesen hat, aber als novum den Umstand, daß wir diesmal die drückenden Abbaumaßnahmen, von denen das Budget im Vorjahre belastet war, nicht mehr mitzumachen haben. Diesem Fortschritte entspricht auch, wenn wir von der Wirkung der Nähe der Gemeinderatswahlen absehen, die Konsolidierung der Politik des Landes, und das umsomehr, wenn wir uns an die früheren Landtagsitzungen erinnern, wo in der Generaldebatte das Wort vom „Bürgerkrieg“ mehr oder weniger deutlich als Drohung erklingen ist. Damals war die Verheißung unserer Bevölkerungsschichten leider eine große, es lag tatsächlich ein Explosivstoff im Lande und wir müssen heute mit Genugtuung feststellen, daß sich die Verhältnisse bedeutend gebessert haben, daß sie konsolidiert sind! Die gestrige Kriegserklärung des Herrn Landesrates Resel mutet mich daher an, wie der Ton des eingestorenen

Hornes des Freiherrn von Münchhausen. (Heiterkeit!) Das ist einfach eine Rede von damals und ist nur wegen der Gemeinderatswahlen heute wiederholt worden. Meine Damen und Herren! Ich möchte bei diesem Punkte etwas aussprechen, was für meine Überzeugung ist. (Pichler: „Haben die Großdeutschen noch eine Überzeugung?“) Ja, mit Ihrer Erlaubnis, Herr Bürgermeister! Ich halte es für einen schlechten Dienst, den die Herren von der sozialdemokratischen Partei dieser Republik erweisen, wenn sie beständig in die Welt hinausposaunen, daß die Republik gefährdet sei, wenn sie jene alle Augenblicke als bedroht hinstellen. Ich halte es auch geradezu für verfehlt, wenn sie jene Organisationen, welche sich mit der Wehrhaftmachung unseres Volkes beschäftigen, welche eine Freude an der Wehrhaftigkeit haben und eine Sehnsucht nach der Wiedererlangung der Wehrhaftigkeit, einfach im Bausch und Bogen der legitimistischen Gesinnung verdächtigen; und es ist ebenso verfehlt, wenn beispielsweise Feste von Kriegsteilnehmern, Heimkehrern, Zusammenkünfte oder Wiedersehensfeiern deshalb, weil einmal eine solche Wiedersehensfeier von einem kleinen Teile der Teilnehmer zu einer legitimistischen Propaganda mißbraucht wurde, einfach in Bausch und Bogen als legitimistische Kundgebungen verdammt werden.

(Präsident Köbl übernimmt den Vorsitz.)

Wenn unsere Republik nur auf den republikanischen Schutzbund gestellt wäre, wenn alle, die in dem Rahmen einer solchen Wiedersehensfeier zusammenkommen, legitimistisch eingestellt wären, stünde es um die Republik außerordentlich schlecht. Landesrat Resel hat in seinen Ausführungen gesagt, er begreife überhaupt nicht, daß es menschliche Gehirne gibt, denen es eine Freude macht, bei den Greueln des Krieges dabei gewesen zu sein. Aus Erinnerungssehnsucht nach den Greueln des Krieges kommt wohl niemand von diesen Soldaten zusammen, aber leugnen Sie es, daß der Ausbruch des Krieges, der ja ein gerechter Abwehrkrieg war, eine Begeisterung ausgelöst hat, die bis in die weitesten Kreise der Arbeitermassen gegangen ist (Rufe: „Sehr richtig!“) und gegen die Sie sich damals nicht aufzulehnen gewagt haben? Meine Damen und Herren! Es ist eine sittliche Kraft in dem Gedanken gelegen, der sich in den Worten Volk, Freiheit und Vaterland verbirgt, in dem Gedanken, sich für diese Güter aufzuopfern und mit diesem Idealismus (Resel: „Mit welchem Idealismus? Dem schwarzgelben?“) die Schrecken der Kriegsgreuel zu überwinden. Meine Herren, daß auch Ihre Führung und Ihre Presse wiederholt diese Tatsache einbekannt hat, die Sie jetzt in Abrede stellen, möchte ich Ihnen dadurch beweisen, indem ich Ihnen mit einigen Zitaten aufwarte, die ich mir aus der Kriegsliteratur von damals aufgezeichnet habe.

Herr Dr. Renner, der Ihnen ja nicht unbekannt sein dürfte, schrieb in der „Arbeiterzeitung“ vom 16. April 1915 (liest):

„Kriege und Revolutionen lösen in gleicher Weise die höchste sittliche Kraft des Individuums, die Hingabe

des Lebens für das gemeinsame Ziel, die Selbstaufopferung für die vorgestellte Sache tausend- und tausendfach aus. Dieses Beispiel zu leugnen, ist nutzlos, dieses Beispiel anzukennen und für seine ganze eigene Sache nutzbar zu machen, ist das einzig Gebotene. Ich für meinen Teil freue mich, die Massen der Opferbereitschaft und Selbstverleugnung fähig zu sehen; ich freue mich, daß die Kraft höchsten Vollbringens in ihnen lebt."

Wir haben uns auch gefreut, daß die breiten Massen unseres Volkes in solchen Lagen sich für die sittlichen Ideale der Freiheit des Vaterlandes begeistern können. (Lebhafter Beifall auf Seite der Großdeutschen und Christlichsozialen. Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Unruhe. — Regner: "Ich kenne Sie von Ihrer Militärdienstzeit im Hinterlande!") Ich bin drei Jahre an der Front gestanden und bin verwundet worden. Ich war nur während der Zeit meiner Wiederherstellung im Hinterlande. (Zwischenruf Regner.) Das ist nicht wahr, Herr Präsident Regner. Ich könnte Ihnen Beispiele von der Anhänglichkeit meiner Mannschaft bringen, die Sie beschämen würden, von Leuten, die Ihre Organisationsgenossen sind. Nach diesem Zwischenspiele kann ich mich nun wieder jenen den Herren so unangenehmen Zitaten aus der sozialdemokratischen Kriegsliteratur zuwenden. Um zu beweisen, wie realpolitisch auch Ihre oberste Führung selbst in der Frage notwendiger Annexionen gedacht hat, zitiere ich nur einen Herrn Philipp Scheidemann, der Ihnen auch bekannt sein dürfte, und zwar aus seinem Buche der "Zusammenbruch". Dort schreibt er auf Grund seiner Aufzeichnungen über die Ende November 1915 in Wien stattgefundene Besprechung mit "der österreichischen Bruderpartei", daß sich alle Führer mit Ausnahme von Friedrich Adler sehr realpolitisch verhielten. Besonders hervorzuheben ist aus den damaligen Aufzeichnungen Scheidemanns folgende kennzeichnende Bemerkung (liest):

"Von großem Interesse waren auch die Auseinandersetzungen über die Annexion." . . . "Das ist ein Schlagwort, mit dem wir in Österreich nichts anfangen können," sagte Viktor Adler. "Wir" — die Österreicher — "sind bereit, Polen und Serbien zu nehmen." Das seien keine Annexionen. (Riesel: "Sollte dies auch Scheidemann gesagt haben, deshalb ist es doch nicht wahr!") — Aust: "Wir identifizieren uns nicht mit Scheidemann!") Ich habe gesagt, daß ich ein Buch Scheidemanns zitiere. Das war doch deutlich. Austertlich hielt sogar eine weitere Teilung Polens zwischen Österreich und Deutschland für die "glückliche Lösung". Jedenfalls — sagt Scheidemann — erwies sich erneut, daß die österreichischen führenden Genossen großes Verständnis für die reale Politik haben. Weil Sie durch Zwischenrufe beweisen wollen, daß das Ausnahmestellen seien, möchte ich, um würdig zu beweisen, daß Ihre Presse der Kriegsbegeisterung der Leser Rechnung getragen worden ist, ein Gedicht vorlesen, das man lesen konnte in einer Zeitung "Arbeiterwille", die in Graz erscheint. Ich bitte, es nachzulesen in der Nummer vom 6. August 1914. Dort stehen folgende Strophen (liest):

"Wer seine Hände falten kann,
Bei' um ein gutes Schwert,
Um einen Helden, einen Mann,
Den Gottes Zorn bewehrt!"

Ein Kampf muß uns noch werden,
Und drin der schönste Sieg,
Der letzte Kampf auf Erden,
Der letzte heil'ge Krieg!"

(Große Heiterkeit auf der Rechten des Hauses.

Zwischenrufe der Sozialdemokraten: "Der Dichter ist ja Freiligrath, Sie müssen erst Literaturgeschichte lernen." — Unruhe.) Wissen Sie das ganz genau? (Also abgedruckt ist das Gedicht im "Arbeiterwille.") Ich nehme an, daß die Abdruckung des Gedichtes am 6. August vermutlich auf die Ereignisse des Weltkrieges gemünzt ist. Damit dieses Gedicht des "Arbeiterwille" nicht vielleicht in einen Aufruf für die künftigen Gemeinderatswahlen umgedeutet werden könnte, möchte ich noch ein Gedicht der "Sozialdemokratischen Volkstribüne" vorlesen. Diese brachte am 4. Oktober 1915, also in einer Zeit, wo, wenn man vom Krieg gesprochen und geschrieben hat, man vermutlich nicht den Peloponnesischen Krieg oder einen künftigen Freiheitskrieg, sondern den gleichzeitigen Weltkrieg gemeint hat, ein Gedicht des bekannten sozialdemokratischen Dichters Alphons Pechold. Es lautet (liest):

"Sehnsuchtschrei.

O' daß ich könnte jetzt in jeder Kugel sein,
Die fröhlich zischend ein rotes Menschenherz grüßt,
O' daß ich könnte jetzt atmen mit jeder Säbelklinge,
Die flammentrot ein weißes Menschenhirn küßt,
So in ein ganz fremdes Leben eintauchen,
Als zerstörende Kraft, aus der Neues erblüht —
Wäre das nicht ein Glück, über alle Glückseligkeit
stehend,
Wäre das nicht eine Freude, die sonst in Gott nur
erglüht?"

Das gehört zu den geschmacklosen und blutrünstigen Erzeugnissen der Kriegsliteratur, die wir ja kennen. (Riesel: "Ein Fälscher sind Sie, Sie fälschen den Sinn der Gedichte!") Ich habe ja nicht interpretiert, sondern nur vorgelesen und überlasse es dem hohen Hause, das Gedicht zu interpretieren. (Großer Lärm, Zwischenrufe der Sozialdemokraten. — Pichler: "Wir haben andere Gedichte verbreitet und sind vor das Kriegsgericht gekommen. Wenn ein Professor unanständig wird, muß man ihn zur Ordnung rufen!") Es scheint, daß Ihnen die Sache doch sehr unangenehm ist, weil Sie sie so abzuwehren versuchen. Ich habe damit nur das eine feststellen und beweisen wollen, daß, wenn das während des Weltkrieges erscheint, es vermutlich auf den Weltkrieg gemünzt ist. (Pichler: "Wir haben nicht Zeit gehabt, uns mit Gedichten abzugeben, ich bin für meine Handlungen vor das Kriegsgericht gekommen. Den Mut haben Sie nicht aufgebracht!") Ich wundere mich darüber, daß Sie sich heute so schämen und das ablehnen, daß die damalige Kriegsbegeisterung alle Schichten der Arbeiter ergriffen hat und die Arbeiterschaft damals ihre Pflicht gegen ihr Volk voll erfüllt hat. Und nun, meine sehr

Verehrten, wundern Sie sich, wenn es heute Organisationen gibt, die die Erinnerung des gemeinsamen großen Erlebnisses feiern und gewiß in ihrer überwiegenden und erdrückenden Mehrheit eine legitime Propaganda entschiedenst ablehnen. Das habe ich nur feststellen wollen, weil der Herr Landesrat Resel erklärt hat, er begreife nicht, wie man eine Begeisterung für die Erinnerung an den Weltkrieg haben könne. (Zwischenruf: „Wenn Sie eine solche Freude am Krieg haben, ist es unbegreiflich, daß Sie Professor geworden sind.“)

Im übrigen möchte ich noch folgendes betonen: Ich halte es, wie gesagt, für einen Fehler, wenn die Republik durch das geringfügigste Ereignis als bedroht hingestellt wird, und wenn Organisationen, wie der Selbstschutz, die bestimmt eher alles andere als legitimistisch gesinnt sind, als Bedrohung der Republik gelten und wenn beispielsweise ein Kapselschießen als eine Art Hochverrat hingestellt wird. (Resel: „Das ist kein Kapselschießen, wo in einer Kaserne Gewehrgriffe geübt werden. Aber von mir aus sollen Sie Ihre Freude damit haben, jedoch in der Kaserne hat das nicht zu geschehen!“) Dann will ich Ihnen als ein Beispiel die freie Republik Schweiz anführen, wo die Jugendvereine unter Milizoffizieren Übungen abhalten. (Zwischenruf: „Ja, aber dort gibt es keine Monarchisten! — Pichler: „Wir sind nicht in der Schweiz! In der Schweiz gibt es auch keine Großdeutschen vom österreichischen Kaliber!“) Ich meine, die Angst, die Sie haben, schädigt nur die Republik ebenso wie beispielsweise der Umstand, daß ein Auszug von 30 bairischen Mittelschülern in Leoben eine Art Probealarm verursacht hat wie ein feindlicher Einmarsch.

Nun, meine verehrten Damen und Herren, diese kriegerischen Auseinandersetzungen in der heurigen Budgetdebatte haben zweifellos nur in der Absicht stattgefunden, um vor den Gemeinderatswahlen die Arbeiterschaft wieder aufzuheizen, um ihr von dem großen Hass zu erzählen, den alle übrigen Klassen gegen sie haben, um ihr einzureden, daß jene nur warten, um die Arbeiterschaft wieder unter die Krute zu bringen und auszubeuten, sie mit Waffengewalt niederzuschlagen. (Regner: „Sie hat nichts mehr zu verlieren!“) Meine Verehrten, es wäre gewiß besser gewesen, wenn die Herren von der Linken den Tatsachen Rechnung tragend, auch erwähnt hätten, daß Gott sei Dank in Steiermark in allen Lagern eine gewisse Beruhigung und Angleichung eingetreten ist. (Aust: „Bei den Großdeutschen herrscht sogar Grabesstille!“)

Nun, meine verehrten Damen und Herren, ein anderes Kapitel, das angeschnitten wurde, die Frage der Verwaltungsreform, der Beseitigung der Doppelgeleisigkeit! Wir sind hier seit dem vorigen Jahr nicht um einen Schritt weitergekommen. Einer sachlichen, einheitslichen Lösung stehen die verschiedenartigen Parteiinteressen hindernd gegenüber. Unser Klub hat einen Antrag eingebracht, der noch in dieser Session verhandelt wird, daß sich die steiermärkische Landesregierung bei der Lösung dieser Frage in Wien die Mitwirkung der Landesregierungen sämtlicher Bundesländer sichern soll. Ich halte dies für sehr wertvoll,

denn es ist ja keine Frage, daß die Verwaltungsreform in diesem verhältnismäßig kleinen Staate endlich einmal zentral gelöst werden muß, wenn gesund und billig verwaltet und gewirtschaftet werden soll. Hohes Haus! Zwei Grundsätze müssen nach unserer Meinung da zur Geltung kommen, wenn die Verwaltungsreform eine Vereinfachung und einen Fortschritt bedeuten soll: Einmal, wo es sich in der Verwaltung um rechtliche Fragen handelt, um Entscheidungen, ob die durch das Gesetz vorgeschriebenen Bedingungen erfüllt sind oder nicht, daß dort ein Verwaltungsbeamter objektiv, mit der Funktion eines Verwaltungsrichters, unbeeinflussbar durch Parteien, zu entscheiden habe. Wir legen den größten Wert auf die möglichst selbständige Stellung des Beamten zur Wahrung seiner Objektivität. (Regner: „Auch bei der Gendarmerie?“) Auch bei der Gendarmerie! Wenn gestern der Herr Landesrat Resel, als er hier im hohen Hause über die starke Hand des Herrn Landeshauptmannes Dr. Rintelen polemisierte, gesagt hat: „Damals war es die mäßige Zurückhaltung der Arbeiterschaft, die den Staat gerettet hat“, so möchte ich betonen, daß damals auch das Opferbewußtsein und die Pflichttreue unserer Beamtenenschaft den Staat gerettet haben (Rufe: „Sehr richtig!“), die damals, als alles auseinanderlief, mit seltener Pflichttreue auf ihren Posten ausgeharrt hat und uns so jene ärgste und schlimmste Zeit uns überdauern geholfen hat. Und aus dieser Ursache müssen wir unserer Beamtenenschaft in diesen Zusammenhang unseren Dank sagen, ihr aber auch jene Stellung einräumen, die ihr gebührt. Hohes Haus! Als zweiter Grundsatz müßte in der Verwaltungsreform zum Ausdruck kommen, daß dort, wo es sich um volkswirtschaftliche Fragen handelt, und wo der Beamte eigentlich zu Unrecht heute noch die ganze Verantwortung trägt, er derselben zum Teil enthoben werden müßte. Da müßten die Fachgenossenschaften und die wirtschaftlichen Ständesorganisationen zur Mitarbeit herangezogen werden, wie das in anderen Demokratien der Fall ist. Nur bei uns ist es noch so, daß der Staat den Staatsbürger in allem bemuttert, von der Geburt bis zum seligen Ende. Ich glaube, daß diese Art der Heranziehung eine außerordentlich günstige Vorbereitung wäre für das Ständeparlament als zweite Kammer. (Zwischenrufe: „Seit wann sind die Großdeutschen für das Ständeparlament?“ — „Oho“-Rufe.) Das steht schon in unserem Salzburger Programm vom Jahre 1919. (Regner: „Kurienparlament!“) Ein Parlament, in dem rein sachlich und wirtschaftlich entschieden wird, das kann Ihnen natürlich nicht passen. Meine verehrten Damen und Herren! Dann würde durch dieses Ständeparlament als zweite Kammer die Möglichkeit gegeben werden, daß sich jene großzügigen, volkswirtschaftlichen Ideen durchsetzen, die der Herr Landesrat Resel in der Führung unseres Landeshaushautes vermischt. Ich möchte betonen, nicht die Individualität der Parteiführer ist es, die zur großzügigen volkswirtschaftlichen Einstellung geeignet wäre, sondern das Wesen der politischen Parteien selbst. Das ist eben ein Ausfluß der Demokratie, daß die heutigen politischen Parteien, die von Wahlkampf zu Wahlkampf, also sozusagen von der

Hand in den Mund leben, nicht geneigt sind, volkswirtschaftliche Mittel für Investitionen auf lange Sicht anzulegen; und dadurch ist jenes Fehlen wirtschaftlicher Einstellung verursacht, das der Herr Landesrat R e s e l beanstandet hat.

Ich möchte feststellen, daß seit dem Zusammenbruche der Monarchie und dem Bestehen unseres Freistaates das erste großzügige volkswirtschaftliche Programm das Sanierungsprogramm der Koalitionsregierung S e i p e l - F r a n k war. (Pichler: „Nur so weiter mit der Sanierung, dann wird gar nichts übrig bleiben!“) Das möchten wir feststellen, obwohl es von den Herren der linken Seite in der jetzigen Wahlzeit gern als das Ei des Kolumbus behandelt wird.

Auch der Aufbau des Landeshaushaltes muß im Rahmen dieses Sanierungswerkes durchgeführt werden. Wenn wir nun nach der Sanierung des Staatshaushaltes, nach der unbedingt notwendigen Erfüllung der Wünsche der Beamtenschaft, zum nächsten Schritt, nämlich zur Sanierung unserer Volkswirtschaft kommen werden, muß auch der Landtag seinen Teil an Aufgaben dabei lösen. Wir haben heute schon gehört, daß es sich bei der Sanierung der Volkswirtschaft in erster Linie um die Beseitigung der passiven Handelsbilanz handelt. Die passive Handelsbilanz setzt sich aus drei hauptsächlichlichen Posten zusammen: der Einfuhr von Textilwaren, Stein- und Braunkohle und Nahrungsmitteln, und zwar Getreide, Mehl und Fett, mit einem Defizit aus diesen drei Posten, das 475 Millionen Goldkronen beträgt. Darunter beziffert sich das Defizit für Getreide und Mehl auf rund 200, für Fett auf 100 Millionen Goldkronen. Und nun, meine Herren, kommt noch eine interessante Post, daß nämlich durch die Einfuhr von 2,5 Millionen Zentner Mehl statt Getreide unserer Landwirtschaft 7082 Waggon Kleie und daher unserer Viehwirtschaft eine große Menge Kraftfutter verloren gegangen ist. Mit dieser Menge Kleie könnten 390 Stück Großvieh das ganze Jahr täglich je ein halbes Kilogramm Kleie erhalten. Dies ist den statistischen Ziffern eines Elaborats des Ministeriums für Ackerbau entnommen.

Daß die Beseitigung dieser Passivposten aus der Einfuhr von Getreide und Mehl durch die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion erfolgen muß, ist eine Überzeugung, die sich wohl bei allen Parteien des Hauses durchgerungen hat. Die näheren Wege zu besprechen, wird noch beim Kapitel „Landeskultur“ Gelegenheit genug sein. Selbstverständlich ist es, daß unser Land außer gegenüber der Landeskultur auch noch seine anderen Verpflichtungen erfüllen muß, Verpflichtungen gegenüber dem allgemeinen Bildungswesen, dem Schulwesen, der Gesundheits- und der Armenpflege. Ich möchte an dieser Stelle mit Genugtuung betonen, daß diesmal im Budget auch Posten für die Bedürfnisse der bedrängten untersteirischen Grenzbevölkerung eingesetzt sind, für Straßen- und Schulbauten in der Sobothter Gegend. Ich möchte wieder die Aufmerksamkeit des hohen Landtages auf die Lage der untersteirischen Grenzbevölkerung, auf deren wirtschaftliche Lebensbedingungen lenken, die durch die willkürliche Grenzziehung, die ihnen ihre

wirtschaftlichen Komplexe zerschnitten hat, außerordentlich erschwert sind. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß diese Grenzbevölkerung, wenn sie sich wirtschaftlich erholen will, wenn sie das Opfer der Treue, das sie uns seinerzeit in den schweren Tagen ihrer Befreiung gebracht hat, einigermaßen vergolten erhalten soll, sehr der Unterstützung der Landesregierung Steiermarks, als auch der Bundesregierung bedarf. Denn die Auslegung der Bestimmungen des Friedensvertrages von St. Germain seitens der Grenzbehörden des SHS-Staates ist eine außerordentlich willkürliche, und wir haben in der jüngsten Landtags-sitzung sehr klar und deutlich gehört, was für Zustände sich anlässlich der Ausweisung von Optanten für Österreich dort ergeben haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestern ist darüber Klage geführt worden, daß von steirischen Landgemeinden ostjüdischen Einwanderern ein Heimatrecht erteilt werde; ich stelle fest, daß wir ein solches Vorgehen auf das schärfste mißbilligen, wenn bei uns in Steiermark vielleicht auch der Brauch einreißen würde, den die Stadtgemeinde Wien in so „vorbildlicher Weise“ (Heiterkeit) mit jenen Flüchtlingen aus Polen und Galizien eingegangen ist; was an Handelsjuden und Schiebern aus Ostgalizien gekommen ist, wurde dort wahllos aufgenommen. (Pongráz: „Alles, was dort nicht aufgenommen wurde, ist hier aufgenommen worden!“) Herr Landeshauptmann, das ist unmöglich, den dort sind Hunderte und Hunderte aufgenommen worden, da ist keiner zu schlecht gewesen. Diese Aufnahme der Ostjuden erfolgte mit Durchkreuzung von Ausweisungsanträgen des damaligen großdeutschen Ministers Dr. W a b e r; ich verweise nur auf den Fall des sattsam bekannten Herrn Imre B e k e s s y. (Zwischenrufe: „Solche Fälle sind zu hunderten bekannt!“) Ich werde mir das Vergnügen geben, Ihnen in einer der nächsten Sitzungen, wenn Sie wollen, noch einige solche Fälle vorzulegen. Im übrigen habe ich mich auch in der Steiermark erkundigt und habe in Erfahrung gebracht, daß nicht nur von einer christlichsozialen Gemeinde, sondern von einer anderen Gemeinde, die geleitet wird von der Partei der Herren hier (weist auf die Linke des Hauses) (Zwischenruf der Sozialdemokraten: „Namen nennen!“) — Sie können mir es glauben, ich kann es Ihnen in einigen Tagen mitteilen — an Ostjuden das Heimatrecht erteilt wurde. (Pichler: „Sie machen Mitteilungen auf Vorschuß!“) Jawohl, auf Vorschuß, damit Sie sich in einer gewissen anmutigen Spannung befinden, an einen Herrn namens L i c h t e n s t e i n. (Zwischenrufe: „Das ist ja ein Grazer!“) Das ist aber nicht der Prinz aus dem Fürstentum Liechtenstein, sondern ein Herr aus Ostgalizien, und ich möchte die steiermärkische Landesregierung ersuchen... (Pongráz: „Haben Sie vom Herrn Landeshauptmann den Auftrag gekriegt? Gestern hat schon Herr Landeshauptmann Dr. Alhrer gesagt, daß er mir den Lichtenstein auf den Kopf werfen wird!“) Ich danke Ihnen, Herr Landeshauptmann P o n g r á z, es freut mich, zu wissen, daß der Lichtenstein Ihr Schützling ist. (Pongráz: „Dann bin ich aber mit Landes-

rat Gaß in Kompagnie!") Ich möchte tatsächlich an die Landesregierung die Forderung stellen, daß die Gemeinden nach der Seite hin auf das strengste überwacht werden, und zwar auch deshalb, damit sich die Herren auf der linken Seite nicht aufregen, wenn steirische Landgemeinden in der Heimateinbürgerung von Ostjuden einen unlauteren Wettbewerb mit der Stadt Wien eröffnen. Das wäre wohl sehr bedauerlich. (Pichler: „Und die großdeutschen Wahlfonds haben nichts bekommen davon!") Höchstens durch Ihre Vermittlung, Herr Bürgermeister! Ich glaube, daß das ganze Haus gestern über das Erwachen dieses antisemitischen Johannedes bei der sozialdemokratischen Partei — spät, aber doch! — außerordentlich angenehm überrascht war. Ich kann sagen, mich hat es gefreut, und wenn Sie nun in Ihren Arbeiterversammlungen auch so über die Juden schimpfen, wie hier im Hause, dann werden Sie den Hakenkreuzlern die schärfste Konkurrenz machen. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn wir dann zum Kapitel „Bildungswesen" kommen, wo es sich um die Subventionen für Körperschaften handelt, die den Herren Sozialdemokraten nicht judenfreundlich genug sind, da werden wir ja sehen, ob der Antisemitismus, den Sie gestern im Hause bekundet haben und der, wie ich hoffe, eine neue Epoche einleiten wird, auch die Farbe hält. (Pichler: „Tragen Sie das Hakenkreuz unter der Weste oder auf dem Rock?" — Leichin: „Wosel!") Ich bitte, verehrter Herr Kollege Leichin, in der Woselangelegenheit möchte ich folgendes erwidern, das, was einer Ihrer Führer, ich glaube der Herr Abg. Renner selbst, uns Großdeutschen erwidert hat, als wir vorwarfen, daß die Sozialdemokraten zweimal für die Kongrua gestimmt haben. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten. — Dr. Engle: „Im Ministerrate schon, im Hause sind die Sozialdemokraten dann hinausgegangen!") — Pichler: „Es ist ein weiterer Sprung von Wosel auf die Kongrua!") Damals sagte Renner, diese Handlung im Ministerrate sei damit begründet, daß eine Partei, die ein großzügiges Arbeitsprogramm hat und zur Durchbringung des Arbeitsprogrammes eine Koalition braucht, selbstverständlich dann gezwungen ist, Maßnahmen zu genehmigen, die sie bei freier Betätigungsmöglichkeit nicht zulassen würde. Nachdem nun Herr Dr. Renner für Sie eine solche Bedeutung hat, daß Sie ihm wohl auch allgemeine Bedeutung seinen Aussprüchen zubilligen, so bitte ich, diese Verteidigung Dr. Renners in der Koalitionsfrage als unsere Rechtfertigung in der Woselangelegenheit zur Kenntnis nehmen zu wollen.

Es ist uns gestern vom Herrn Landesrat Resel, dem Wortführer der Sozialdemokraten, vorgeworfen worden (Zwischenrufe Resel), daß wir das freiheitliche Programm in kultureller Beziehung verlassen haben, daß wir dieses Programm verraten, verkauft, verschachert haben. Ich möchte wieder einmal feststellen, es ist ein großer Unterschied zwischen unserem freiheitlichen Kulturprogramm und jenem der Sozialdemokraten, das kulturelle Programm der Sozialdemokraten ist international und das kulturelle Programm unserer Partei (Pichler: „Ist zurückgestellt!") — oh nein! — ist völkisch! Wir können uns mit jener

Art der Freiheitlichkeit, wie sie gerade die jüdische Sozialdemokratie, der Wiener jüdische Freisinn, pflegt (Widerspruch bei den Sozialdemokraten), der sich in einer verletzenden kulturellen Auseinandersetzung befriedigt, die auch die religiösen Gefühle Andersgläubiger verletzt, nicht identifizieren. Ich möchte hinweisen auf die bekannte Polemik der Frau Abg. Tausk im Landesschulrate anlässlich der Frage des Zölibates, wo sie über die kirchliche Ehe gesagt hat: „Bei dem Hokuspokus (Mikola: „Pfui!"), den Ihr macht, da können wir nicht mitmachen!" (Leichin: „Los von Rom!") Das ist doch kein großdeutscher Programmpunkt! Ich möchte betonen, daß diese Art des zerfetzenden jüdischen Quertreibens in unserer heutigen Zeit für uns eine sehr große Gefahr bedeutet. Wir sehen, wie das sozialdemokratische Programm in einem Geiste aufgebaut ist, der sich in einem Hass gegen Kulturbestrebungen auslebt, die unserer angestammten Volksart entsprechen. Ich erwähne da, um ein Kuriosum zu bringen, den Kampf, der vom Glück-Schulverlag gegen die deutsche Schrift geführt wird, die als rückschrittlich und reaktionär, die Völkerverbrüderung hindernd, hingestellt wird. Um auf das früher Gesagte zurückzukommen, es kann einer an die Kirche glauben oder nicht, er kann Monist sein, aber er muß das religiöse Gefühl des andern ehren. Die Art der Freiheitlichkeit und des Kampfes, wie sie seinerzeit Ofner und Kuranda gepflegt haben, ist mit dem völkischen Kulturprogramm nicht vereinbarlich. (Zwischenruf Oberzaucher.) Herr Oberzaucher, lesen Sie die stenographischen Protokolle des Landtages der letzten Jahre nach. Diesen Vorwurf haben Sie schon jedes Jahr gemacht. Das ist ein alter Ladenhüter. (Pichler: „Wir müssen das öfter machen, damit sich Herr Professor dies merken!")

Hohes Haus! Bei diesem Anlasse möchte ich zurückkommen auf den Vorwurf wegen der konfessionellen Schulen. Ich habe betont, daß wir als völkische Partei entschlossen sind, alle jene Positionen zu halten, die uns für den völkischen Wiederaufbau notwendig erscheinen, und da ist die evangelische Schule sehr wichtig, die geben wir nicht ohne zwingenden Grund auf, weil in ihr ein Geist herrscht, der unserem völkischen Empfinden nahesteht. (Resel: „Bringen Sie auch Opfer dafür!") Wenn bei der gleichen Gelegenheit die katholischen konfessionellen Schulen zur Behandlung kommen, dann müssen wir logischerweise für die gleiche Behandlung eintreten. Wenn man sich auf einen wohlmeinenden Standpunkt stellt bezüglich der einen Richtung der konfessionellen Schulen, dann kann man keine Ausnahme machen, das ist doch klar. Hohes Haus! Ich möchte, um vielleicht ein Zitat des Landesrates Resel zu variieren, nochmals betonen, daß wir uns in der Verteidigung jener Positionen, die wir für unsere Partei für wichtig halten, keine Vorschriften machen lassen. Ich möchte den Ausspruch des Herrn Landesrates Resel von der Semmel und dem Ofen variieren und für das Büchlein „Die hopsende Zunge" der Sammlung der Parlamentsredebücher einen freiwilligen Beitrag leisten und sagen, daß uns die Semmel in der Hand lieber ist, als der Ofen auf dem Dache. (Lebhafte Heiterkeit.)

Hohes Haus! Zum Schlusse. Es hat Kollege Refel heute vormittags an unser Gerechtigkeitsgefühl appelliert. Ich habe Gelegenheit genommen, nachmittags zu antworten, wo er besser aufgelegt ist. Nun möchte ich folgendes erwidern: Wenn ein Unrecht geschieht, so werden wir gerne bereit sein, diesem entgegenzutreten; wenn Sie aber meinen, daß das ein Unrecht ist, wenn Beamte sich einer politischen Parteidiktatur nicht beugen (Berzauer: „Sie beugen sich ja!“), wenn eine bürgerliche Minderheit sich von der sozialdemokratischen Mehrheit in der Gemeindegewirtschaft nicht ausschalten lassen will (Pichler: „Daß der sozialdemokratische Gemeindegewirtsch. Sekretär von Großlobming nicht kandidieren darf, nicht wahr?“), wenn allmählich durch die wiederkehrende Ordnung der Meinung der Leute abgeholt wird, daß das die wahre Freiheit ist, wenn der Starke dem Schwachen jederzeit eine Watschen geben kann, wenn die dies alles für ein Unrecht halten, dann allerdings werden Sie unsere Unterstützung nicht finden.

Ich möchte noch hinzufügen, Sie haben heute mit Rücksicht auf die Gemeinderatswahlen die oppositionelle Note so ausdrücklich betont, als ob wirklich ihre Hauptaufgabe die Opposition in diesem hohen Hause sei; ich möchte sagen, verehrte Herren von der Linken, die oppositionelle Haltung ihrer Partei tut uns, natürlich parteipolitisch genommen, vielleicht weniger weh als die sachliche Arbeit, die einzelne Herren von Ihnen in der Landesregierung leisten (Refel: „Sehr gut!“); ich möchte feststellen, daß für uns zum Beispiel jener Herr, der das Referat VI in einer Weise führt, die allen anderen Gegnern imponieren muß, parteipolitisch viel gefährlicher ist, als die vielen fideles Krakeeler und Zwischenrufer, die Sie uns in der Budgetdebatte gegenüberstellen. (Pichler: „Wenn wir uns nicht bemerkbar machen könnten, würde man die Großdeutschen überhaupt nicht mehr sehen. Ich habe schon einmal gesagt: Klein, aber herzig!“)

Hohes Haus! Ich schreite zum Ende meiner Ausführungen, ich muß Rücksicht nehmen auf den Sechsstundentag der sozialdemokratischen Zwischenrufer, die halten das nicht länger aus, so komme ich nun zum Schlusse: Wir sind mitverantwortlich für die Führung der Landesgeschäfte, wir gehören der Mehrheit an, die wiederholt heute interpelliert worden ist. Wir sind eine kleine Partei und können uns nur durchsetzen, wenn wir sachliche Arbeit leisten. (Pichler: „Mit großem Hunger nach Mandaten!“) Ich glaube, daß eine unsachliche Führung des Referates weder mir, noch unseren Herren in den Ausschüssen von den Herren der linken Seite vorgeworfen werden kann. Ich möchte am Ende meiner Ausführungen betonen, daß wir an dem Grundsatz sachlicher Arbeit ohne Voreingenommenheit auch weiterhin festhalten und für das Budget stimmen werden. Lebhafter, demonstrativer Beifall bei den Großdeutschen und Christlichsozialen. — Prisching schüttelt dem Redner die Hand. — Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. — Leichin: „Mehr konnte Ihnen nicht mehr geschehen!“)

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Gföller.

Gföller: Hohes Haus! Es wäre verlockend, auf die Ausführungen meines Vorredners Dr. Hübler einzugehen, aber die Schlussszene bei seiner Rede hat uns nur gezeigt, daß er ein getreuer Diener der christlichsozialen Partei ist. (Dr. Hübler: „Kein Diener!“)

(Präsident Steiner übernimmt den Vorsitz.)

Der Herr Landesrat Prisching hat in seiner Einleitung zum Budget davon gesprochen, daß das Gleichgewicht des Budgets besonders gefährdet sei durch die drohende Novellierung des Abgabenteilungsgesetzes. Mir wirft sich dabei die Frage auf, ob die christlichsoziale Partei und der Finanzreferent auch gegenüber den Parteigenossen im Bunde und gegenüber dem Parteigenossen, dem Finanzminister Dr. Kienböck, sich entsprechend zur Wehr gesetzt haben, um die drohende Schädigung des Landes abzuwehren. Er hat im Finanzausschusse einmal von einer Ziffer gesprochen und eine Ziffer von 20 Milliarden genannt, um die das Landesbudget durch den Finanzminister des Bundes bedroht wäre. Wenn wir nun die Haltung der christlichsozialen Partei ansehen, so können wir uns des Eindruckes nicht erwehren, als ob es der christlichsozialen Landesparteileitung mit dem Widerstande gegen den Bundesfinanzminister nicht sehr ernst sei oder andererseits die Bedrohung des Landes durch den Bundesfinanzminister nicht ernst zu nehmen sei, daß von vornherein der Finanzreferent des Landes weiß, daß dem Lande nicht zu weh getan werden wird, und daß es sich dem Bundesminister für Finanzen um etwas anderes handelt, als seine ihm nahestehenden Männer zu schädigen. Wenn man die Verhandlungen wegen des Abgabenteilungsgesetzes verfolgt, so drängt sich einem der Eindruck auf, daß der Bundesminister vor allem daran denkt, den Bund zu sanieren, und zwar weniger auf Kosten der Länder, als auch Kosten der Städte, Industrieorte, der Gemeinden, die er heranziehen will, seine Sanierung zu unterstützen. Wenn wir diese Verhandlungen verfolgen und zu diesem Verdacht kommen, so müssen wir uns fragen, ob man in der christlichsozialen Partei auch heute noch keine andere Maßregel weiß, um unseren Staat zu stützen, um das Budget des Staates ins Gleichgewicht zu bringen, als immer wieder neue Sanierungssteuern den breiten Massen der Bevölkerung aufzuerlegen. Wir sollen zu diesen bestehenden drückenden Steuern neue Steuern dazubekommen, zu deren Einführung die Gemeinden gezwungen werden sollen und die die industrielle Krise und die Lage der arbeitenden Menschen noch verschlimmern werden. Wenn wir die Folgen der heutigen Budgetsanierung ansehen, so finden wir, daß man vielleicht der Ausgleichung des Staatsbudgets nahegekommen ist, daß aber die sogenannte Sanierung vollständig auf Kosten der Volkswirtschaft dieses Landes gegangen ist. Wir haben heute Krisen, wie wir sie nicht sobald erlebt haben, haben tausende und tausende von Kurzarbeitern, tausende und tausende Arbeitsloser, die das Exempel für die österreichische Sanierung sind. Wenn wir fragen, wen diese Krise in erster Linie trifft, so muß man aussprechen, daß es nicht nur die Industriellen sind, die diese Krise trifft, sondern vor allem die arbeitenden Menschen, die die Folgen der Krise zu tragen haben. Die Industriellen

riskieren nur, daß sich ihr Anlagekapital nicht verzinst, wohl aber haben die Arbeiter die Arbeitslosigkeit, die Kurzarbeit auf sich zu nehmen, und mit voller Wucht lastet die Sanierung und die mit ihr verbundene Krise auf den Schultern der Arbeiter. In einer solchen Lage ist natürlich auf die Schutzgesetze der Arbeiter, auf das gesetzliche Koalitionsrecht der Arbeiter, besonders Rücksicht zu nehmen. Das Koalitionsrecht, verbunden mit den sozialen Schutzgesetzen, sind der einzige Schutz, den die Arbeiter und Angestellten in einer solchen Krise genießen. Diese Schutzgesetze allein sind es, die die Arbeiterschaft und weite Kreise der Angestellten vor Verzeiwung bewahren könnten. Wenn wir uns nach dieser Richtung die Landespolitik ansehen, ob sie nach dieser Richtung den bedrängten Volksmassen dieses Landes helfen will, ob nun vielleicht der Herr Landeshauptmann besorgt darum ist, daß diese Schutzgesetze für die Arbeiterschaft eingehalten werden, dann müssen wir uns sagen, es ist das nicht der Fall. Der Herr Landeshauptmann kümmert sich nur selten um die in ihrer Koalition bedrängte Arbeiterschaft, und vielfach müssen wir die Beobachtung machen, daß die dem Herrn Landeshauptmann unterstehenden Behörden sich wohl um alles andere kümmern, nicht aber darum, ob die Schutzgesetze vom Unternehmer eingehalten werden. So haben wir in Steiermark für die Landarbeiter und Forstarbeiter nichtgewerblicher Betriebe als Schutzgesetz die Landarbeiterordnung und in dieser ist im § 15 für diese Arbeiterschichte ein Urlaub vorgesehen. Wir müssen konstatieren, daß es allerdings eine Reihe anständiger Unternehmer gibt, die diese Bestimmungen des Gesetzes einhalten. Wir finden aber, daß es andererseits eine noch viel größere Anzahl von Unternehmern gibt, die alles unternehmen, um sich der Verpflichtung dieses Gesetzes, um sich vor allem der Verpflichtung zur Urlaubsgewährung entziehen zu können. Wir haben in dieser Landarbeiterordnung einen § 29, der vor allem durch den Willen der bürgerlichen Parteien aufgenommen wurde und der besagt, die Beobachtung der Vorschriften dieses Gesetzes haben die politischen Behörden zu überwachen. Es sind in diesem Paragraphen Strafen gegen die Übertretung des Gesetzes vorgesehen, Rekurse an die Landesregierung und dergleichen mehr. Wir haben aber gefunden, daß sich die politischen Behörden in Steiermark um dieses Gesetz scheinbar überhaupt nicht kümmern und daß den politischen Behörden von Steiermark das Wohl und Wehe der Landarbeiter und der nichtgewerblichen Forstarbeiter vollständig gleichgültig zu sein scheint. Ich möchte da auf ein Beispiel verweisen. Sie alle kennen wohl die Unternehmungen des ehemaligen Fürsten Schwarzenberg, dem doch wenigstens das halbe obere Murtal ungeeilt als Eigentum gehört, der dort über riesige Waldungen verfügt. In diesen Wäldern sind natürlich auch Schwarzenbergische Forstarbeiter beschäftigt, und wie haben sich nun die durchführenden Organe des Herrn Schwarzenberg in dieser Frage gegenüber den Arbeitern benommen? Seit dem Jahre 1922 besteht die Landarbeiterordnung. Im Jahre 1923 wollten nun die Arbeiter ihr Urlaubsrecht bei dieser Firma geltend machen. Es waren ungefähr 23 bis 25, die das versucht haben. Im gütlichen Wege ist es

ihnen nicht gelungen, den Urlaub zu erhalten, weil die Firma sich ausgerechnet hat, sie sei nicht der Unternehmer, sondern die Holzmeister seien die Arbeitgeber dieser Arbeiter. Die Arbeiter haben nun mit Hilfe des Forstarbeiterverbandes das gesetzliche Recht in Anspruch genommen, und nach einem langwierigen Prozesse hat man gesehen, daß das Gericht Sorge dafür tragen würde, daß das Gesetz auch von Schwarzenberg eingehalten würde. Was hat nun die Firma Schwarzenberg gemacht? Das Gericht ist auf Seite der Arbeiter, die Rechte der Arbeiter werden durch die Organisation der Arbeiter vertreten, was will nun die Firma Schwarzenberg unternehmen, um gegen die Arbeiter Recht zu erhalten? Nun hat der Terror des Unternehmens Schwarzenberg eingesetzt, der Terror, der in diesem Lande und überall, wo kapitalistisch gewirtschaftet wird, wirklich besteht, der wirtschaftliche Druck, der Zwang. Der Direktor der Firma Schwarzenberg hat dem juristischen Vertreter der Arbeiterschaft so zwischen den Zeilen gesagt: „Sie werden Recht behalten, die Arbeiter werden Urlaube bekommen, aber ich werde sie künden, entlassen für längere Zeit, damit sie nicht in den Genuß desurlaubes, der ihnen gesetzlich gewährleistet ist, kommen.“ Die Forstorgane wurden vom Direktor beauftragt, die Arbeiter einzuschüchtern mit den gleichen Drohungen, die auch den Arbeitern gesagt worden sind, und es war beinahe nicht anders möglich: die Arbeiter und Angestellten wurden eingeschüchtert, weil die Geschäftslage in der Forstindustrie keine günstige ist, weil die Möglichkeit sehr schwer ist, Arbeit zu bekommen, weil die Arbeiter an die Gegend gebunden sind, weil sie gewöhnlich kleine Pachtgründe haben oder Besitzungen, oder weil die Arbeiter Söhne von Kleinbauern sind, die mit ihrem Verdienste die Existenz der Familie aufrechterhalten müssen. Der Terror der Firma Schwarzenberg hat dazu geführt, daß ein Arbeiter nach dem andern die Klage bei Gericht zurückgezogen hat, ein Arbeiter nach dem andern auf das ihm gesetzlich zustehende Recht verzichten mußte. Und die Firma Schwarzenberg steht nicht allein da. Wir haben auch den Herrn Mayr-Melnhof in Steiermark, der auch ausgedehnte Waldungen besitzt und für welchen die Forstarbeiter roboten. (Schrecken! „Die bekommen doch den Urlaub gezahlt!“) Bei Mayr-Melnhof ist das so, daß die Arbeiter in dem Augenblicke entlassen werden, in dem sie ihren Urlaub beanspruchen. Vorher aber versucht man, den Arbeitern einzureden, daß sie nicht Bedienstete der Firma Mayr-Melnhof, sondern Angestellte der Holzmeister seien, und wenn die Arbeiter begreifen, daß das nicht richtig ist, dann wird zumeist nicht einmal nur der Forstarbeiter, sondern vielfach auch der Holzmeister mit dem Forstarbeiter auf die Straße geworfen. Und da müssen wir uns fragen: Wo sind die politischen Behörden, die berufen wären, über die Durchführung des Gesetzes zu wachen? Wir müssen fragen, wo steht hierzu die Fürsorge der Landesbehörde für diese Arbeiterschichte ein? Ich kann nicht glauben, daß die politischen Behörden die Sache nicht kennen, weil der Prozeß gegen Schwarzenberg lange genug ge-

führt und veröffentlicht wurde, so daß die Behörden davon hätten wissen müssen.

Nun eine andere Sache. In Stadl an der Mur ergreifen die Murtaler Forst- und Holzindustriewerke. Auch dort wollten die Arbeiter ihr Koalitionsrecht wahrnehmen. Die Arbeiter haben sich dort der Organisation angeschlossen und wollten sich Betriebsräte wählen, und kurz, bevor sie dazu kamen, den Betriebsrat zu wählen, wurden 15 der Arbeiter auf einmal gekündigt. Nun haben wir uns an den Landesrat Winkler mit der Bitte um Intervention gewendet, und Landesrat Winkler hat sich bereit erklärt, bei der Firma zu intervenieren. Die Antwort aber, die der Herr Landesrat Winkler bekommen hat, war eine offensichtliche Augenauswischerei und für den, der die Dinge kennt, eine Bestätigung der Beschwerde der Arbeiter. In der Antwort an Landesrat Winkler wurde als Grund die teilweise Betriebseinstellung, die Auflaffung von zwei Schichten angeführt und als weitere Begründung Defekte an Maschinen und Störungen. Diese sind in dem Augenblicke eingetreten, als die Arbeiter einen Betriebsrat wählen wollten. Früher wurden drei Schichten ununterbrochen gearbeitet, aber wie die Arbeiter von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen wollen, dann setzt bei der freizeitlichen Auffassung unserer Unternehmerschaft der Terror gegen die Arbeiterschaft ein. Aus der Antwort, die Landesrat Winkler bekommen hat, kann man weiters noch ersehen, daß die Firma teils selbst zugeben muß, daß sie es sogar mit der Wahlbeeinflussung der Arbeiterschaft versucht hat. Aber noch aus andern Gründen wissen wir, daß diese Ausreden der Firma nicht stichhältig sind, weil uns ein Protokoll vorliegt, das von den Arbeitern unterschrieben ist und aus dem hervorgeht, daß Arbeiter vom Forstmeister Fink gefragt wurden, warum sie einer Organisation angehören, daß er den einzelnen Vorwürfe gemacht hat, warum sie sich auf die Betriebsratsliste setzen lassen. Es tut mir außerordentlich leid, daß ich von dem Protokoll nicht öffentlich Gebrauch machen kann, aus dem einfachen Grunde, weil dann der Terror der Unternehmer gegen diese Arbeiter neuerdings einsetzen würde, weil ich mit der Bekanntgabe den Leuten nichts nützen, sondern sie nur schädigen würde, weil ich überzeugt bin, daß dann auch diese in 8 bis 14 Tagen auf der Straße liegen würden. Diese Frage in der Angelegenheit Stadl habe ich deshalb ausführlicher behandelt, weil an diesem Unternehmen auch das Land Steiermark beteiligt ist und weil man meinen sollte, daß das Land wenigstens dafür sorgen soll, daß in jenen Unternehmungen, in denen das Land Einfluß hat, auf die Beobachtung der geltenden Gesetze etwas gehalten wird. Aber weil die Landesregierung das nicht tut, meine ich, können wir auch da, neben allen anderen Beschwerdepunkten, die von meinen Parteigenossen vorgebracht wurden, sagen, daß es den Unternehmern gleichgültig ist, ob das Land beteiligt ist oder nicht, weil sie das System kennen, das in diesem Lande herrscht, weil sie wissen, daß sie auf jeden Fall auf Unterstützung rechnen können, weil sie wissen, daß von den Behörden dieses Landes und von den obersten regierenden Stellen dieses Landes nicht leicht zum Schutze der Arbeiter-

schaft eingedrissen wird. Das Koalitionsrecht und die sozialen Schutzgesetze wären der einzige Schutz, der letzte Schutz, der dem Arbeiter in der Krise bleibt. Aber der Herr Landeshauptmann findet es scheinbar nicht notwendig, seine Behörden anzuweisen, daß sie dafür sorgen, daß dieser Schutz den Arbeitern auch zukommt. Er hat viel andere Dinge zu tun. Es ist notwendig, einen Spitzeldienst einzurichten, damit die Spitzeln dann berichten können, wann die Arbeiterschaft erregt ist über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse dieses Landes. Er bemüht sich wenig, dafür zu sorgen, daß die wirtschaftliche Lage der arbeitenden Menschen in diesem Staate erleichtert wird, aber er läßt die Armen schuldig werden, und dann überläßt er sie nicht nur der Pein, sondern dann werden sie sogar noch bespitzelt, und es wird womöglich nach Maßnahmen gesucht, damit man diesen Arbeitern noch entgegen treten kann.

Und nun, meine Herren, zu einer anderen Frage. Der Herr Landesrat Winkler hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß seiner Meinung nach einstmals die Hauszinssteuer geradezu die Alimentation des Budgets gewesen wäre und hat sich ferner ausgesprochen gegen die Zwangswirtschaft des Mietengesetzes und die Besteuerung des Hausbesitzes und sie als ein bitteres Unrecht gegenüber dem Hausbesitz bezeichnet. Aus volkswirtschaftlichen und budgetären Gründen sei die Partei des Herrn Landesrates Winkler für den Abbau des Mietengesetzes. Ich meine, Herr Landesrat Winkler hat dabei vor allem eines übersehen; er sieht die Ungerechtigkeit gegen die Hausbesitzer. Hat Herr Winkler auch schon an die Ungerechtigkeit bei Einlösung der Hypotheken gedacht, mit denen seinerzeit die Häuser von den Hausbesitzern erbaut wurden und die mit entwertetem Gelde zurückbezahlt werden konnten? Wenn wir über das Mietengesetz und über die Frage des Mieterschutzes reden, wenn wir vom Unrecht an den Hausbesitzern sprechen, dann müssen wir auch vor allem von dem Unrechte an den Spareinlegern reden, und es wäre zuerst notwendig, das Unrecht der Geldentwertung an den Spareinlegern gutzumachen, bevor man daran denken kann, das Geschenk, welches die Geldentwertung den Hausbesitzern gebracht hat, noch zu valorisieren.

Nun glaube ich auch, daß Herr Landesrat Winkler die Bedeutung des Mieterschutzes vollkommen unterschätzt, ich meine, daß er sich der Tragweite seiner Forderung gar nicht bewußt ist. Ich glaube, die Sache ist doch so, daß es heute noch Hunderte und Hunderte von Menschen gibt, die in Eisenbahnwaggons wohnen müssen, weil es eben für sie keine Wohnungen gibt. Und das wird auch Herr Landesrat Winkler zugeben müssen, daß es selbst durch die Aufhebung des Mietengesetzes in absehbarer Zeit nicht mehr Wohnungen geben würde. (Winkler: „O ja, weil es sehr viele Leute gibt, die heute noch Luxuswohnungen haben, die sie dann aufgeben müßten!“) Die Hauptfrage, ob gebaut werden kann, ist die Frage, ob die nötigen Kredite für Wohnungsbauten vorhanden sind. Erst, wenn Sie die Kreditfrage gelöst haben werden, dann werden Sie damit rechnen können, daß in größerem Stile Wohnungen gebaut werden können.

Und, Herr Landesrat Winkler, Sie dürfen eines nicht vergessen: Es hat aus Ihren Ausführungen so herausgeklungen, als ob bei den Wohnungen, die heute bestehen, und erst nach Geltung des Mietengesetzes gebaut wurden, die daher vom Mietengesetz befreit, weit höhere Zinse aufweisen, als die anderen, als ob die Wohnungslosen gewissermaßen aus Bosheit nicht einziehen würden, wenn sie anderweitig um 300 K im Jahr oder um einen ähnlichen Preis wohnen könnten. Es ist dies nicht eine Frage der Bosheit, sondern des Könnens. Wenn wir heute die wirtschaftliche Krise ansehen, wenn wir die Verdienste der Arbeiterschaft ansehen, dann glaube ich, muß jeder zugeben, daß die Leute nicht imstande sind, mit den heute bestehenden Löhnen und Gehältern erhöhte Mieten zu bezahlen. Und, Herr Landesrat Winkler, es wird auch Ihnen klar sein, daß, wenn Sie das Mietengesetz abbauen, daß dann dieser Stein, den Sie loslassen, naturnotwendig ins Rollen kommen muß und damit die allergrößten volkswirtschaftlichen Gefahren für das ganze Land heraufbeschworen werden könnten. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, daß wir in der Frage des Mietengesetzes nicht gewillt sind, eine Konzession zu machen, weil wir das als ein dem Elend Preisgeben der breitesten Massen der Bevölkerung ansehen würden.

Nun zu einer anderen Seite der Ausführungen des Herrn Landesrates Winkler. Herr Winkler hat vor allem darüber gesprochen, daß die bäuerliche Bevölkerung von den Steuerlasten schwer getroffen wird. Ich gebe ihm vollständig recht, denn die Sanierungswut richtet sich nicht zuletzt auch gegen die großen Massen der bäuerlichen Bevölkerung, wobei ich zu unterschreiben geneigt bin, da ich die Überzeugung habe, daß es auch in der Landwirtschaft Kreise gibt, die schon leistungsfähiger wären, als Sie zugeben wollen. Ich bitte, es sind wenige, das gebe ich zu, aber auf der anderen Seite haben wir eine ganze Reihe von kleinen Besitzern, die allerdings von den Steuern schwer belastet sind und die unter der Krise, die wir in Österreich haben, beinahe so schwer zu leiden haben, wie die Arbeiterschaft selbst. Wir sehen viele Kleinbauern und Kleinkaufskler, die — möchte ich sagen — eine unterproletarische Existenz führen müssen und die mit Recht noch den Arbeiter in der Stadt beneiden, dem es ohnehin schlecht geht. Herr Landesrat Winkler hat gemeint, eine ernste Reform der Gesetzgebung sei unbedingt notwendig und ich gebe ihm recht bezüglich der bekannten Tatsache, daß der Katastralreinertrag eine falsche Grundlage sei. Ich bin einverstanden und auch meine Partei wird nichts dagegen haben, wenn eine Steuerreform erfolgt in dieser Richtung, daß sie nach dem Einkommen des Einzelnen aufgebaut ist. Sagen wir beispielsweise, Einkommensteuer, Vermögenssteuer und Vermögenszuwachssteuer, wobei wir allerdings der Auffassung sind, daß die Grenze, die der Nationalrat für die Vermögenssteuer festgelegt hat, zu tief gesteckt ist und man diese Grenze hinaufsetzen soll — ich habe die Grenze jetzt nicht im Kopf, ich glaube aber, sie ist jetzt 36 Millionen Kronen — weil diese Grenze noch Leute trifft, von denen man nicht sagen kann, daß deren Einkommen einem Einkommen

aus Vermögen gleichkommen würde. Wir sind der Auffassung, daß es sowohl für die Industriearbeiter als auch für die Angestellten notwendig wäre, die Grenze für die Einkommensteuer noch etwas weiter hinaufzusetzen, weil man 1 Million Kronen Monatseinkommen sicher noch nicht als Existenzminimum ansehen kann. Aber ich wäre versucht, zu sagen, diese Steuern sind schließlich nur eine Folge des Vertrages von Genf, eine Folge des sogenannten Sanierungsübereinkommens, und da haben ja eigentlich meine Nachbarn von der linken Seite mitgestimmt: Mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen. Wenn ich im Prinzip für eine Belastung bin, dann kann ich mich im einzelnen nicht darüber beschweren, daß die Steuerlasten so unerträglich geworden sind.

Herr Landesrat Winkler hat weiters ganz richtig davon gesprochen — wir unterschreiben das vollständig — daß die Landwirtschaft nicht unter so günstigen Bedingungen zu produzieren in der Lage ist wie die Industrie, weil der Umsatz ein geringerer ist wie in der Industrie, weil der Produktionsprozeß ein länger dauernder ist und dergleichen. Es ist das vollständig richtig. Und mit noch mehr Recht hat Herr Landesrat Winkler darauf hingewiesen, daß wir ein gefährliches Passivum in der Handelsbilanz haben, das sich größtenteils aus der Nahrungsmittelfuhr und solcher von Rohstoffen zusammensetzt. Es ist zwar nicht so, wie es der Herr Generalkommissär Zimmermann gesagt hat, daß die Bevölkerung Deutschösterreichs genußsüchtig wäre, denn wenn man die Ziffern der Handelsbilanz ansieht, so kommt man zur Tatsache, daß die überwiegende Einfuhrpost in Deutschösterreich Lebensmittel, also Nahrung, und Rohstoffe darstellt. Aber diese Frage hat selbstverständlich eine große Bedeutung und da pflichte ich wieder den Ausführungen des Herrn Landesrates Winkler bei, wenn er sagt, es müßte alles getan werden, um den Ertrag unseres heimischen Bodens zu steigern, es müßte alles getan werden, um die in Österreich vorhandene Bodenfläche intensiver und besser auszunützen. Aber, wenn Herr Winkler weiter meint, daß die Zollfrage dabei von ausschlaggebender Bedeutung sei, so können wir darin mit dem Herrn Landesrat nicht vollkommen übereinstimmen. Der Herr Landesrat Winkler wolle zur Kenntnis nehmen, für den Fall, als er es nicht wissen sollte oder wollte, daß wir dem Grundsatz nach Anhänger des Freihandels sind, daß wir aber auch Rücksicht nehmen müssen auf die bestehenden außerordentlichen Verhältnisse. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir heute als Staat nicht als gleicher unter gleichen gelten, sondern, daß wir zu den Staaten der sogenannten Besiegten gehören und daß uns das auch volkswirtschaftlich gegenüber den anderen Staaten fühlbar gemacht wird. Es werden auch die Herren Bauernbündler darüber informiert sein, daß sich die Umgebungsstaaten von Deutschösterreich gegen die Einfuhr von Industrieprodukten, von Waren aus Deutschösterreich mit hohen Einfuhrzöllen absperren. Wenn diese Tatsache besteht, und die kann nicht geleugnet werden, so kann ich mich in einem solchen Augenblick nicht nach meinem Grundsatz allein richten, sondern ich muß

auf diese Verhältnisse Rücksicht nehmen, wenn ich nicht mit dem System des vollständigen Freihandels meinem Lande viel mehr Schaden als nutzen will. Der Herr Landesrat Winkler hat auf den Zementzoll hingewiesen, und ich kann sagen, daß unsere Partei gerade in diesem Punkt vollständig seiner Meinung ist, daß der Zementzoll für Österreich schädlich ist, sowohl für die Landwirtschaft, als auch für die Industrie und das Baugewerbe. Und führende Personen in unserer Partei haben gerade in dieser Frage gegen den Zementzoll Stellung genommen. Wenn aber im Sanierungsplan des christlichsozialen Bundesministers neuerdings ein Zementzoll festgelegt ist, so kann die Schuld nicht uns treffen, sondern sie trifft die Sanierer. Auch wir sind der Auffassung, daß die Zollfrage ein äußerst wichtiges und schwieriges Problem ist, das heute unter den bestehenden Verhältnissen nach individuellen Gesichtspunkten wird geregelt werden müssen. Es haben die Bauern kein Interesse, daß man dem Freihandel in jedem Falle, zum Beispiel der Einfuhr von Automobilen zustimmen müsse. Die Autoindustrie leidet unter der ausländischen Konkurrenz gewaltig, Hunderte von Arbeitern sind ausgesperrt, sind stellenlos oder müssen kurz arbeiten, weil große Kämpfe entbrannt sind, die auf die ausländische Konkurrenz zurückzuführen sind. Ich glaube nicht, daß Automobile zu Bedarfsartikeln der Landwirtschaft gehören, vielleicht bei Henckel-Donnersmark, Mayr-Melnhof usw. Aber nicht einmal der Großbauer kann sich heute ein Automobil leisten. Ich glaube daher, daß wir die heimische Volkswirtschaft nicht schädigen würden, wenn ein entsprechender Zoll auf Automobile, der als Luxuszoll gelten könnte, in entsprechender Höhe festgelegt würde und wir dadurch auch die heimische Industrie schützen und daß dadurch auch der inländische Verbrauch wieder kräftiger werden würde und doch wieder viele Leute leichter in der Lage wären, die Produkte der heimischen Landwirtschaft abzunehmen. Ich meine, die Frage ist individuell zu lösen und es kann keine Schablone geben, die man in der Frage der Zölle anwenden könnte. Was die Frage der landwirtschaftlichen Zölle anbelangt, so kann ich dem Herrn Landesrat Winkler ruhig erklären, daß wir immer und immer Gegner der landwirtschaftlichen Zölle im allgemeinen sein werden und warum, weil wir glauben, daß es volkswirtschaftlicher Wahnsinn wäre, in einem Lande, dessen größter Teil von der Einfuhr von Lebensmitteln lebt, Lebensmittelzölle einzuführen und weil wir außerdem der Meinung sind, daß mit landwirtschaftlichen Zöllen nicht einmal den Landwirten selbst gedient sein würde. Nachdem ein Getreidezoll vor allem in Betracht kommt, bin ich der Meinung — und da ist eine große Lücke in den Ausführungen des Herrn Landesrates Winkler in der Zollfrage geblieben — daß nur in Teilen Niederösterreichs und Oberösterreichs und ich weiß nicht, ob man von Steiermark überhaupt reden soll, Getreide für den Verkauf erzeugt wird. Der überwiegende Teil der Landwirtschaft muß selbst Getreide oder Mehl zukaufen. Im günstigsten Falle wird soviel Getreide erzeugt, als die Landwirte selbst brauchen und nach meiner Meinung sind selbst diese verhält-

nismäßig selten, da die überwiegende Zahl der Kleinbauern auf den Zukauf von Getreide angewiesen ist. Wir würden daher die landwirtschaftliche Produktion doppelt treffen, einmal durch die Verteuerung des Getreides oder Mehles, andererseits durch die Verteuerung aller sonstigen Artikel, die der Getreidezoll zur Folge haben würde. Ich freue mich außerordentlich, feststellen zu können, daß allerdings auch Herr Landesrat Winkler sich nicht grundsätzlich auf die landwirtschaftlichen Zölle festgelegt hat und erblicke darin einen Fortschritt gegen früher und ich glaube daraus auch entnehmen zu können, daß der Bauernbund von heute doch aus den Fehlern der seinerzeitigen Bauernorganisationen und Bauernparteien gelernt hat. Es kommt allerdings vor, daß sogenannte untergeordnete Agitatoren noch von dem Erfordernisse der Zölle der Landwirtschaft sprechen, aber maßgebend für eine Partei ist es schließlich doch, was die anerkannt Führenden in der Partei in dieser Frage sagen. Wenn wir uns an die Zeit vor dem Kriege erinnern, wo ebenfalls die Zollfrage beinahe die ganze Bevölkerung aufgewühlt hat, so müssen da wir einmal feststellen, daß die Demagogie, die damals in der Zollfrage betrieben wurde, nur zum Unglück der Landwirtschaft, schon des alten Österreich und der Alpenländer vor allem, ausgeschlagen hat. Ich möchte nur daran erinnern, daß damals über die Wirkungen des Schutzzolls von amtlicher Seite, vom Ackerbauministerium und den Herren, die demselben nähergestanden sind, also sicherlich nicht von meiner Seite, nicht von einer Seite, die den Sozialdemokraten nahesteht, sondern von berufenen Förderern und Hütern der Landwirtschaft Erhebungen gemacht worden sind, und diese haben ergeben, daß gerade nach Einführung der Zölle die österreichische Landwirtschaft außerordentlich gelitten hat und die Zahl der Vergantungen der Bauernhöfe gestiegen ist und daß das Existenzniveau der Landwirtschaft herabgedrückt worden ist. Allerdings offiziell sind diese Ziffern bis heute noch nicht veröffentlicht, weil man dem seinerzeitigen Sekretär Hofmeister, der diese Erhebungen gemacht hat, verboten hat, sie öffentlich mitzuteilen und ihm sogar verboten worden ist, auf seine Kosten die Erhebungen der breiten Öffentlichkeit mitzuteilen, weil sie nicht in den Intentionen des Herrn Hohenzollern gelegen waren, des damaligen eigentlichen Herrschers in Österreich, und erst durch eine Indiskretion des Herrn v. Pann, der Ihnen ja auch bekannt ist, ist es möglich geworden, eines kleinen Teiles dieser Ziffern habhaft zu werden, aus denen man ersehen konnte, wie unrichtig das Schlagwort ist, von der Notwendigkeit der Zölle für die Landwirtschaft zu reden. Nun hat Herr Landesrat Winkler in seinen weiteren Ausführungen dann gemeint, daß er mit Interesse die Vorschläge unseres Parteigenossen Dr. Bauer in dieser Frage gelesen hat, aber als endgültige Schlussfolgerung hat er gemeint, daß die Sozialdemokraten sich bemühen, den Körndl- und Hörndlbauer zu trennen, diese beiden großen Schichten in der Landwirtschaft gegenseitig auszuspielen. Außerdem hat sich Herr Landesrat Winkler auch dagegen gewendet, daß er gemeint hat, daß er an eine technische Möglichkeit der Durchführung eines solchen Planes

nicht glaube. Trotzdem glaube ich aber, daß er von einer falschen Voraussetzung ausgeht, denn Doktor Bauer stellt ausdrücklich fest, daß von keiner bürokratischen Stelle die Sache geleitet werden soll, sondern von einem selbständigen Wirtschaftskörper, der nach kaufmännischen Grundsätzen zu arbeiten hat. Doch das nur nebenbei. Daraus kommt es schließlich nicht an, wir sind jederzeit gerne bereit, Vorschläge der Herren vom Bauernbund entgegenzunehmen, welche eine leichtere technische Durchführung eines solchen Planes ermöglichen würden. Ich möchte aber doch aufmerksam machen, daß das ja nur ein Plan ist, daß das noch nicht das Um und Auf unserer Meinungen über Schutzmaßnahmen in der Landwirtschaft ist, sondern daß wir noch eine Reihe von Vorschlägen in petto haben, die wir Ihnen zur gegebenen Zeit vorlegen werden. Ich weiß, daß die Herren von der anderen Seite, welche es ernst nehmen, über diese Frage nicht nur zu reden, sondern auch zu beschließen haben und da möchte ich grundsätzlich noch einmal wiederholen, wir sind zwar gegen die landwirtschaftlichen Zölle, aber dafür zu haben, daß Schutzmaßnahmen für bedürftige Teile der Landwirtschaft geschaffen werden. Die Frage des technischen Problems glauben wir, wird dann nicht so schwer zu lösen sein, wenn alle Parteien darin einig sind, einerseits große Teile der Landwirtschaft zu schützen und andererseits eine übermäßige und unerschwingliche Belastung des Konsums und der Industrie, der Volkswirtschaft, zu vermeiden. Wir glauben aber nicht recht an den guten Willen der heute herrschenden Regierungsparteien, diese Frage nach diesen Grundsätzen zu erledigen. Wir haben die Befürchtung, daß die Regierungsparteien bei Erledigung dieser Frage weniger an bedrohte Teile der Landwirtschaft denken, als an die herrliche glorreiche Sanierung, an die Kassen des Staates, und daß es auch dem Finanzministerium weniger darum zu tun ist, Schutzzölle zu schaffen, sondern durch die Zölle für den Staatsäckel einen entsprechenden Ertrag zu bringen. Herr Landesrat Winkler hat auf die Bedeutung der Alm- und Weidefrage gerade für Steiermark mit vollem Rechte hingewiesen, und ich habe diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen als das eine, daß ich der Überzeugung bin, daß dies noch nicht das allerbeste ist, was auf diesem Gebiete geschaffen werden könnte, sondern daß ich der Meinung bin, man könnte schon noch vom niederösterreichischen Gesetze einiges abschreiben. Ich werde noch Gelegenheit nehmen, in der Spezialdebatte beim Kapitel „Landeskultur“ einiges vorzubringen, das Ihnen zeigen wird, wie notwendig es ist, wenigstens einen Teil der Bestimmungen dieses Gesetzes abzuändern.

Wenn Herr Landesrat Winkler darauf aufmerksam macht, daß die Forstleute in einer geradezu hysterischen Angst leben, daß die Forstkultur bedroht werden könnte, so muß ich ihm darin recht geben, und ich möchte dazwischen im allgemeinen die Frage aufwerfen, wer eigentlich die landeskulturelle Führung in diesem hohen Hause hat, die größte Partei ist die christlich-soziale Partei, die am meisten Abgeordnete aus den Kreisen der bäuerlichen Bevölkerung zählt. Es wäre also Aufgabe Ihrer Partei, daß Sie als die Führenden

ein landwirtschaftliches Programm in diesem Hause anlässlich der Budgetdebatte entwickeln würden und sich nicht damit begnügen, zu den Ausführungen der Redner der anderen Parteien Stellung zu nehmen. Es ist merkwürdig, daß Sie sich in diesen Fragen in der Rolle eines Aschenbrödel befinden, obwohl Ihnen doch die führende Rolle, wenigstens der Zahl nach, in diesem hohen Hause zukommen würde. Es hat also Herr Landesrat Winkler von einer Minderheitspartei in großen Zügen die landwirtschaftlichen Fragen angeschnitten und hat dabei auch über die Angstlichkeit der Forstleute gesprochen. Hierzu möchte ich sagen, daß wir uns dabei kaum auf die Dauer werden begnügen können, daß wir zu dieser Angst im Landtage Stellung nehmen, denn ich bin der Überzeugung, daß es notwendig sein wird, einmal an eine Änderung des Reichsforstgesetzes zu denken, das zu einem Teile die Möglichkeit gibt, die bäuerliche Bevölkerung zu schikanieren, so daß man sagen könnte, daß es in dem Belieben der Forstorgane gestellt ist, ob der Nachbar, der Landwirtschaft treibende es aushalten kann.

Herr Landesrat Winkler hat dann weiter von der wichtigen Frage der Düngerbeschaffung für die Landwirte gesprochen und da möchte ich hinzufügen, daß die Düngerfrage vor allem auch eine Frage der kleinen Bauernschaft ist, und zwar deshalb, weil die Kleinbauernschaft nicht das nötige Futter hat, um einen entsprechenden Viehstand halten zu können, und durch die Beschränkung des Viehstandes wird die Düngererzeugung wieder eingeschränkt. Und auf der anderen Seite fehlt es vor allem den Kleinbauern und Pächtern an genügender Streu, die ebenfalls zur Düngererzeugung notwendig ist und ich glaube, daß es dem Großgrundbesitz wohl sehr leicht möglich wäre, den Kleinbauern entgegenzukommen, vor allem dadurch, daß sie Waldstreu bis zu einer gewissen Grenze den Kleinbauern zur Verfügung stellen. Die Großgrundbesitzer reden sich aber immer wieder auf das Forstgesetz aus, daß dieses es ihnen nicht erlaubt, selbst dann nicht, wenn diese Streuentnahme aus den Wäldern so bescheiden erfolgen soll, daß kein Fachmann behaupten kann, daß der Wald darunter leiden könnte. Ich glaube, die Kleinbauernbewegung, die die Aufmerksamkeit des hohen Hauses gefunden hat, wird auch die Aufgabe zu erledigen bekommen, die Aufmerksamkeit so weit wachzurufen, daß es gelingen wird, den Großen auch ein Stück Recht in dieser Frage abzurufen.

Herr Landesrat Winkler hat auch darauf verwiesen, daß es notwendig ist, die bestehende Bodenschätze in diesem Lande für die Landwirtschaft intensiver auszunützen, und da spielt die größte Rolle die Frage der Wiederbesiedlung, von der auch Landesrat Winkler gesprochen hat. Ich möchte dazu folgendes sagen. Auch wir sind mit dem schleppenden Verfahren, mit den Behörden, die dieses Gesetz durchführen sollen, unzufrieden. Wir merken, daß mit dem Verfahren schon dem Gedanken des Gesetzes Schaden zugefügt wird. Es ist richtig, wenn Landesrat Riegler darauf hingewiesen hat, daß die Altarbehörden überlastet sind mit Arbeiten und die Arbeiten bei Durchführung des Wiederbesiedlungsgesetzes deshalb nicht vom Fleck gehen. Vielleicht leidet diese Frage auch unter der Sa-

nierung des Staates, weil wir unter allen Umständen auf Kommando des Diktators aus dem Auslande Beamte abbauen müssen, weil heute weder Seipel noch Kienböck die Macht in Händen haben, in dem Staate die Dinge einzurichten, wie es für diesen Staat das beste wäre. Auch das ist ein Beweis, daß unsere Stellung, die wir dem Sanierungswerke gegenüber eingenommen haben, die einzig richtige ist, daß es ein Grundfehler war, daß wir uns dem Auslande beinahe mit Haut und Haaren ausgeliefert haben. Herr Landesrat Kiegler hat uns im Ausschusse mitgeteilt, daß in Steiermark von 2000 §-1-Wiederbesiedlungsfällen nur 40 oder 50 erledigt seien. Wir sehen aus dieser verhältnismäßig sehr kleinen Ziffer, welcher Bruchteil von dem guten Willen in Erfüllung gegangen ist, der im Gesetze über die Wiederbesiedlung steckt und ich glaube, alle, die es ehrlich mit der Produktionsförderung der Landwirtschaft meinen, werden es sich angelegen sein lassen müssen, daß eine Reform des Wiederbesiedlungsgesetzes durchgeführt wird. Vor allem glauben wir, daß es auch notwendig sein wird, bei einer solchen Reform die Anlage von neuen Verzeichnissen vorzunehmen, weil wir die Beobachtung machen konnten, daß es Bürgermeister gibt, die ihre Pflicht nicht erfüllt haben, Dorfgrößen, die es sich mit den Großgrundbesitzern nicht verderben wollten und ein Auge zugedrückt haben, so daß nicht alle Güter und Wiesen in den Wiederbesiedlungsverzeichnissen aufgenommen wurden, die hineingehört hätten. Wir stellen uns allerdings vor, daß es zweckmäßig sein würde, dieses Verzeichnis dann von Amts wegen aufzunehmen, aber dafür der interessierten Bevölkerung ein Beschwerderecht wegen Nichtaufnahme von Anwesen in das Verzeichnis zu geben. Natürlich soll auch eine Verfahrensvereinfachung eintreten, damit die Durchführung erleichtert werden kann. Wir glauben, daß aber trotzdem die Kardinalfrage der Wiederbesiedlung die Frage der Geldbeschaffung sein wird. Es ist in den Ausschußverhandlungen mit Unrecht darauf hingewiesen worden, daß die Enteignungspreise so niedrige sind, daß die Leute die Güter fast geschenkt bekommen, weil die Enteignungspreise nicht überall dieselben sind und wenn der Enteignungspreis auch noch so niedrig ist, so hat der Betreffende noch das lebende und tote Inventar anzuschaffen und hat zumeist das Wirtschaftsgebäude und Wohngebäude herzurichten. Alles das erfordert einen bedeutenden Aufwand von Geldmitteln, die nicht zur Verfügung stehen. Wir glauben, daß bei einer Reform des Wiederbesiedlungsgesetzes an der Frage der Geldbeschaffung unter keinen Umständen vorübergegangen werden darf. Wir glauben, daß es möglich wäre, nach deutschem Muster die Frage in der Richtung der Rentengüter zu regeln oder daß wir die Frage eventuell nach der Form des Erbpachtrechtes regeln, aber wenn es so bliebe, wie heute, dann müßte die Öffentlichkeit, Staat und Land, gewaltige Opfer bringen, um den Wiederbesiedlungsfonds, der heute besteht, so zu stärken, daß den Leuten auch wirklich etwas gegeben werden könnte. Wir sind aber auch weiter der Meinung, daß die Agraroberbehörde in ihrer Zusammensetzung wenigstens bei Entscheidungen über die Wiederbesiedlung geändert werden soll, daß

die Richter aus der Agraroberbehörde zu entfernen sind, weil wir bei der Agraroberbehörde Entscheidungen sehen, die dem Geiste des Gesetzes vollkommen widersprechen, und diese Entscheidungen heute inappellabel sind. Wenn wir die Richter entfernen, dann würden wir ein Ventil aufmachen und es könnte der Verwaltungsgerichtshof die Urteile reparieren. Ein Beispiel, daß das richtig ist, daß die Agraroberbehörde Entscheidungen fällt, die dem Sinne des Gesetzes nicht entsprechen. Ich nenne einen Wiederbesiedlungsfall im Ennstale bei Wörschach, er dürfte den Herren vom Bauernbunde ja bekannt sein. Es handelt sich um Dr. Skoda, einem maßgebenden Herrn bei der Geschützfabrik in Pilsen. Er hat einige Zeit vor dem Umsturz dort ein Gut gekauft. Dort hat ein Pächter sich um das sogenannte Sensenschmiedgut als Wiederbesiedlungsgut beworben. Nach drei Jahren hat die Landesagrarbehörde entschieden, daß die Enteignung des Sensenschmiedgutes als zulässig erklärt wird. Nun ist Dr. Skoda an die Agraroberbehörde gegangen, hat Berufung eingelegt und die Agraroberbehörde hat die Entscheidung der Landesbehörde aufgehoben. Das Gut ist aus dem Verzeichnisse der Wiederbesiedlungsgüter ausgeschaltet worden. Nun möchte ich mir erlauben, die Begründung bekanntzugeben, mit welcher die Agraroberbehörde den Fall entschieden hat. Sie begründet, das Verfahren habe ergeben, daß das Sensenschmiedgut ein altes Hammerwerk war, ein Gewerbebetrieb, in dessen Rahmen die Landwirtschaft eine untergeordnete Rolle gespielt hat. Dieser Zustand hat die längste Zeit bestanden. Das genannte Gut ist daher nicht im Sinne des § 1 ein Bauerngut gewesen, welches seine Selbstständigkeit im Sinne der Gesetzesstelle später verloren hat. Dazu habe ich auch eine Abschrift eines Begleitbriefes des christlichsozialen Bundesministers Buchinger an den Nationalrat, der in dieser Angelegenheit beim Bundesminister interveniert hat. In diesem Begleit Schreiben schließt sich der Bundesminister der Anschauung der Agraroberbehörde vollständig an und geht in seiner Erklärung noch weiter, als die Agraroberbehörde es tut. Wie sieht die Frage in Wirklichkeit aus? War das ein gewerblicher Betrieb oder war es ein landwirtschaftlicher Betrieb? Da müssen wir daran festhalten, daß es sich nicht nur um das Sensenschmiedgut handelt, sondern daß dazu auch das Mosergut und Schredecklehen gehört. Davon spricht die Oberbehörde überhaupt nicht. Dann ist festzustellen, daß das Sensenschmiedgewerbe seit 1890 gelöscht worden ist und daß die Gebäude, welche der Sensenerzeugung seinerzeit gedient haben, bis auf ein Wohn- und Wirtschaftsgebäude niedergefallen sind. Tatsache war es, daß dieser Betrieb kein gewerblicher Betrieb war, sondern daß es sich um eine Sensenschmiede gehandelt hat, die als Nebenbetrieb zum landwirtschaftlichen Hauptbetrieb behandelt worden ist. Das geht auch daraus hervor, daß zu jener Zeit, wo das Gewerbe noch betrieben wurde, 40 Stück Vieh dort waren und 10 bis 12 Knechte beschäftigt waren. Vom Jahre 1897 ist dieses Gut immer wieder durch die Hände von Spekulanten gegangen, nicht von Gewerbetreibenden. Seit dem Jahre 1899 ist das Gut ein ausgesprochenes Jagdgut.

Es wurde noch ein Anwesen dazugekauft, das Wild wurde nicht nur gehegt, sondern überhegt, Jagdhäuser wurden gebaut. Dafür sind die Gebäude von neun bäuerlichen Anwesen verfallen. Seit Jahrzehnten hat kein Eigentümer weder Landwirtschaft noch Gewerbe darauf betrieben. Trotzdem hat der christlichsoziale Bundesminister Buchinger, der selbst ein Landwirt ist, der Interesse hätte, dafür zu sorgen, daß dieses Gesetz durchgeführt wird, sich der Anschauung, der ausgefuchsten Ausrede der Agraroberbehörde angeschlossen. Ich weiß nicht, ob die Haltung der christlichsozialen Partei sich geändert hat, ob nicht bloß die untergeordneten Parteigänger davon reden, daß das Gesetz nichts wert ist, daß man es nicht nur reformieren, sondern beseitigen soll. Ich weiß nicht, ob auf diesem Gebiete die christlichsoziale Partei unter der Kuratel von Herrn Generalkommissär Zimmermann gestellt worden ist, der bekanntlich auf Betreiben der Großgrundbesitzer eine Äußerung in dieser Frage von sich gegeben hat. Er ist von niemandem um seine Meinung gefragt worden und ihn geht unser Wiederbesiedlungsgesetz überhaupt nichts an. Wir müssen uns im Gegenteile dagegen verwahren, daß der Generalkommissär Zimmermann sich um die innerpolitische Gesetzgebung der österreichischen Republik kümmern will. Es scheint aber doch, daß Generalkommissär Zimmermann Einfluß auf den christlichsozialen Minister Buchinger bekommen hat, weil dieser seit Jahren eine Gesetzesnovellierung versprochen, aber bis heute noch keine Novelle zum Wiederbesiedlungsgesetz dem Nationalrate vorgelegt hat und die Haltung der christlichsozialen Partei in dieser Frage ist wohl die allergrößte Demagogie, die man je auf politischem Gebiete erleben kann. Sie handeln nach dieser Richtung, wie es ihnen paßt und wenn sie hinauskommen zu den bäuerlichen Kreisen, die interessiert sind am Wiederbesiedlungsgesetz, machen sie die Sozialdemokraten, die Bauernbündler und viele andere, die vielleicht am Monde leben, dafür verantwortlich, daß das Wiederbesiedlungsgesetz nicht durchgeführt wird, obwohl diese Partei sowohl bei Schaffung dieses Gesetzes mitgewirkt hat, als auch seit dem Jahre 1919 ununterbrochen den Landwirtschaftsminister gestellt hat, der doch über die Durchführung dieses Gesetzes, sowie über die Produktionsförderung überhaupt zu machen gehabt hätte. Oder aber ist die verschiedene Haltung der Christlichsozialen und die Äußerung des Herrn Kollegen Spak, daß das Wiederbesiedlungsgesetz ein „bolschewistisches Gesetz“ sei, daher zu erklären, daß sie in ihrem Herzen dem Wiederbesiedlungsgesetz untreu geworden sind, weil zu ihren Kreisen das Stift Admont, St. Lambrecht, Rain und wie sie alle heißen gehört, die ebenfalls Güter hätten, die wiederbesiedelt werden sollen und die sich naturgemäß deshalb gegen die Durchführung des Wiederbesiedlungsgesetzes auch innerhalb der Partei zur Wehre setzen werden? Ich glaube beinahe, daß die Stifte stärker geworden sind als die bäuerlichen Vertreter, die heute noch in der christlichsozialen Partei sitzen. (Rufe: „Ja, ja, so ist es!“) Wir haben ja öfter zu beobachten Gelegenheit gehabt bei den Beratungen in den Ausschüssen. Da hat man ja so manchmal das

Gefühl, die christlichsozialen Bauern möchten gerne mit dir gehen, sie sehen ein, daß in der oder jener Frage eine Entscheidung in der von jenem beantragten Richtung notwendig ist, aber sie dürfen nicht, höherer Einfluß verwehrt es ihnen, ihrer Überzeugung Ausdruck zu verleihen. Ich möchte einsprechen, daß sich das wenigstens gezeigt hat in der Frage der Grundsteuer, als wir eine Staffellung nach der Leistungsfähigkeit des landwirtschaftlichen Besitzes vorgeschlagen haben. Auch da hat es Separatberatungen gegeben, weil es geschehen hat, als ob die christlichsoziale Partei für die Staffellung, die eine annähernde Gerechtigkeit bedeuten würde, sein werde. Wir sehen da, wie die Beratungen zu Ende waren, sind auch die bäuerlichen Vertreter getäuscht gekommen und nur schweren Herzens haben sie sich entschlossen, gegen unseren Antrag zu stimmen. Das erweckt den Eindruck, der auch der richtige sein dürfte, daß in der christlichsozialen Partei die Bauern wohl reden, aber nicht stimmen und nicht beschließen dürfen, dann wenigstens, wenn es sich um kleinbäuerliche Fragen handelt, weil der städtische Besitzer solidarisch empfindet mit dem Großgrundbesitzer auf dem Lande. Nun, meine Herren, glaube ich aber, daß folgendes Beispiel in Bezug auf die Ausnützung des Bodens in Österreich sicher noch fehlt. Ich möchte dieses Beispiel hervorheben, wie heute den kleinbäuerlichen Kreisen Schwierigkeiten gemacht werden, wie mit unserem Grund und Boden gewüßt wird. Da gibt es in Kirchberg a. d. Raab einen Gutsbesitzer namens Lenz, der im Jahre 1919 einen Liechtensteinschen Besitz erworben hat. Als noch der Liechtenstein den Besitz gehabt hat, sind große Teile der Äcker und Wiesen an Kleinbauern und Kerschler verpachtet worden, außerdem sind beim Holz- und Streubezug in erster Linie die kleinbäuerlichen Kreise berücksichtigt worden. Als nun Lenz diesen Besitz übernommen hat, ist es anders geworden. Er hat nicht allein diesen Besitz gehabt, sondern mit ihm waren noch ein paar Kompagnons, Teilhaber, wozu auch Holzhändler gehört haben. Der Wald wurde zum Teile devastiert und zum Teile aufgeteilt unter die Mitbesitzer. Heute gibt es für die kleinen Besitzer keine Streu und kein Holz mehr, und in kurzer Zeit hat Lenz mit dem Boden nichts anderes zu tun gewußt, als 50 Joch guten Grundes unter Wasser zu setzen, um Fische zu züchten. Der Boden wurde der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen, damit Lenz seinen Bedürfnissen nach Karpfen entsprechen konnte. Die Pachtwiesen, die früher von Kleinbesitzern benützt wurden, werden heute von den Fischen des Herrn Lenz benützt, und nun klagen die dortigen Kleinbauern, daß es nicht einmal dabei bleiben soll, sondern daß Lenz daran denkt, noch weitere Wiesen unter Wasser zu setzen. In der Gemeinde besteht nun ein Kampf gegen diesen Plan, weil, wenn Lenz neuerdings 35 bis 40 Joch unter Wasser setzen will, der letzte Rest von Pachtfeldern, die noch für die Kleinbauern vorhanden sind, verschwinden würde. Gegenüber diesen Kleinbauern, die sich gegen diesen Plan zur Wehre setzen, droht er, daß er auch, wenn die Kleinbauern es verhindern werden, daß diese Fläche ... (Winkler:

„Ist ja besser, weil er mehr herausbringt!“) Ich glaube, Herr Landesrat, daß Sie mit dieser Erklärung die Interessen der Kleinbauern nicht vertreten, weil es sich doch darum handelt, die Existenz der Kleinbauern zu ermöglichen. Lenz droht nun, daß, wenn dieser Plan verhindert wird, er dennoch den Kleinbauern keinen Grund mehr geben wird. Außerdem soll er heute absichtlich den Grund vernachlässigen, soll zum Teil Ackererde ausgraben und wegführen lassen, um so den Grund für die behördliche Kommission herzurichten, so daß es ausschaut, als ob der Grund nichts wert sei und es das größte Glück sei, wenn er unter Wasser gesetzt werde.

Nun habe ich einige Beispiele gezeigt, die veranschaulichen, unter welchen schwierigen Verhältnissen heute die Kleinbauern zu leiden und zu kämpfen haben, und aus diesen schweren wirtschaftlichen Gegensätzen heraus ist die Kleinbauernbewegung entstanden, von der Sie heute geredet haben. Es ist das die Bewegung jener Kleinbauern, die immer wieder von den Dorfgewaltigen, von den Dorfkönigen, vergewaltigt worden sind, beherrscht worden sind, es ist das eine Bewegung nach Selbsthilfe, eine Bewegung, die diesen Herrschaften, die diesen Dorfpaschas gilt. Es ist eine Bewegung jenes Teiles der Bauernschaft, von welcher Landesrat Winkler gesagt hat, daß ihr Einkommen zum größten Teile ein Lohneinkommen darstellt, welchen Satz ich vollkommen unterstreiche. Ich glaube aber, wenn auch heute noch die Zahl dieser Kleinbauern, die jetzt anfangen, sich gegen ihre Vergewaltigung zur Wehr zu setzen, wenn heute diese Bewegung nicht groß ist, so wird sie in kürzerer Zeit, als Ihnen lieb sein wird, eine Bewegung sein, die sie nicht mehr zu meistern vermögen und die imstande sein wird, den Dorfkönigen und jenen, die sich zu Vertretern dieser in den gesetzgebenden Körperschaften machen, das abzutrotzen, was ihnen heute nicht gegeben wird. Das wird kommen, auch wenn heute die Dorfgewaltigen alles versuchen, um diese Bewegung zu unterdrücken. Auf der einen Seite versucht man, nach gut christlichsozialen Grundsätzen die Vertrauensmänner dieser Bewegung zu kaufen, und auf der andern Seite versucht man, mit dem schlimmsten Terror diese Bewegung unmöglich zu machen, versucht, unsere Versammlungen sprengen zu lassen, will uns nicht reden lassen, oder so, daß man die bei jeder Gelegenheit benachteiligt, die sich in den Dienst dieser Bewegung gestellt haben. Es ist mir ein Ort bekannt, wo infolge Hagelschäden staatliche Unterstützungsgelder ausgezahlt worden sind, und ausgerechnet eine sozialdemokratische Bäuerin ist ausgeschlossen worden von dieser Beteilung, und die Herren, ein Schuldirektor und der Bürgermeister, haben sich nicht gescheut, ihr sehr deutlich zu verstehen zu geben, daß die staatlichen Gelder nur für die klerikalen Mitglieder der Gemeinde vorhanden sind. (Rufe: „Hört!“) Und nun werden Sie damit, glaube ich, nichts anders erreichen, als daß Sie diese neue Bewegung davor behüte, daß sich Menschen einschleichen, die nur um ihres persönlichen Vorteiles willen in die Bewegung kommen. Ich meine, wir müssen Ihnen dankbar sein dafür, daß Sie von Anfang an in dieser Art

gegen uns Stellung nehmen, weil Sie nur die Gesiebten unter den Gesiebten, die Besten unter den Besten dieser Kleinbauern dazu zwingen, daß sie sich unserer Organisation anschließen. Mit diesen Leuten wird es uns vielleicht leichter möglich sein, die Kleinbauernbewegung auf einen guten Grund zu bauen, daß er so wird, wie er für die Kleinbauern nützlich sein wird. Aber wenn Sie sagen, daß diese Organisation nur dazu gegründet sein soll, die sozialdemokratische politische Macht im Staate zu begründen, so möchte ich Sie bei dieser Meinung vollständig belassen. Sie können von dieser Bewegung glauben, was Sie wollen. Diese wird weitergehen, ob Sie Gutes oder Böses von ihr meinen, sie wird weitergehen, wenn Sie auch sagten, daß sie nur eine Hilfsstruppe für die sozialdemokratische Partei sein soll, weil sie eine Lebensnotwendigkeit für die Kleinen auf dem Lande bedeutet, weil sie ein Stützpunkt für alle Kleinen auf dem Dorfe werden wird. Es wird Ihnen auch nicht helfen, sondern beitragen zu dem, was ich gesagt habe, wenn Sie es machen, wie Abg. Riemelmoser dem Abg. Wallisch gegenüber erklärt hat, daß er — Abg. Wallisch — nur geschwind wird abfahren müssen, wenn er auf das Land hinausfahren will. Ich meine, daß wir durch diese Äußerung bei dieser Debatte Gelegenheit gehabt haben, ein sonderbares Bild von der christlichsozialen Partei, von der Gegenseite, kennen zu lernen. Der Herr Landeshauptmann, der Chef der Partei, hat sich stolz in die Brust geworfen und sich beinahe als den freiheitlichsten der Freiheitlichen bezeichnet, hat stolz davon gesprochen, daß er die politische Meinung der andern hochachtet und daß niemand seine politische Meinung entgelten soll, und ist dadurch wieder ganz in Widerspruch zu einem Riemelmoser gelangt, der gemeint hat, Kollege Wallisch wird geschwind abfahren müssen, wenn er als politisch Andersgesinnter zu ihm in die Oststeiermark hinauskommen würde. Ich bin zwar der Auffassung, daß Herr Riemelmoser und der Herr Landeshauptmann vor allem dem Geschmacke nach zu trennen sind und daß auch geistige Differenzen bestehen zwischen diesen beiden Mitgliedern des hohen Hauses, aber sie dennoch im Grund genommen ein Herz und eine Seele sind und ich ihre Freiheit als eine Freiheit der Schieber betrachte. Ich möchte das damit unterstützen und begründen, daß der Herr Landeshauptmann es für notwendig gefunden hat, dem Schieber Erös das Heimatrecht zu verleihen, obwohl mir und ihm bekannt ist, daß es Arbeiter gegeben hat, die 10 und 20 Jahre im Staate waren, die ihr Brot verlieren mußten, wenn sie die Bundesbürgerschaft nicht bekamen, und die dennoch von der Landesregierung die Bundesbürgerschaft nicht bekommen haben, aber wohl der Schieber Erös, der Automobilist Erös. Deshalb ist es notwendig, daß der Herr Landeshauptmann sich noch als freiheitlich bezeichnet, damit ein Schieber zur österreichischen Staatsbürgerschaft kommt. Schauen Sie, für die Kleinbauern, für die Geschäftsleute u. dgl. hat die christlichsoziale Partei und Regierung, für diese Leute haben Sie die Steuermandate. Rücksichtslos werden diese Leute exekutiert, wenn sie ihre Steuer nicht zu den vorgeschriebenen Terminen bezahlen können. Aber Bauer, es ist ganz etwas anderes, wenn

das den Herrn Bosel angehe. Da hat die Gemeinde Wien den Bosel pfänden wollen, weil er die Einkommensteuer aus dem Jahre 1922 schuldig geblieben ist, und der christlichsoziale Finanzminister ist der Gemeinde Wien in den Arm gefallen und hat sich schützend vor Herrn Bosel gestellt, obwohl es weder dem Herrn Finanzminister noch der Gemeinde Wien gleichgültig sein kann, ob Herr Bosel seine Steuer in entwertetem Gelde zahlt oder ob er sie im Jahre 1922 bezahlt in anderem Werte. Nun kommt noch folgendes dazu: Wenn wir diese Dinge übersehen und die Absicht haben, solche Dinge auch den Kleinbauern zu erzählen, dann ist es allerdings notwendig, daß der Herr Abg. Riemelmoser kommt und sagt, daß wir geschwind abfahren sollen, damit die Kleinbauern der christlichsozialen Partei von dieser Art von Freiheitlichkeit und Fürsorgetätigkeit nichts erfahren.

Ich habe so den Eindruck, daß das demokratische Gewissen der Partei, die in diesem hohen Hause die stärkste ist und an erster Stelle regiert, ein sehr robustes gegenüber den wirtschaftlich Schwachen ist, daß es aber andererseits außerordentlich feinsüßig ist, sobald es sich um Herrn Erös oder andere ähnliche handelt. Und wenn wir das festgestellt haben, so bin ich jetzt schon überzeugt davon, daß der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer in Kürze aufstehen und versuchen wird, alle unsere Angriffe wiederum zu parieren. (Dr. Uhrer: „Das kommt erst morgen!“) Und ich weiß schon im vorhinein, daß das „Volksblatt“ schreiben wird: In seiner bekannt schneidigen Art hat er das getan.“ (Dr. Enge: „Sie sind ein Prophet! Es wird schon kommen!“), und dann wird für die christlichsoziale Partei wieder alles gut sein (Heiterkeit), ohne daß die Regierungsmänner der christlichsozialen Partei zu den Fragen so Stellung nehmen, wie es der Ernst der Dinge erfordern würde. Das ist der christlichsozialen Partei Nebensache, die Hauptsache ist, daß der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter die schneidige Rede hält, schneidig, wenn er das Prokentum der Dorskönige in das Arrogante überträgt. (Zwischenruf von sozialdemokratischer Seite: „Sehr richtig!“) Das ist meiner Meinung nach die Art, wie Herr Landeshauptmann Dr. Uhrer in diesem Hause zu reden gewohnt ist. Wenn wir hinauskommen, dann können wir oft daselbe finden. Die Reden haben dieselbe Art und Weise, und wir können sie auch in den bürgerlichen Gemeindestuben finden, wo noch bürgerliche Prozen von altem Schrot und Korn zu herrschen gewohnt sind. Sie dürfen nicht glauben, daß Sie auf die Dauer mit Arroganz allein in diesem Hause und in diesem Lande werden regieren können. Sie werden, ob es Ihnen lieb ist oder nicht, wenn Sie auch durch Ihre Unterläufel verkünden lassen, daß Sie die Ausführungen des Kollegen Resel nicht so ernst nehmen, als er sie gemeint hat, so werden Sie doch an den Ernst dieser unserer Haltung und Ausführungen glauben müssen, wenn Sie nicht bereit sind, den primitivsten Forderungen, die dem primitivsten Rechtsgefühl entsprechen, zu entsprechen. Sie können versichert sein, daß wir die Interessen der arbeitenden Menschen nicht nur in der Stadt, sondern auch auf dem Lande zu vertreten wissen werden gegen Ihre Schneidigkeit, gegen

Ihre Arroganz und gegen Ihr Dorskönigtum, das Sie glauben, auch hier im Landtage aufpflanzen zu können. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Rinfelen: Ich habe um das Wort ersucht, um auf die einzelnen Fragen feststellend einzugehen, die sich auf die mittelbare Bundesverwaltung beziehen und im Laufe der Debatte geltend gemacht worden sind. Es sind zum Beispiel zwei wichtige Sicherheitskörper unseres Landes angegriffen worden, die Polizei und die Gendarmerie, und ist von einem Spitzeldienst gesprochen worden, der dort eingerichtet sei und zu dem sie mißbraucht würden. Ich komme zuerst auf die Frage der Versammlungen zu sprechen: Wir müssen zwei Arten der Versammlungen uns vor Augen halten, die allgemein öffentlichen und die Vertrauensmännerversammlungen. Ich will gleich vorausschicken, daß auch ich mich auf den Standpunkt stelle, daß bezüglich der Vertrauensmännerversammlungen die Behörde wegen der Beratung unter sich ausgeschlossen sein soll und ich habe auch in dieser Richtung die Weisung an die Polizei ergehen lassen. Es haben sich nur, wie die Polizei berichtet, Schwierigkeiten dadurch ergeben, als die sozialdemokratische Partei die Versammlungen nicht anmeldet, so daß es den Organen der Polizei nicht sichtbar, nicht erkennbar war, um welche Art von Versammlungen es sich gehandelt hat. Wenn in öffentliche Versammlungen Organe entsendet worden sind, so ist das zu verstehen, wenn man die Ereignisse nach dem Umsturze und der Nachkriegszeit, wenn man diese Erregungszustände in Betracht zieht. Es ist vielfach vorgekommen, daß direkt von solchen stürmischen Versammlungen ein Aufmarsch stattgefunden hat zu Demonstrationen. Und da war die Behörde verpflichtet, Sicherungsvorkehrungen zu treffen. So kann ich mich an eine kritische Situation erinnern, die sich dadurch ergeben hat, daß von einer Versammlung anlässlich eines schweren Lohnkampfes ein Aufmarsch auf den Hauptplatz erfolgt ist vor dem Hause, in welchem der Hauptverband seinen Sitz hat, bei dem versucht wurde, dieses Gebäude zu stürmen, wodurch alle Bewohner dieses Gebäudes auf das schwerste gefährdet waren. Es ist mir damals nur mit der größten Mühe gelungen, das nötige Quantum Polizei zusammenzubringen und ist es die Pflicht der Polizei, rechtzeitig Vorkehrungen zu treffen. So ist es zu verstehen, wenn die Polizei es als ihre Aufgabe betrachtet hat, solchen Vorkommnissen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es handelt sich um keinerlei Spitzeldienste, sondern um pflichtgemäße Vorkehrungen, hervorgerufen durch die Erfahrungen der letzten Jahre. Je mehr sich die Bevölkerung beruhigt, desto weniger wird es notwendig sein, diesbezüglich Vorkehrungen zu treffen und ich betone nochmals, daß ich wegen der Vertrauensmännerversammlungen Weisungen gegeben und Maßnahmen getroffen habe, daß diesbezüglich jede Art von Vor-sorge zu entfallen hat.

Es ist auch gesprochen worden von der Gendarmerie und es wurde der Vorwurf erhoben, daß bei der Gendarmerie eine eigene Forschungsabteilung besteht. Da muß ich auf die Organisation des Sicherheitsdienstes am Lande eingehen. Wir haben in der Stadt Graz die Sicherheitspolizei, und zwar die uniformierte

und dann die kriminelle Abteilung. Am Lande hatten wir bisher nur die Gendarmerie als bewaffneten Sicherheitskörper. Daraus haben sich Schwierigkeiten ergeben. Die eigentliche kriminelle Gendarmerie, die hat am Lande kein Instrument gehabt, dafür war nur in der Stadt gesorgt, alle diesbezüglichen Fragen, wie Fingerabdrücke, Photographie usw., waren am Lande vollständig vernachlässigt. Das alles lag nur bei der Polizei, so daß sich gegenüber Stadt und Land bei der Verfolgung der Verbrecher bereits Unstimmigkeiten ergaben und hinsichtlich der Verfolgung und Erreichung des beabsichtigten Zweckes auch in Zukunft eine gewisse Differenzierung hätte eintreten können. Deshalb war es meine Pflicht, dafür zu sorgen, daß auch die Verhältnisse am Lande entsprechend eingerichtet werden. (R e s e l: „Das hat ja der P e i n l i c h eingerichtet!“) Und das war der Grund, darum ist das geschehen, warum die Ausforschungsabteilung eingerichtet wurde. Und ist das viel, wenn diese ganze Ausforschungsabteilung im Lande 15 Mann beträgt? Sie arbeitet glänzend, sie gibt gemeinsam mit der Polizei ein Fahndungsblatt heraus, in dem die Steckbriefe erscheinen und ihr Dienst ist so glänzend, daß mehr als die Hälfte der Täter, der Gefahndeten, auch verhaftet und tatsächlich eingebracht wurden. (Beifall.) Von einer politischen Betätigung dieser Abteilung ist mir gar nichts bekannt, und ist sie überhaupt seitens der Gendarmerie erfolgt, so war es seinerzeit in den ersten Jahren nach dem Umsturze. Jetzt, seitdem wir diese Abteilung haben, kommt eine politische Tätigkeit nicht mehr vor, soweit nicht ausnahmsweise die politische Tätigkeit in Verbindung mit bestimmten Erscheinungsformen kommt, mit denen sich auch die Gendarmerie pflichtgemäß zu befassen hat. Ich möchte Sie, Herr Landesrat R e s e l, einladen, sich die Ausforschungsabteilung selbst einmal zu besichtigen. (R e s e l: „Ich kenne sie ja, ich könnte Ihnen Namen nennen!“ — P r i s c h i n g: „Sie vertrauen sich nicht hinein!“) Ich habe das vor kurzem selbst getan und war außerordentlich angenehm berührt durch den glänzenden Dienst und die moderne Einrichtung, die dort geschaffen ist. Wie glänzend die Sache, diese Einrichtung funktioniert, haben Sie neulich gesehen, daß neulich bei dem Gendarmenmord in der Oststeiermark zirka 2 Stunden, nachdem der Mord geschehen war, ein Auto mit Gendarmen, Daktyloskopie, Photographie, Polizeihunden usw. unterwegs war. Ich glaube, daß auch die Bevölkerung am Lande ein Recht hat, gerade so wie die Stadt eine kriminelle Abteilung hat — und die Grazer Abteilung arbeitet ausgezeichnet — auch für das Land eine solche Abteilung zu besitzen. (Unverständlicher Zwischenruf) Von Vorsicht ist keine Spur, sie arbeiten sehr schön zusammen und miteinander. (R e s e l: „Kriminell, aber nicht politisch!“) Das zeigen auch die Erfolge.

Ich komme jetzt noch auf einen anderen Punkt zu sprechen, das ist die technische Nothilfe.

Es wird mir verübelt, daß ich für die technische Nothilfe Sorge. Ich möchte da nur eine Frage aufwerfen. Nehmen wir an, daß plötzlich beim Gas- und Elektrizitätswerk ein wilder Streik seitens der Sozialdemokraten einsetzt und wie wir gesehen haben, ist dies ja

auch schon vorgekommen, was machen wir nun in der Stadt, wenn die Arbeiter fortgehen und die Arbeit stehen lassen? Da ist es Pflicht der politischen Behörde, wenn die Bevölkerung nicht sehr gefährdet werden soll, daß für solche Fälle Vorsorge getroffen wird. Das halte ich für meine Pflicht. In Lohnstreitigkeiten mischen wir uns überhaupt nicht ein. Wir beschränken uns darauf, zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu intervenieren, damit die Bevölkerung nicht darunter leide und die Nothilfe tritt nur im äußersten Nothfalle ein, daß im Interesse der Bevölkerung die lebenswichtigen Betrieb aufrecht erhalten werden. (Beifall bei den Christlichsozialen. — R e g n e r: „Nur theoretisch!“) Wenn es nur beim theoretischen bleibt, ist es umso besser. (Zwischenruf: „Praktisch auch!“) Bitte mir nur einen Fall zu sagen, wo sie sich praktisch betätigt hat. (R e s e l: „Bisher ist es noch nicht dazu gekommen, wenn es praktisch wird, werden Sie in die größte Verlegenheit kommen!“)

Herr Abg. W a l l i c h hat in einer Polemik gegen die christlichsoziale Partei und die Landesregierung auch die Frage der Gemeindeautonomie berührt und der Landesregierung den Vorwurf gemacht, daß sie sich Eingriffe in die Gemeindeautonomie schuldig macht. Nun bemerke ich, daß nach unserer gegenwärtigen Verfassung es nicht nur Recht, sondern auch Pflicht der Landesregierung ist, das Aufsichtsrecht bezüglich der Gemeinden auszuüben. Ich muß es ablehnen, daß bei Ausübung dieses Aufsichtsrechtes Gemeinden mit bürgerlicher Majorität anders behandelt worden wären als Gemeinden mit sozialdemokratischer Mehrheit. Es ist selbstverständlich, daß, wenn man die Frage der Berechtigung der Umlagenkontrolle durch die Landesregierung anerkennt, es auch Pflicht der Landesregierung ist, die Notwendigkeit des Umfangs der Umlagen zu prüfen und damit auch die Notwendigkeit der Ausgaben, denn sonst wäre es ja ganz überflüssig und das Kontrollrecht vollständig illusorisch, wenn man nur die Gesetzmäßigkeit zu überwachen hätte. (M a c h o l d: „Nur die Gesetzmäßigkeit haben Sie zu überwachen, nicht das Meritum!“) Das ist wieder eine jener berühmten Selbstverständlichkeiten, daß man nur von einer Überprüfung spricht, faktisch sich aber diese Überprüfung auf den vollen Komplex der Frage zu erstrecken hat. (M a c h o l d: „Nur auf die Rechtmäßigkeit der Beschlüsse!“ — R e s e l: „Sie überprüfen die anmaßenden Briefe des B u s s o n als berechtigte Einsprüche!“)

Was nun die Reklamationen anbelangt, die der Herr Abg. W a l l i c h vorgebracht hat wegen der Beilegung des Hausherrenvorschlages, so möchte ich bemerken, daß seinerzeit Verhandlungen zwischen der Organisation der Hausbesitzer und der Wohnungsmieter stattfanden und damals einverständlich vereinbart wurde, daß der Hausherrenvorschlag entfällt, sobald die Wohnungsämter paritätisch im Sinne dieser Vereinbarungen zusammengesetzt sein werden. In Graz ist dies bisher noch nicht erfolgt (R e s e l: „Dadurch ist die Ungeßlichkeit noch nicht weggemacht.“) und infolgedessen konnte auch der andere Teil der Vereinbarung noch nicht durchgeführt werden. Wenn die Voraussetzungen dafür geschaffen sein werden, werden auch

selbstverständlich die Vereinbarungen sofort vollständig und strikte durchgeführt werden. (Lebhafter Beifall.)

Peinfinger: Hohes Haus! Ich habe nicht die Absicht gehabt, in der jetzigen Debatte das Wort zu ergreifen, jedoch die Ausführungen des Herrn Abg. Wallisch veranlassen mich hiezu. Die Herren des Finanzausschusses werden mir zugeben, daß die Behauptungen, die Herr Wallisch gebräut hat, nicht auf Wahrheit beruhen. Herr Wallisch hat behauptet, daß die sozialdemokratische Partei beantragt hätte, die Dienstbotenprämien von 1 Million Kronen auf 20 Millionen Kronen zu erhöhen. Der Antrag, der schließlich eingebracht wurde, und den ich gestellt habe, der, was ich konstatieren muß, eine Erhöhung von 1 auf 30 Millionen Kronen lautete und dann auf 20 Millionen Kronen erniedrigt wurde, weil die Sozialdemokraten erklärt haben, es wäre eine unbegründete und unnötige Ausgabe, weil auch die Hilfsarbeiter nicht prämiert würden, habe ich dann den Antrag damit begründet, daß es sich ja nur um alte Dienstboten handelt, die während ihrer langen Dienstzeit sich einen Sparspennig zurückgelegt haben, welcher durch die Geldentwertung verloren ist; die Prämierung ist zwar nicht als ein Ersatz des Sparspennigs, aber immerhin als ein gewisser Trost zu betrachten. Auf Grund dieser Begründung haben dann auch die Sozialdemokraten für den Betrag von 20 Millionen Kronen gestimmt. Es ist also nicht richtig, was Herr Abg. Wallisch behauptet hat und wenig geeignet, sich bei der Wahlpropaganda bei den Dienstboten in ein schönes Licht zu stellen. Weiters hat aber auch Herr Kollege Wallisch im Anschlusse an die Dienstbotenprämierung auch von den „Stierprämierungen“ gesprochen und ausgeführt, daß für zusammen 500 alte Dienstboten ein Betrag von 20 Millionen Kronen, dagegen für Stierprämierungen für 60 Stiere 60 Millionen Kronen ausgeworfen seien. Wenn man solche Reden hört, dann muß man wohl sagen, daß die Herren von den wirtschaftlichen Verhältnissen der bäuerlichen Bevölkerung gar nichts verstehen, denn wenn der Herr Abg. Wallisch Kapitel „Landeskultur“, Titel 3, angesehen hätte, so hätte er entnehmen müssen, daß mit diesem Betrage 44 Bezirke und 10 Genossenschaften bestellt werden, so daß eine Stieranzahl von mindestens 5000 Stück zur Prämierung kommen, also gewiß ein geringer Betrag auf einen Stier kommt. Die Prämierung dieser Stiere ist aber eine Notwendigkeit, weil dadurch die viehzüchterische Bewegung gefördert wird. Weiters hat Herr Abg. Wallisch bezüglich der Arbeitslosenunterstützung gesagt, daß von unserer Seite nichts getan wird. Die Herren werden sich nun erinnern, daß im Finanzausschusse 300 Millionen Kronen für die Unterstützung der Arbeitslosen bewilligt wurden. (Zwischenruf: „Das hat er ohnedies gesagt!“) Diese Arbeitslosenunterstützung ist aber im allgemeinen eine große Ungerechtigkeit, da sie sehr oft mit Unrecht ausgenützt wird; mit der Arbeitslosenunterstützung, wie sie heute gang und gäbe ist, wird furchtbarer Mißbrauch getrieben. Ich möchte nur folgendes anführen: In unmittelbarer Nähe meiner Gemeinde haben Professionisten längere Zeit gearbeitet, dann haben aber die Arbeiter erklärt, der Lohn wäre zu klein und er

müsse erhöht werden; der Arbeitgeber, ein Bindermeister hat ihnen erklärt, den Lohn könne er nicht erhöhen, aber sie werden bei ihm immer Arbeit haben, trotzdem haben die Arbeiter dann den Dienst verlassen, trotzdem, daß diese Arbeiter als Bauernsöhne die landwirtschaftliche Arbeit gelernt haben, haben sie nicht in der Landwirtschaft gearbeitet und haben durch 210 Tage die Arbeitslosenunterstützung bezogen. Das ist nicht gerecht. Weiters die Maurer- und Zimmerarbeiter! Haben diese im Winter früher einmal eine Arbeit gehabt? Nein! Wenn sie von der Arbeit aufhören mußten, so hatten sie sich soviel erspart, daß sie im Winter etwas für den Unterhalt gehabt haben, nebstbei helfen Sie uns Bauern dreschen, Holz arbeiten usw. Jetzt aber sehen wir, daß auch die Maurer und Zimmerarbeiter die Arbeitslosenunterstützung beziehen und uns Bauern helfen sie nicht mehr arbeiten. Wer zahlt aber diese Arbeitslosenunterstützung? Der Arbeiter, der Fabrikant, der Handwerker? Nein! Der Handwerker oder Fabrikant zahlt sie nicht. Warum? Weil sie bereits den Preisen zugeschlagen wird. Wir Bauern müssen sie zahlen (Auff: „Endlich wissen wir es!“) und das ist die Folge, daß die Erzeugnisse von Handwerkern bereits das 30.000 bis 40.000fache des Friedenspreises betragen, und infolgedessen ist es unmöglich, daß wir unsere Gebäude erhalten und unsere täglichen Bedarfsartikel kaufen können. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bei den Bauern sind derart ungünstig, daß wir unsere ganzen Kräfte anstrengen müssen, um uns über Wasser zu halten. Ich möchte da anführen, daß wir zum Beispiel in unserer Raiffeisenkasse in günstigen Zeiten 500 Millionen Kronen Einlagen gehabt haben, bei der letzten Revision waren nur mehr 51 Millionen Kronen in der Kasse, das andere war behoben worden zu Steuerzahlungen usw. Wir haben auch infolgedessen im vergangenen Jahre von 90 Ansuchen um Darlehen nur 40 bewilligen können. Es ist also wirklich eine schwierige Lage, in der jetzt der Bauernstand in wirtschaftlicher Beziehung steht. Ich sage ja nicht, daß die Arbeitslosen, die wirklich bedürftig sind, und die wirklich keine Arbeit finden, keine Unterstützung bekommen sollen, aber der große Mißbrauch, der hier getrieben wird, gegen den stellen wir uns. Wir sehen draußen am Lande, daß Arbeitslose jetzt wieder zu den Bauern kommen und wieder mit den verschiedensten Artikeln handeln, jetzt kommt auch wieder die Zeit, wo sie anfangen Schwämme zu suchen, Beeren zu pflücken, und dabei haben sie auch einen sehr schönen Nebenverdienst. Die Bauern sind aber nicht in der Lage, derartige Löhne zu zahlen, wie sie die Arbeitslosen verlangen, denn mit der Unterstützung und dem Nebenverdienste kommen sie ziemlich hoch und dies wollen sie mindestens verdienen, und wenn man nun die Arbeitslosen sieht, wie sie das tun, und wie wenig Eifer sie für eine ihnen nicht angenehme Arbeit, besonders landwirtschaftliche zeigen, dann möchte ich sagen, daß es Pflicht wäre, daß man die Arbeitslosenunterstützung in die richtigen Bahnen lenkt.

Weiters möchte ich noch erwähnen, daß es für uns Bauern in der Oststeiermark eine drängende Notwendigkeit ist, daß die Frachtermäßigung bei den Bahnen

bezüglich der landwirtschaftlichen Produkte, hauptsächlich Obst und Most, eingeführt wird. Es ist nicht mehr möglich unsere Produkte zu verkaufen. Warum? Weil die Frachtsätze ungeheuer hoch sind, so muß man zum Beispiel von St. Ruprecht bis Obersteier 800 Kronen an Frachtspeisen für 1 Liter Most zahlen, infolgedessen können wir den Most nicht mehr verkaufen, können auch das Obst nicht mehr an den Mann bringen. Es dürfte heuer wieder der Fall sein, daß wir ein günstiges Obsthjahr haben, und daß die Verhältnisse wieder so eintreten wie im Jahre 1922, daß wir wieder so viele Waggons Obst dem Vieh füttern müssen. Das wäre eine traurige Erscheinung. Es könnte in Bezug auf den Bahntarif abgeholfen werden: 1. daß die 30 Prozent, die jetzt an Steuern von der Landesbahn an den Bund abgeführt werden müssen, erlassen werden. Dann würde unsere Landesbahn bedeutend billiger sein. Wir, die wir an der Landesbahn liegen, zahlen doppelt: erstens die hohen Tarife und zweitens bekommen wir vom Bund keinen Zuschuß. 2. Soll eine Erleichterung bezüglich der Frachtsätze geschaffen werden. Die Durchrechnung soll endlich durchgeführt werden. Die Frachtsätze sind darauf aufgebaut, je mehr Kilometer durchlaufen werden. Wenn ich in St. Ruprecht einen Waggon aufgebe, wird er in Gleisdorf umkartiert, dadurch werden die Frachtsätze um 30 bis 40 Prozent verfeuert.

Es wären noch verschiedene Punkte zur Sprache zu bringen, welche für die bäuerlichen Interessen von großem Vorteil wären, ich möchte aber zum Schlusse eilen. Ich möchte erklären, daß im Landtage darauf hingewirkt werden soll, daß die Interessen der bäuerlichen Bevölkerung so gewahrt werden, daß wir uns auf unserer Scholle erhalten können, damit schließe ich. (Lebhafter Beifall auf Seite der Christlichsozialen.)

Aust: Hohes Haus! Ich werde mir erlauben, vorerst auf die Ausführungen meiner beiden Herren Vorredner einzugehen, denn sonst könnte man auf das eine oder andere vergessen. Sowohl der Herr Landeshauptmann als auch der Herr Abg. Peintinger haben Dinge zur Sprache gebracht, die wir doch auch von unseren Gesichtspunkten aus beleuchten müssen. Dem Herrn Peintinger scheint es Kollege Wallisch angetan zu haben, wie so manchem anderen der Herren Vorredner. Da hat sich der Herr Peintinger auf ein Gebiet begeben, auf welchem er beweisen wollte, daß die „Stierprämierung“ gleichzeitig mit der Dienstbotenprämien-Frage behandelt werden könne, und hat daraus den Schluß abgeleitet, daß Kollege Wallisch mit großem Maul eine Rede hält, ohne daß er für diese Dinge das notwendige Verständnis aufbringe. Ich glaube, daß diese Meinungsäußerung des Herrn Kollegen Peintinger in der Hauptsache darauf zurückzuführen ist, daß er ein Bedürfnis hatte, auch anläßlich der Budgetdebatte von sich reden zu machen — denn all das, was Herr Peintinger sowohl in Bezug auf die Ausführungen des Kollegen Wallisch als auch anderer Herren dem hohen Hause zur Kenntnis brachte, verrät eine ziemliche Oberflächlichkeit und ist uns ein Beweis dafür, daß der Herr Kollege Peintinger die verschiedenen volkswirtschaftlichen Fragen, die er hier nur so leise antippte,

nicht in dem Umfange beherrscht, als wie es vielleicht... (Dr. Enge: „Der hat das nicht nötig, sich von Ihnen schulmeistern zu lassen, der versteht mehr praktisch als Sie theoretisch!“) Es ist halt so. Wir sind das schon von früher gewohnt, daß man, wenn jemand einen Fehler macht, mit der roten Tinte kommt und eine Korrektur vornimmt. Wir müssen doch auf diese Ausführungen zurückkommen. Er ist ein praktischer Bauer, deshalb braucht er von der Volkswirtschaft nichts zu verstehen. Ich verstehe es halt. (Gäß: „Sie verstehen auch nichts davon, Sie sind ein Lehrer!“) Es geht nicht, hier im hohen Hause zu erklären, daß die Bauern unter der Goldparität oder unter dem Überschreiten der Goldparität nicht mehr imstande sind, diese Belastung auszuhalten. Herr Peintinger, dann dürfen Sie nicht vergessen, daß Sie Ihre Produkte schon lange auch um das 30.000- und 35.000fache verkaufen. (Großer Lärm. — Rufe: „Gemeinheit!“ — „Beweisen Sie das!“)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe!

Aust (fortfahrend): Ich verstehe das, obwohl ich kein Bauer bin, weil ich auch damit zu tun habe. (Großer Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte um Ruhe! Abg. Aust, bitte fortzufahren. (Rufe: „Der Wolf muß ihm einsagen!“)

Aust (fortfahrend): Er braucht mir nichts einzusagen, ich bin zufällig in der Lage, noch aus eigenem zu schöpfen. Weil man mich aber auffordert, zu beweisen, daß meine Behauptung richtig ist, so möchte ich vielleicht bei dem Ei anfangen. Ein Ei hat im Frieden 4 Heller gekostet, das ist umgerechnet nach der Goldparität 560 Kronen. Wie lange ist es her, daß die Bauern vor Ostern für ein Ei 1600 und 1800 Kronen verlangt haben. Wenn Sie das nach der Goldparität umrechnen, sind Sie schon beim 45.000fachen des Friedenspreises. (Gäß: „Über lassen Sie sich nicht auslachen!“) Sie lachen mich aus, Herr Landeshauptmann, Sie haben ja Zeit dazu. Wenn man zu rechnen anfängt bei der Butter, beim Rindviehpreis und bei anderen landwirtschaftlichen Produkten, so kommt man über die Goldparität. (Großer Lärm.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen.

Aust (fortfahrend): Schauen Sie, wir als Sozialdemokraten müssen doch auch dazu Stellung nehmen, wenn die armen Bauern immer wieder ihre Not hervorkehren. Ja, es stimmt, wir haben auch eine Landwirtschaft und wissen, was wir bezahlen. (Schreckenthal: „Sind Sie vom Fach?“) Erzählt uns nichts! Wir sind auch vom Fach. Herr Schreckenthal, Sie sind auch nicht immer beim Fach gewesen, Sie haben auch einmal Ziffern geschupst, aber heute sind Sie beim Bauernbund und verstehen das Geschäft. Ich bin auch einmal hinter dem Pflug hergegangen und habe Gras mähen gelernt, aber deshalb werde ich nicht die Behauptung aufstellen, daß die Arbeitslosenunterstützung die Bauern zahlen. Der Herr Peintinger war der glückliche Entdecker dieser Weisheit. Die Feststellung, daß die Arbeitslosenunterstützung der

Bauer bezahlt, stammt von ihm. Weil Sie zufällig einmal ein Hufeisen brauchen oder für die Mutter ein Kittelzeug, deshalb zahlen Sie die Arbeitslosenunterstützung, nicht aber die Arbeiter, die zahlen keinen Heller. (Dr. Enge: „Das weiß er besser, wie Sie!“) Er hat keine Ahnung, sonst könnte er keinen solchen Unsinn behaupten, daß der Bauer die Arbeitslosenunterstützung zahlt. — Ich werde Ihnen noch andere Artikel vorrechnen. Das Ei kostet das 45.000fache des Friedenspreises. (Peintinger: „Sie können Eier um 700 Kronen das Stück haben, so viele Kisten Sie wollen!“) Wie viele Kisten haben Sie zu verkaufen? (Regner: „Ich nehme Sie beim Wort!“) Ich hole sie mir. Herr Peintinger kommt zu der geistreichen Feststellung, daß in seiner Raiffeisenkasse kein Geld ist und schließt daraus, daß eben die Kapitalkraft der Mitglieder der Raiffeisenkasse geschwunden ist. Ich möchte dieser Behauptung des Kollegen Peintinger eine andere Meinung gegenüberstellen. Die Meinung, daß auch die Landwirte schon darauf gekommen sind, daß unsere Raiffeisenkassen zu schlechte Zinsen zahlen. (Dr. Enge: „Wollen Sie den Zinswucher noch mehr in die Höhe treiben?“) Nein! Die Geschichte ist aber anders. Die Bauern wären eine ganz merkwürdige Rasse, wenn sie nicht auch diesen heiligen Egoismus in sich tragen würden und da sind sie darauf gekommen, daß gewisse Geldinstitute hohe Zinsen zahlen, und aus diesem Grunde mögen die Einlagen bei den Raiffeisenkassen zurückgegangen sein. (Peintinger: „Ich kann Ihnen nachweisen, zu welchen Zwecken diese Beträge behoben worden sind, wenn es Sie interessiert!“) Es hat schon Kollege Gföller recht treffend dieses Kapitel der Volkswirtschaft behandelt. (Dr. Enge: „Von dem könnten Sie etwas lernen! — Er ist vor Ihnen hinausgelaufen!“) Er ist zur „Körner“-Versammlung gegangen. Tatsache ist es aber und ich muß es wiederholen, was Abg. Gföller erklärt hat. . . . (Zwischenrufe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, den Redner nicht fortwährend zu unterbrechen.

Auft (fortfahrend): Daß nicht nur die Hausbesitzer, sondern auch die Bauern es verstanden haben, während des Krieges schuldenfrei zu werden und wer zufällig in einer Sparkasse sitzt und die Möglichkeit besitzt, Einblick zu gewinnen in diese Verhältnisse, wird sagen müssen, daß nicht bloß die Hausbesitzer, sondern auch die Bauern durch die Geldentwertung auf die Butterseite gefallen sind. (Widerspruch bei den Christlich-sozialen.) Daß auch die Bauern es verstanden haben, während des Krieges ihre Schulden abzahlten. (Zwischenruf: „Auf welche Seite ist der Herr Abg. Auft gefallen?“) Auch auf die Butterseite. Es gibt auch auf der Gegenseite solche Herren, die recht weich gebettet sind. Tatsache ist, daß auch der Landbesitz die Gelegenheit zur Entschuldung hatte, daß er diese Gelegenheit reichlich benützte und daß es nur naturgemäß ist, wenn er anlässlich der Sanierung auch Opfer bringen muß. Es ist falsch, wenn immer wieder behauptet wird, daß es die Bauern und Gewerbetreibenden sind, die ausschließlich Steuern zahlen, sie allein sind die Aufrechterhalter der Volkswirtschaft in Österreich und die Bauern müßten soviel von ihrem Erwerb heute ab-

geben, um die Sanierung Österreichs zu ermöglichen. Ich kenne die Verhältnisse in der Gegend des Herrn Peintinger nicht, aber ich kenne die Verhältnisse ziemlich genau in Obersteiermark und weiß, daß es mit der Not und mit der Verelendung der armen Bauern, wovon hier so schön gesprochen wird, nicht gar so weit her ist. Ja, die Bauern trinken heute noch ebenso ihr Viertel Wein wie früher.

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Auft, ich mache Sie aufmerksam, daß wir um halb 9 Uhr schließen; Sie haben noch 7 Minuten Zeit, gegebenenfalls werden Sie Ihre Rede morgen fortsetzen.

Auft (fortfahrend): Mit meinem Stoff bin ich noch lange nicht fertig und mit dem Herrn Abg. Peintinger möchte ich heute noch fertig werden. Er hat beispielsweise die kühne Behauptung aufgestellt und erklärt, ja da kommen die Arbeitslosen von Graz heraus und machen uns Schaden durch Schwammerluchen und Beerenbrocken usw. und wenn man einem solchen Arbeitslosen eine Arbeit anträgt, so sagt er, er mag nicht. Herr Kollege Peintinger, es ist nicht so. Sie haben von dieser Bagage eine solche Abscheu, daß Sie ihr keine Arbeit geben und wenn Sie einem Arbeitslosen eine geben, dann bekommt er eine Suppe und wenns gut geht auch ein Stück Brot dazu. (Peintinger: „Er kriegt das gleiche, was wir essen!“) Bei Ihnen vielleicht, aber es gibt auch andere Bauern, die den Arbeitslosen ins Winkler setzen und der dann froh sein muß, wenn er eine schlechte Kost kriegt. (Riemer: „Sprechen Sie aus Erfahrung?“) Aus der Erfahrung, daß Leute von uns solche Dinge erzählen, die sich bemüht haben, bei einem Landwirt Arbeit zu finden. Der Kernpunkt der Sache ist, daß die Vertreter der Landwirtschaft nie eine Arbeitskraft bei einer Arbeitsvermittlung in Anspruch nehmen. (Zwischenruf: „Schauen Sie in die Zeitungen, dort werden Sie viele Annoncen finden!“) Fabrikarbeiter und andere sind nicht zur Verfügung. (Zwischenruf: „Fabrikarbeiter können wir keine brauchen!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abg. Peintinger hat noch ein sehr interessantes Kapitel angeschnitten, das die Frachtermäßigungen betrifft und hat auf die Notwendigkeit verwiesen, daß mit allem Nachdrucke eine Herabsetzung der Frachtsätze für landwirtschaftliche Produkte durchgesetzt werden muß. In der Richtung gebe ich ihm vollständig recht. Schließlich werden wir dann auch die Äpfel und den Most billiger kaufen, wenn in dieser Richtung Frachtbegünstigungen bestehen. Aber ich halte es doch für notwendig, hier eine Tatsache festzuhalten, von der Abg. Peintinger nicht gesprochen hat. Das ist die Tatsache, daß ohnehin gewisse Begünstigungen für die Landwirte bestehen, Begünstigungen, die man meist unter dem Hütel abmacht, von denen man aber nicht viel redet, die aber doch bedeutend in die Waagschale fallen. Ich meine da die Begünstigungen, über die die landwirtschaftlichen Genossenschaften verfügen können. Das Lachen hilft nichts, Herr Landesrat Riegler. Ich werde Ihnen gleich beweisen, daß Sie sich selbst auslachen. (Gartner: „Da ziehen die Konsumenten Nutzen daraus!“) Die Konsumenten haben davon gar keinen Nutzen. Viele landwirtschaftliche Genossen-

schaften zahlen bekanntlich keine Steuer. (Dr. Eng e: „Wenig!“ — Zwischenruf: „Was ist's mit den Konsumvereinen?“) Oh, die Konsumvereine zahlen genug. Wir zahlen für das abgelaufene Jahr 160 Millionen (Dr. Eng e: „Schlechter Umsatz!“), aber der Landwirt in seiner Genossenschaft zahlt gar keine Steuer. (Zwischenrufe.) Viele landwirtschaftliche Genossenschaften gehören zu jener Gruppe von Genossenschaften, für welche Steuern überhaupt nicht vorgeschrieben worden sind. (Peintinger: „10 Prozent des Reinertrages müssen sie als Steuer abliefern!“) Lieber Herr Kollege Peintinger, das können Sie mir nicht weiß machen, weil ich das Gegenteil genau weiß. Diese Genossenschaften breiten sich immer mehr aus. (Peintinger: „Das ist ja recht!“) Zu dieser Begünstigung der landwirtschaftlichen Genossenschaften kommt aber noch eine weitere. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften . . . (Wagner: „Diese Begünstigung ist wieder im Interesse der Kleinbauern gelegen! Beneiden Sie diese darum?“) Die haben nichts davon, weil die bei den Genossenschaften nicht dabei sind, am häufigsten sind Großbauern dabei. (Schreckenthal: „Sie sind gegen die Genossenschaften?“) Ich will nur sagen, daß es mit der Not der Bauern noch lange nicht so weit her ist. Früher haben sich die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der Hauptsache mit der Beschaffung von Saatgut und Dünger beschäftigt. (Zeng: „Er verwechselt die Genossenschaften mit den Genossen!“) Aber Herr Pfarrer, das hat Ihnen der Herr Landeshauptmann einsagen müssen.

Präsident: Herr Abg. A u f t, ich bitte Sie, die Rede zu unterbrechen. Um halb 9 Uhr wird morgen fortgesetzt.

(Die Sitzung wird am 29. April um 8 Uhr 30 Min. abends unterbrochen und vom Präsidenten K ö l b l am 30. April um 9 Uhr 5 Min. vormittags wieder aufgenommen.)

Präsident: Hohes Haus! Ich eröffne die Sitzung wieder. Es wurde eingebracht eine dringliche Anfrage der Abg. Stameß, Oberzaucher, Leichin, Pichler und Genossen an den Landeshauptmann wegen Änderung der Gemeindegrenzen Eggenberg-Göfing. Diese Anfrage entspricht den von der Geschäftsordnung gestellten Anforderungen. Ich werde sie im Laufe der Verhandlung zur Behandlung bringen. Ich fahre nunmehr in der Verhandlung der Tagesordnung fort. Zur Fortsetzung seiner Rede erteile ich dem Herrn Abg. A u f t das Wort.

A u f t (Fortsetzung): Hoher Landtag! Ich möchte meine heutigen Ausführungen mit einem Hinweis auf eine Rede beginnen, die der Herr Landeshauptmann Dr. Rintelen auf dem letzten Christlichsozialen Parteitage am 10. März 1924 gehalten hat und in welcher er darauf verwies, daß der Schutz der bürgerlichen Minoritäten in den sozialdemokratisch geführten Gemeinden eine immer aktueller werdende Aufgabe der Landesregierung sei. In derselben wagt gegenwärtig ein heftiger Kampf in Bezug auf das Aufsichtsrecht, das die Landesregierung führen muß und führen wird. Diese Feststellungen des Herrn Landeshauptmannes auf dem Parteitage der

Christlichsozialen sollten damals bei den auf dem Parteitage anwesenden Delegierten wohl die Meinung erwecken, daß in stärkerem Umfange als bisher den angegriffenen bürgerlichen Minderheiten in den Gemeindevertretungen der notwendige Schutz seitens der steirischen Landesregierung zuteil werden soll. Jeder, der diese Ausführungen des Landeshauptmannes gelesen hat, mußte der Meinung sein, daß tatsächlich immer wieder diese Minderheiten in den Gemeinden mit sozialdemokratischen Majoritäten unausgesetzt Angriffen ausgesetzt seien. Wir haben schon im Laufe dieser Generaldebatte Gelegenheit gehabt, des öfteren darauf zu verweisen, daß es in Wirklichkeit wohl ein wenig anders aussieht und immer wieder aufgezeigt werden kann, daß die bürgerlichen Majoritäten nichts scheuen, wenn es gilt, sozialdemokratische Minderheiten zu bekämpfen und zu majorisieren. Trotzdem heißt es immer, diese Industriegemeinden, diese Städte und Märkte mit sozialdemokratischen Majoritäten, die machen, was sie wollen. (G a f: „Stimmt auch!“) Herr Landesrat G a f hat gestern schon in Zwischenrufen auf Knittelfeld verwiesen und der Meinung Ausdruck verliehen, daß es gut sei, vor unseren eigenen Türen zu kehren. Derartige Zwischenrufe müssen den Anschein erwecken, daß auch in Knittelfeld die sozialdemokratische Mehrheit die Minderheiten terrorisiert und eine schrankenlose Parteiwirtschaft aufgerichtet hat. Ich weiß, auf welche Vorfälle Landesrat G a f anspielt, welche Vorkommnisse ihm scheinbar zu diesem Zwischenruf Anlaß geboten haben. Die Verhältnisse in Knittelfeld sind solche, daß die Landesregierung in Graz bisher keinen Anlaß gefunden hat, gegen diese sozialdemokratische Mehrheit von Knittelfeld einzuschreiten, trotzdem wir die feste Überzeugung haben, daß die christlichsoziale Mehrheit der Landesregierung uns schon auf die Finger geklopft hätte, wenn hierzu ein entsprechender Anlaß vorhanden gewesen wäre. Landesrat G a f spielt auf ein Vorkommnis an, das sich im vorigen Jahre abspielte; er ist mit seinem Zwischenruf der Meinung, ein Ereignis im hohen Maße kennzeichnen zu müssen, das schon seit mehr als einem Jahre auf eine Erledigung wartet, ein Vorkommnis, das darin bestanden hat, daß eine Genossenschaft einen Teil des Besitzstandes des Gemeindevirtschaftsamtes übernommen hat, ein Vorkommnis, das vielleicht ohne sonderliche Aufregung vorübergegangen wäre, wenn nicht die Christlichsozialen in Knittelfeld der Hoffnung gewesen wären, aus diesem Ereignis Kapital schlagen zu können. Sie haben entsprechenden Lärm gemacht und Versuche unternommen, die Landesregierung gegen uns zu beeinflussen. Daß aber trotzdem von der Landesregierung gegen uns bisher nichts unternommen wurde, ist ein Beweis dafür, daß dieses Vorkommnis in Knittelfeld sich in ordnungsmäßiger Form abgespielt hat. Es wird uns zum Vorwurf gemacht, daß die Sozialdemokraten Gemeindevermögen verschleudert hätten, daß sie Verträge abschließen, die mit den Interessen der Gemeinde nicht in Einklang zu bringen seien. Der Landeshauptmann hat selbstverständlich in Erfüllung der Wünsche der Christlichsozialen in Knittelfeld mehrere Untersuchungskommissionen entsendet und einen Buchsachverständigen mit

der Überprüfung der ganzen Angelegenheit betraut. Das Ergebnis war die Feststellung, daß diese Genossenschaft diesen Besitzstand des Gemeindegewirtschaftsamtes nicht vielleicht zu einem Schleuderpreise, sondern, wie der Buchsachverständige feststellte, über den Normalpreis übernommen hat, ein Beweis, daß sich diese Sache in vollster Ordnung abgespielt hat, und wenn man sich heute noch den Kopf zerbricht, wie man der Knittelfelder Gemeinde wegen des Abschlusses eines Pachtvertrages lästig werden könnte, so ist das ein Fall, über welchen man in der Landesregierung sehr schwer hinwegkommen wird. Es ist merkwürdig, daß das Aufsichtsrecht der Landesregierung, von welcher der Landeshauptmann gestern dick unterstrichen gesprochen hat, so weit gehen soll, daß man einen Mietvertrag, den die Gemeinde abschließt, der höheren Genehmigung vorlegen soll. Früher hat die Gemeinde das Recht gehabt, Wohnungen, Kanzleien, Geschäftsräume in den ihr eigenen Objekten ohne besonderes Aufsehen zu vermieten. Der Gemeinderat hat mit Mehrheit eine solche Vermietung beschlossen. Trotzdem werden Sachverständige hingeschickt, Baumeister mobil gemacht, die das Flächenmaß der vermieteten Räume feststellen, damit gesagt werden kann, für diese Quadratmeter ist der Mietzins zu nieder. Die Sozialdemokraten sind der Meinung, daß sich, so weit das Aufsichtsrecht der Landesregierung nicht erstrecken kann, denn sonst kommt es dazu, daß die Gemeinde, die der größte Hausbesitzer von Knittelfeld ist — 400 bis 500 Wohnungen zu vermieten hat — zum Schluß noch verpflichtet wird, jeden Wohnungstausch und jede Wohnungsvermietung bei der steiermärkischen Landesregierung anzumelden. Wir begreifen, daß die Christlichsozialen in Knittelfeld den Wunsch äußern, von der Landesregierung unterstützt zu werden. Wir begreifen aber auch, daß die Landesregierung doch einsichtsvoll genug ist, auch wenn der Herr Hofner in Knittelfeld mit seiner Anfrage demonstrativ den Landesparteitag verläßt, sich nicht die Finger zu verbrennen. Wenn Landesrat Gafz in Zwischenrufen auf Knittelfeld hinweist, dann haben Sie aus der Darstellung dieser Vorkommnisse ersehen, wie leichtsinnig man Vorwürfe macht. Neben Knittelfeld ist dann immer Bruck das böse Kind in Steiermark, das auch immer Dinge vollführt, die das Aufsichtsrecht der Landesregierung notwendig machen. Die größte Aufmachung und das größte Geschrei erfolgt immer deshalb, weil Bruck dem Republikanischen Schutzbunde und sozialdemokratischen Vereinen Subventionen zugesprochen hat. Schauen wir uns den Voranschlag an, den der Herr Finanzreferent vorgelegt hat, so finden Sie das Beispiel der Gemeinde Bruck in verstärkter Auflage, und wenn Sie die Ziffern zusammenzählen, so kommen Sie darauf, daß der Finanzreferent rund 700 Millionen ausgesprochen klerikalen Zwecken zuführen will (Rufe: „Hört!“), das macht nichts, aber weil die Gemeinde Bruck, die auch nebstbei deutschen und christlichsozialen Vereinigungen Subventionen zugesprochen hat . . . (Mikola: „Ich bitte, in welchem Verhältnisse?“) In einem weit günstigerem Verhältnisse, als es der Herr Finanzreferent in seinem Voranschlage tut. Wenn man der Gemeinde Bruck den Vorwurf macht, daß sie dem Republikani-

schen Schutzbund was gibt, so möchte ich darauf verweisen, daß im Landesvoranschlage Widmungen vorhanden sind, bei denen man sich an den Kopf greifen muß. Sie können zum Beispiel dem Voranschlage entnehmen, wie man offensichtlich bemüht ist, ausgesprochen klerikalen Einrichtungen mit Landesmitteln auf die Beine zu helfen, man kann lesen, daß sogar der Gesellschaft zu Ehren der seligsten Jungfrau Maria ohne Makel der Erbsünde 20 Millionen zugesprochen werden (Mikola: „Das ist ein Spital, wo auch Ihre Kinder darinnen sind!“) für die Schwestern im Spital zu Vorau. Wir können eine solche Widmung nicht ins rechte Licht bringen, besonders wenn man die Tätigkeit dieser Schwestern in parteipolitischer Beziehung immer wieder beobachten muß. Gerade in den letzten Tagen hat sich im Spital in Knittelfeld wieder ein recht interessanter Fall mit einer Schwester abgespielt. Da hat ein Mädchen mit 15 bis 16 Jahren eine Rippenfellentzündung gehabt und daraus ist eine Lungenschwindsucht entstanden. Dieses Hascherl haben die Schwestern viermal hintereinander zur Beichte getrieben. Diese Drangsalierung war so arg . . . (Zwischenrufe der Christlichsozialen.) Der Herr Kollege sagt, ich verstehe nichts vom Beichten, soviel verstehe ich, daß ich es unbegreiflich finde, daß ein 15jähriges Mädchen innerhalb einer Woche so viel Sünden haben soll, daß es viermal zur Beichte gehen muß. Die Eltern haben auch das arme Kind aus dem Spital herausgenommen. (Zwischenrufe auf Seite der Christlichsozialen.) Ich habe schon auch deshalb vom Beichten eine Ahnung, weil ich für den katholischen Religionsunterricht geprüft bin. (Riemelmoser: „Aber nicht geeignet!“ — Zwischenruf Köstler. — Riemelmoser: „Reden nur Sie nichts, Sie haben Ihr Kind auch in einem klerikalen Institut gehabt!“ — Lebhaftige Unruhe.)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Ich bitte, meine Herren, Herr Abg. Aufst hat das Wort.

Aufst (fortfahrend): Herr Landesrat Gafz hätte es notwendig, viermal in der Woche beichten zu gehen. Es ist typisch, daß man den Sozialdemokraten immer gleich die Vergangenheit vorwirft. Herr Landesrat Gafz hat einmal auch in ein anderes Horn geblasen und von der Beichte anders gesprochen, aber das macht nichts, das haben die Christlichsozialen bereits vergessen. (Riemelmoser: „Sie waren Wanderlehrer beim Deutschen Schulverein!“) Ich schäme mich auch gar nicht, daß ich das einmal war. (Lebhaftige Unruhe.)

Ich möchte nun noch einige Worte über die Angelegenheit des Schutzes der Autonomie der Gemeinden verlieren, und zwar deshalb, weil in dem Wahlausrufe der Christlichsozialen vom 19. April, also ganz jüngsten Datums, eine sehr interessante Feststellung enthalten ist. Anlässlich der Wahlen sagen die Christlichsozialen, daß die Grundlagen der Gemeindepolitik die freie Selbstverwaltung der politischen Gemeinde und selbstgewählten Vertreter sind. Wenn man nun die Ausführungen des Herrn Landesrates Riegler vom 10. März diesem Programmpunkte der Christlichsozialen vom 19. April entgegenstellt, so sehen wir recht deutlich, wie man einmal so und einmal so reden kann. (Dr. Engle: „Da haben Sie die beste Erfahrung, Sie

haben vor zwei Jahren noch ganz anders geredet!") Herr Dr. Eng e, da werden Sie sich in der Zeit etwas geirrt haben, denn vor drei Jahren haben Sie überhaupt nichts geredet, weil Sie noch auf der Schulbank gesessen sind. Wenn wir nun diese zwei Feststellungen gegenüberhalten, so müssen wir immer wieder zu dem Ergebnis kommen, daß die Christlichsozialen auf der einen Seite bestrebt sind, gegen die Majoritäten der Industriegemeinden aufzutreten, andererseits aber doch ihren Wählern begreiflich machen müssen, daß sie den Schutz der Autonomie der Gemeinden auf ihre Fahne geschrieben haben und wenn man sich dann fragt, warum eigentlich immer wieder Angriffe auf die Autonomie sozialdemokratisch verwalteter Gemeinden erfolgen, dann kann man feststellen, daß die Christlichsozialen von einem inneren Arger erfüllt sind, daß sich die sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden trotz aller Sorgen, trotz allen finanziellen Nöten über Wasser halten, glänzende Erfolge auf finanziellem Gebiete aufzuweisen haben (Riegler: „Aber mit welchen Mitteln?“) und auf diese Weise ihre Programmpunkte verwirklichen. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Widerspruch bei den Christlichsozialen. — Zwischenrufe: „Leoben!“) Leoben hat damit nichts zu tun. Ich möchte feststellen, daß das Gemeindevirtschaftsamt in Leoben mit der autonomen Stadtverwaltung der Gemeinde Leoben absolut nichts zu tun hat, leider kann dies Dr. Eng e aber nicht auseinanderhalten. Der Herr Landesrat Riegler fragt mich im Brustton der Überzeugung, mit welchen Mitteln gearbeitet wird. Sie haben diese Mittel nicht bewilligt und wenn wir Sozialdemokraten in einer Gemeinde höhere Zuschläge beschließen, so machen wir das nicht diktatorisch, sondern gehen zu den Vertrauensmännern und fragen sie, ob sie einverstanden sind. Und wenn der Großteil der Bevölkerung ja sagt, bringt die Landesregierung den traurigen Mut auf, nein zu sagen. Das ist ein Zustand, den wir uns absolut nicht gefallen lassen können, weil sich immer wieder das Bestreben zeigt, uns in unserer Autonomie einzuschränken. Das, was an Einschränkung möglich war, wurde der Gemeinde ja sowieso durch die Steuer-gesetzgebung und durch das famose Wiederaufbaugesetz geraubt und das, was übrig geblieben ist, beschneidet uns die christlichsoziale Landesregierung und möchte bei jedem Schmarren, der in einer Gemeinde beschlossen wird, dareintreten, auch dann, wenn Gemeinden im Rahmen des Gesetzes eine Gemeindeabgabe beschließen (Riegler: „Siehe Tierabgabe!“) Mit der Viehabgabe habt Ihr Euch blamiert! — Wenn Sie sagen, die Viehabgabe, so frage ich Sie, wer hat denn das Gesetz über die Viehabgabe gemacht, die Christlichsozialen und Großdeutschen. Mit diesem Gesetze hat sich ja die Landesregierung bis auf die Knochen blamiert, wie wir ja alle wissen. In Knittelfeld haben wir versucht, in das Bundesgesetz ein Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden hineinzubringen, das Land meinte jedoch, das Gesetz sei aufzuheben und die Gemeinden haben kein Recht, eine Viehabgabe einzuhoben. Knittelfeld hat dann oberstgerichtlich feststellen lassen, daß die Landesregierung in Graz mit diesem Erlasse einen Verfassungsbruch begangen hat. (Riegler: „Mit dem aber die Gemeinde nicht durchgedrungen

ist!“) Natürlich haben Sie es in der Hand gehabt, ein neues Gesetz beschließen zu lassen und uns die Möglichkeit zu nehmen, eine Viehabgabe einzuhoben. Wir hatten uns lediglich an das Rahmengesetz gehalten und es muß sehr merkwürdig berühren, wenn man im Rahmen des Gesetzes etwas beschließt, daß dann noch die Genehmigung der Landesregierung einzuholen ist; man sollte meinen, daß in dieser Richtung, wenn ein Rahmengesetz vorliegt, die Autonomie der Gemeinde nicht weiter beschnitten werden soll. Ich glaube, es ist in diesen Fällen immer wieder der Erzengel Gabriel in Graz da, der aufpaßt, daß die Gemeinden keinen Schritt zur Seite machen, und dann sind es wieder die Minderheiten in den verschiedenen Gemeinden, die nichts durchlassen, weil sie wissen, daß die Landesregierung ihnen Schutz zuteil werden läßt. Aber davon redet man nicht, wie sozialdemokratische Minderheiten in Gemeinden mit bürgerlicher Mehrheit behandelt werden. (Wallisch: „Breitenau!“) Kollege Wallisch hat schon einige solche Beispiele angeführt, aber darüber gibts nichts zu reden, da schweigt die Gesellschaft, da regt sich keine gegnerische Zeitung auf. Schließlich ist es ja keine von Gott gewollte Ordnung, daß Sozialdemokraten über das Vermögen und das Eigentum der Besitzer verfügen, Zuschläge beschließen und zahlen müssen andere, während diejenigen, die beschließen, nichts zahlen. Dabei vergift man, daß der Arbeiter nicht bloß Steuern, sondern auch Krankenkassebeiträge und andere schöne Dinge zahlen muß, aber das gehört ja zur christlichen, von Gott gewollten Ordnung. Wir haben in Knittelfeld eine christlichsoziale Persönlichkeit, die nimmt die Krankenkassebeiträge von ihren Arbeitern ein, führt aber diese Beiträge an die Krankenkasse nicht ab. (Prisching: „Wer ist denn das?“) Aber das macht nichts, weil ein guter Christ die Möglichkeit hat, beichten zu gehen und auf diese Weise seine Sünden wieder abzuwaschen. (Zwischenrufe: „Wer ist das?“) Das ist der Christlichsoziale Hermann Hofer, der den Herren ja nicht unbekannt ist (Mikola: „Was für Beiträge?“), der in der Stiftenfabrik Leute beschäftigt, aber in der Krankenkasse gar nicht anmeldet. (Wallisch: „Aber er hebt die Krankenkassebeiträge ein!“ — Mikola: „Und die hat er nicht abgeführt?“) Die hat er dann schon abgeführt, wie man daraufgekommen ist. (Heiterkeit. — Wallisch: „Jeder Dieb muß zurückgeben, wenn er erwischt wird.“) Es ist aber jedenfalls merkwürdig, daß dieser Fall nicht aufgegriffen worden ist. (Zwischenrufe G a h.) Den Ausdruck Diebstahl habe ich nicht gebraucht. (G a h: „Ja, Sie haben gesagt: Eingesteckt und nicht abgeführt!“) Er hat erst dann das Geld abgeführt, als man daraufgekommen ist und man ist dadurch darauf gekommen, daß ein nichtangemeldet Mitglied aus seinem Betriebe zur Krankenkasse gekommen ist und dort das Krankengeld verlangte. Da stellte sich heraus, daß sich das Mitglied wohl die Krankenkassebeiträge abziehen lassen mußte, aber daß es Hofer nicht angemeldet hat. Natürlich hat man dann das Geld von ihm verlangt, aber ob er es freiwillig gebracht hätte, das möchte ich dahingestellt sein lassen. Aber solche Fälle von guten Christen haben wir in Knittelfeld mehrere, die es mit ihrem Gewissen

leicht in Einklang bringen können (Wallisch: „Weil sie am Sonntag beichten gehen!“ — Krenn: „Das gehört ja nicht hieher! Was hat das mit der Religion zu tun?), die Krankenkasse zu benachteiligen. (Zwischenruf Gaß.) Schämen Sie sich, Herr Landesrat Gaß, das ist ein Schlager (Zwischenruf: „Warum soll er sich schämen?“) Die Sache ist so, daß sie mit der Religion schon etwas zu tun hat, weil es sehr viele Christlichsoziale gibt, die glauben, wenn sie sündigen und dann zur Beichte gehen, ist alles wieder gut. (Pichler: „Man soll die Religion nicht mißbrauchen, wenn man ein Christ ist!“) Ich habe den Fall deshalb hervorgegriffen, weil dieser Hermann Hofer es ist, der immer in unverschämtester Weise gegen die sozialdemokratische Mehrheit von Knittelfeld heßt und sich immer bemüht, die Landesregierung mobil zu machen, damit sie gegen die Sozialdemokraten losgeht, ein Herr, der eigentlich gar keine Ursache hätte, sich besonders bemerkbar zu machen. Wenn Sie uns herausfordern, werden wir vielleicht noch mehr von diesem Kapitel aufzählen können. Der Herr Landesfinanzreferent hat uns in seiner einleitenden Rede davon Mitteilung gemacht, daß beabsichtigt sei, ein großes Investitionsprogramm zur Durchführung zu bringen, in dieses Investitionsprogramm sind nicht bloß verschiedene Posten des Voranschlages aufzunehmen, sondern auch eine Reihe von neuen Investitionen dem Landtage zur Beschlussfassung vorzulegen. Ich habe leider, ich muß sagen leider, bei den Ausführungen des Herrn Finanzreferenten vermißt, daß er uns in Bezug auf die Behebung der Wohnungsnot bestimmte Vorschläge unterbreitet hätte. Im Wahlausruf vom 19. April war als Programmpunkt der Christlichsozialen zu lesen „Schutz und Förderung des echt christlichen Familienlebens durch eine dem Wohnideal des Einfamilienhauses nachstrebende Wohnungspolitik und Erleichterung der Ansiedlung besitzloser Volksschichten, daher Förderung gemeinnütziger, aber auch gesunder Bautätigkeit durch Gemeindegrunderwerb und -baurecht“. Ich glaube, wir könnten uns mit diesem Programme recht zufrieden geben, aber wir können nicht darüber hinweggehen, daß der Herr Landesfinanzreferent anlässlich seiner Ausführungen über das Investitionsprogramm des Landes nicht auch ein paar Worte darüber verloren hat, wie sich das Land die Verwirklichung dieses Programmpunktes der christlichsozialen Partei vorstellt. Wir haben leider wiederholt schon im Laufe der Generaldebatte die Feststellung machen müssen, daß das Land für die Bekämpfung der Wohnungsnot kein Verständnis hat, und daß der Herr Finanzreferent es gar nicht für notwendig hält, auch diesem Kapitel ein wenig sein Augenmerk zuzuwenden. Es wäre selbstverständlich gewesen, daß der Herr Finanzreferent anlässlich dieses Investitionsprogrammes uns Vorschläge gemacht hätte, wie er den Gemeinden helfen will, diesen Programmpunkt der Christlichsozialen auszuführen. Verehrte Herren, wir Sozialdemokraten haben auch in dieser Richtung ein Programm und wir wüßten schon, wie das Land in die Lage versetzt würde, den Gemeinden zur Linderung der Wohnungsnot etwas beizutragen. Das Einfachste wäre es selbstverständlich, wenn der Herr Finanzreferent in großzügiger Weise erklären würde: „Aus dieser In-

vestitionsanleihe von 100 oder mehr Milliarden Kronen wird das Land Steiermark den Gemeinden beispielsweise 30 Milliarden Kronen zu einem günstigen Zinsfuße und zu günstigen Amortisationsbedingungen für die Ausführung dieses Programmpunktes zur Verfügung stellen.“ Das wäre sicherlich die einfachste Lösung, und wir würden über die Aufteilung des Betrages sicherlich einig werden. Und die Gemeinden, die sicher die besten Absichten, die aber immer wieder unter Geldschwierigkeiten zu leiden haben, würden auf diese Weise in die Lage versetzt, jedes Jahr in gewissem Umfange ein Programm zu verwirklichen, das die Wohnungsnot im Laufe der nächsten Jahre beseitigen muß. Aber leider, der Herr Landesfinanzreferent spricht gar nichts darüber und beweist damit, daß eigentlich dieser Programmpunkt wirklich nur ein Programmpunkt ist, daß man aber gar nicht daran denkt, dieses Programm auch in die Tat umzusetzen. Und im Verhalten der christlichsozialen Minderheiten in sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden zeigt sich so deutlich, daß sie gar nicht daran denken, ein solches Programm zu verwirklichen. Unser Gemeinderat hat zum Beispiel beschlossen, Einfamilienhäuser zu erbauen, weil er der Meinung ist, daß damit das Familienleben, wenn auch nicht das echt christliche Familienleben, gefördert wird, daß man auf diese Weise dem Wohnideal näher kommen könnte. Was machen unsere Christlichsozialen? Sie bekämpfen diese Absichten der sozialdemokratischen Mehrheit, sie sind für Zins- und Wohnkasernen und sagen, es ist doch schade, einen schönen Platz mit solchen Häuschen zu verbauen, da baut man Zinshäuser hin, das kommt billiger und verwirklicht das Wohnideal. Daß das doppelt soviel kostet wie Einfamilienhäuser und man nicht immer die Arbeiter in Zinskasernen hineinstecken soll, das ist den Christlichsozialen ganz Nebensache, Hauptsache ist, daß die Gemeinden nicht in die Lage kommen, der Wohnungsnot zu steuern, weil sie auf diese Weise Propaganda für ihre Partei machen könnten. Der Herr Landesrat Prisching wird wahrscheinlich in seinem Schlußwort erklären, daß er froh ist, wenn er das Geld aufbringt, das er für seine Investitionen braucht. Daher möchte ich dem Herrn Landesfinanzreferenten einen anderen Vorschlag unterbreiten, der ihn auch in die Lage versetzen könnte, den großen Industriegemeinden auf diesem Gebiete zu helfen. Verschiedene Verhandlungen mit ausländischen Geldgebern und Geldinstituten haben uns zur Erkenntnis geführt, daß die Beforgung von flüssigen Mitteln bedeutend erleichtert würde, wenn das Land Steiermark für diese Kredite eine entsprechende Haftung übernehme. (Prisching: „Aha.“) Ich weiß schon, was Sie sich denken. Ich werde diesen Gedanken gleich hier zum Ausdruck bringen. Der Herr Landesrat denkt: Das wäre schön, Schulden zu machen, damit Wahlpropaganda zu betreiben und zum Schlusse müsse das Land zahlen.“ (Prisching: „Jawohl!“) Aber ich denke mir die Sache so, daß es im Rahmen eines vernünftigen Programmes sicherlich der Landesregierung möglich wäre, den Gemeinden unter der Voraussetzung mit einer Haftung entgegenzukommen, daß die Gemeinden wieder mit ihrem Vermögen dem Lande Steiermark die notwendige Sicherheit bieten. Es ist doch selbstverständlich,

daß man nicht für eine Gemeinde, die nichts besitzt, eine Haftung für mehrere Milliarden Kronen übernimmt, damit schließlich und endlich das Land Steiermark diesen Betrag bezahlen muß. Aber unsere Gemeinden sind reich, und unsere Industriegemeinden haben es verstanden — da können die Christlichsozialen hundertmal das Gegenteil behaupten — in den letzten fünf Jahren das Gemeindevermögen zu vermehren, den Besitzstand zu erweitern und für solche Kredite die notwendigen Sicherheiten zu beschaffen. Wäre es nicht selbstverständlich, daß man für eine Gemeinde wie Bruck, die allein ein großes Vermögen besitzt, die Landeshaftung für einige Milliarden Kronen übernimmt? Wäre es nicht selbstverständlich, daß man die Haftung für Knittelfeld, Judenburg und alle jene Gemeinden leistet, die die notwendige Sicherheit bieten? (Prisching: „Warum nicht gleich für alle Gemeinden?“) Nein, alle bieten nicht die nötige Sicherheit. (Prisching: „Leoben hauptsächlich!“) In Leoben haben wir keine sozialdemokratische Mehrheit. (Dr. Enge: „Aber ein sozialdemokratisches Wirtschaftsamt!“) Ihr müßt doch auch eine Walze haben für die Landtagsverhandlungen. (Unverständlicher Zwischenruf des Dr. Enge.) Die Hauptsache ist, daß die Landesregierung diesen Bestrebungen der sozialdemokratischen Gemeinden Schwierigkeiten bereitet, weil die christlichsoziale Mehrheit der Landesregierung scheinbar nicht die Absicht hat, auf diese sicherlich einfache Weise den Gemeinden behilflich zu sein, der Wohnungsnot zu steuern, trotzdem im Programm der Christlichsozialen die Förderung dieser Bestrebungen der Gemeinden festgehalten erscheint. Aber aus lauter Angst vor dem Hausbesitz, vor dem privaten Besitz, der selbstverständlich für diese Bestrebungen der sozialdemokratischen Mehrheiten nicht das notwendige Verständnis aufbringt, aus lauter Angst vor diesen Wählergruppen müssen so einschneidende volkswirtschaftliche Dinge auf die Seite gestellt werden. Ich meine, daß es eine ganz selbstverständliche Sache wäre, wenn sich der Herr Landesfinanzreferent mit diesem meinem Vorschlage beschäftigen würde und wenn er recht bald auch in dieser Richtung dem hohen Hause Vorschläge unterbreiten würde. Ich kann die Versicherung abgeben, daß auf diese Weise der Name des Herrn Landesrates Prisching sicher in mehr Herzen verankert werden könnte als es bisher der Fall war. (Prisching: „Sehr lieb!“) Ich möchte nunmehr im Zusammenhange mit dem Voranschlage ganz kurz darauf verweisen, daß es uns sehr unangenehm berührte, daß unsere Bestrebungen, für die gewerblichen Fortbildungsschulen einen größeren Beitrag des Landes durchzusetzen, leider erfolglos geblieben sind, nachdem nur 300 Millionen Kronen für diese Zwecke eingesetzt wurden. Herr Landesrat Gaf hat es verstanden, das Gesetz über die Fortbildungsschulen, das eine schwere Belastung für das Land beinhalten würde, in seiner Tischlade ein ganzes Jahr lang sanft ruhen zu lassen (Rufe: „Hört!“) und als er endlich unter dem Drucke der sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung sich bereit fand, dieses Gesetz ans Tageslicht zu befördern, konnte man im Ausschusse, der dieses Gesetz beraten sollte, feststellen, daß man hier

neuerlich mit einer Verschleppungstaktik einsetzt. Wir wissen auch warum, verehrte Anwesende. Weil dieses Gesetz ein paar Dinge enthält, die den Wählern der christlichsozialen Partei nicht angenehm sein könnten. Weil sich die christlichsoziale Partei bei allen ihren Vorschlägen und Gesetzen von rein „objektiven“ Erwägungen leiten läßt, hat sie es auch immer wieder verstanden, die Erledigung dieses Gesetzes hinauszuschieben; wir haben aber nicht die Absicht, dieser neuerlichen Verschleppungstaktik der Christlichsozialen ruhig zuzusehen. Wir haben nicht die Absicht, als einziges Land im Bunde Österreich noch länger auf die Verwirklichung eines modernen Fortbildungsschulgesetzes zu warten. Wir werden die notwendige Energie aufbringen, um im Ausschusse die Beratung dieses Gesetzes durchzusetzen. Die Erledigung dieses Gesetzentwurfes macht aber auch eine Erhöhung des Beitrages für die gewerblichen Fortbildungsschulen notwendig und ich möchte den Herrn Finanzreferenten schon bitten, auch diesem Gegenstande seine Aufmerksamkeit zuzuwenden und dafür einzutreten, daß auch in dieser Richtung etwas geschieht. Ein Redner von unserer Partei hat mit Recht darauf verwiesen, ich glaube, es war der Herr Abg. Gsöllner, daß von unserer Seite alles unterstützt wird, was die Förderung der Fortbildung der Landbevölkerung betrifft, daß von unserer Seite sicherlich keinerlei Hemmnisse bereitet werden in Bezug auf die Errichtung von landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen, auf die Anstellung von Wanderlehrern und in Bezug auf andere Kultureinrichtungen. Wenn man aber sich vor Augen hält, daß für die Landeskultur und das landwirtschaftliche Bildungswesen 12½ Milliarden Kronen eingesetzt sind und nur 300 Millionen Kronen für die gewerblichen Fortbildungsschulen, so ist das ein Gegensatz, für den wir das notwendige Verständnis nicht aufbringen und ich glaube, es wäre Sache des großdeutschen Sprechers im Hause gewesen, diese Dinge aufzuzeigen und sich nicht ausschließlich mit einer Rede des Kollegen Resel zu beschäftigen und hier im Hause schlechte Witze zu machen. (Dr. Enge: „Scheinbar haben sie gefallen und gegessen sind sie auch!“) Geseßen sind sie? Wir werden uns mit diesen Dingen schon noch beschäftigen. Tatsache ist, daß Herr Landesrat Hübler wohl eine schwungvolle Rede gehalten hat, aber bei seinen großdeutschen Anhängern schwer enttäuschte und daß insbesondere die Großdeutschen im Zuhörerraum die Ohrfeige deutlich empfunden haben, die Landesrat Prisching mit seinem warmen Händedruck der großdeutschen Partei versetzt hat. Es ist bezeichnend für die vier Vertreter der großdeutschen Partei in diesem Hause, daß ihr Sprecher im Hause in so serviler Weise den Christlichsozialen sein Kompliment macht. Denn das, was Herr Landesrat Hübler, der Vertreter der großdeutschen Partei, hier in schwungvoller Weise, wir kennen doch seine Rhetorik, vorgebracht hat, war nichts anderes als eine bodentiefe Verbeugung vor der christlichsozialen Partei. Wir wissen ja genau, auf welche Ursache, auf welche gewissen Momente diese Verbeugung zurückzuführen ist, aber wir können es auch den großdeutschen Parteimitgliedern nachfühlen, wenn sie für diese Speichelleckerei ein kräftiges „Pfui Teufel“